

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

.....
HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W35
.....
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK
.....

AUSGEGEBEN ANF:FEBRUAR 1911
4-JAHR 2-HEFT



BECK
HAMBURG

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH SOZIALÖKONOMISCHEN
PROBLEMEN GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE SENDUNGEN SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-
WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

SOZIALÖKONOMISCHE PROBLEME:

DR. LUDWIG HEYDE, Berlin: Die Bedeutung des deutschen Heimarbeiter- tages	83
Gewerberat Dr. MÜLLER, Worms: Der freie Sonntag der Deutschen Putz- macherin	86
VIKTOR SCHIDL, Wien, Vizepräsident des Zentralverbandes der Österr. Staatsbeamtenvereine: Die österreichische Staatsbeamtenorganisation. Ihre Ziele und Methoden	92
Dr. JOHN MEZ, London: Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte der Welt und die Einführung des Dezimalsystems in England und Amerika	96
Dr. FELIX REGNAULT, Paris: Die Entwaldung in Spanien	99
Dr. HEINRICH PUDOR: Irrigations- und Bewässerungsarbeiten in Amerika	102
Chronik	108

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Munizipalsozialismus	112
---	-----

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

WILLIAM WHITE, New York: Die Juden in Amerika	118
Chronik	121

TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT:

Graf CARL v. KLINCKOWSTROEM, München: Gedankenübertragung	128
Chronik	134

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

SAINT NIHAL SINGH, Calcutta: Familienleben in Indien	141
Chronik	146

BILDUNGSWESEN:

Die Pariser Volksuniversität	147
Chronik	149

NEUE LITERARISCHE TENDENZEN:

ERICH LILIENTHAL, Berlin: Die schönen Künste und die Technik	150
Chronik	152

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DR. LUDWIG HEYDE, BERLIN: DIE BEDEUTUNG DES DEUTSCHEN HEIMARBEITERTAGES.



M 12. Januar haben die Deutschen Heimarbeiter und ihre Freunde auf einem Kongreß ihre Forderungen unmittelbar vor der zweiten Lesung des Hausarbeitergesetzes zum Ausdruck gebracht. Prof. Wilbrandt aus Tübingen hatte das Referat übernommen und legte die Mangelhaftigkeit des Gesetzentwurfes, wie er die Kommission verlassen hat, schlagend dar: fast alle Maßnahmen des Entwurfs trafen den Arbeitnehmer härter als den Arbeitgeber; sie seien darum zwar keineswegs überflüssig, wohl aber erst durchführbar, wenn dem Hausarbeiter die Möglichkeit, neue Lasten auf sich zu nehmen, durch einen staatlichen Eingriff in die Lohnfrage gegeben werde. Denselben Standpunkt nahmen außer zwei oder drei Rednern alle Diskussionsredner ein, sodaß die Kundgebung, an der außer 346 Heimarbeiterdelegierten u. a. mehrere Hochschullehrer und Reichstagsabgeordnete, Regierungsvertreter, Gewerbeinspektoren und zahlreiche sonstige Interessenten aus Arbeiter-, Unternehmer- und wissenschaftlichen Kreisen des In- und Auslandes teilnahmen, durch ihre beinahe eintönige Einmütigkeit imposant wirkte.

Die Forderung der staatlichen Lohnregulierung auf denjenigen heimindustriellen Gebieten, deren Elend den Heimarbeitern den Weg zur opferverlangenden Selbsthilfe abschneidet, ist schon alt. Neuseeland und Viktoria haben sie in den neunziger Jahren realisiert, England ist 1909 gefolgt. Besonders die Erfahrungen Englands verdienen die größte Beachtung; dort sind „Trade-Boards“ eingeführt worden zur zwangsweisen Vereinbarung von Mindestlöhnen in notorischen Elendsindustriellen. Diesen letzteren sind bisher die Kleiderkonfektion, die Pappschachtelindustrie, die Kettenschmiederei und die Maschinenspitzenindustrie zugezählt worden. Technische Schwierigkeiten haben sich bei der Lohnregelung kaum ergeben oder sind bisher wenigstens überall sehr gut überwunden worden. Gleichzeitig hat sich eine außerordentlich günstige Einwirkung auf die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gezeigt, die natürliche Folge der Befreiung von dem materiell und ideell allen Fortschritt darniederhaltenden Lohndruck. In England gibt es kaum irgend einen Parlamentarier mehr, der nicht den Wert der Trade-Boards anerkennt; und auch in Unternehmerkreisen mehren sich die Stimmen derer, die ihnen freundlich gegenüberstehen, da sie in ihnen eine Gewähr für die Unterbindung der Schmutzkonkurrenz, insoweit diese auf unanständiger Lohnniedrigkeit beruht, erkennen. Auch Belgien steht vor einer Neuregelung der Heimarbeit, und von sozialistischer Seite ist ein vorzüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der ebenfalls die staatliche Lohnregelung in Elendsindustriellen vorsieht. Frankreich wird bald über einen Entwurf des Obersten Arbeitsrates zu entscheiden haben, der den staatlichen Eingriff in die Lohnfrage für alle Heimarbeiterinnen der gesamten Bekleidungsindustrie vorsieht. Allenthalben gewinnt also der Gedanke an Boden, daß der moderne Staat, der längst den Irrtum des Laissez faire überwunden hat, nach unzähligen anderen Eingriffen in die Arbeitsverhältnisse nun auch durch Inangriffnahme der Lohnfrage seine sozialpolitische Systematik krönen dürfe.

In Deutschland selbst hat die Berliner Heimarbeitsausstellung (1906) das Elend der Hausarbeiter zuerst weiteren Kreisen ins Gewissen geprägt.

Aber schon vorher hatte einen engeren Kreis von Sozialpolitikern die feste Überzeugung durchdrungen, daß hygienische Maßnahmen und Kinderschutzvorschriften für die Heimarbeit nicht das Ende, sondern den Anfang staatlicher Fürsorge bildeten; 1904 stellte bereits der Heimarbeiterschuttkongreß, den die Freien Gewerkschaften und mit ihnen die Hirsch-Dunckerschen Schwesterorganisationen im Berliner Gewerkschaftshause abhielten, an die Spitze seiner Forderungen die Staatshilfe gegen den Lohndruck. Und mehr und mehr verdichtete sich diese Forderung zu den sogenannten „Lohnämtern“; das sollten Zwangseinigungsämter, paritätisch aus Arbeitgebern und Hausarbeitern zusammengesetzt und unter Vorsitz eines Unparteiischen, werden, die für besonders schlecht bezahlte Gruppen der Heimarbeit größerer oder kleinerer Landesteile Mindestlöhne tariflich vereinbaren sollten. Die Vereinbarungen sollten dann derart rechtsverbindlich sein, daß anderweitige Vereinbarungen, insoweit sie den Hausarbeiter benachteiligten, ungültig wären.

Dieser Gedanke hatte bereits eine ganz knappe Mehrheit der Reichstagskommission für sich gewonnen, als ein unglücklicher Zufall (das Fehlen eines Kommissionsmitgliedes) den anfänglichen Beschluß der Kommission wieder zu Fall brachte und die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zur Folge hatte. Ob sich im Plenum eine Mehrheit für die Lohnämter finden wird, muß dahingestellt bleiben; wenn Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie geschlossen für sie stimmen, dürfte eine kleine Majorität wahrscheinlich sein. Dann hat aber noch die Regierung das Wort; und so gewiß auch einige Bundesstaaten für die Lohnämter sind, so schwer läßt sich doch heute sagen, ob Herr Delbrück in dieser Frage auf dem bisher ablehnenden Standpunkt verharren oder, trotz aller Einflüsse aus Unternehmerkreisen, dem gemeinsamen Drängen der Arbeiterschaft und zahlreicher Sozialpolitiker aller Lager nachgeben wird.

Jedenfalls war der Heimarbeitertag durchaus geeignet, auf eine sozial verständige Regierung Eindruck zu machen. Und dies um so mehr, als seine ganze soziologische Struktur jeden parteipolitischen Nebenzweck von vornherein ausschloß. Hier liegt ja überhaupt die ganz besondere Bedeutung des Kongresses, weit über seinen engeren Zweck hinaus.

Die Gruppen, die hier zusammenarbeiteten, waren, unter der unparteiischen Leitung des Herausgebers der „Sozialen Praxis“, Professors Dr. Ernst Francke, Christliche, Hirsch-Dunckersche und Freie Gewerkschaften. Wer in der Arbeiterpresse einigermaßen zu Hause ist, der weiß, daß sich diese Gruppen in der Regel aufs bitterste bekämpfen, — so sehr, daß einem oft der Kraft-, Geld- und Zeitaufwand leid tut, der für diesen Kampf verbraucht wird und wirklich meist nützlicher angewendet werden könnte. Nun kommt ja in Einzelfällen ein Zusammenarbeiten dieser oder jener Gewerkschaften nicht selten vor: so z. B. erst in den letzten Wochen bei den Rohglasschleifern der Oberpfalz (Freie und Christliche) oder bei den Bergarbeitern im Ruhrgebiet; dort freilich stehen den zusammenarbeitenden Freien und „Hirschen“ die Christlichen mit großer Erbitterung gegenüber. Aber wo immer selbst alle drei großen gewerkschaftlichen Richtungen zusammenarbeiten: noch immer hat es sich um eng umgrenzte Bezirke gehandelt, — niemals hat sich die gesamte organisierte deutsche Arbeiterschaft gemeinsam zu einer Willenskundgebung zusammengeschlossen, obwohl die gegenseitige Verketzerung in der Regel dem lachenden Vierten, dem Unternehmertum, zugute gekommen ist. Und dabei gibt es eine Fülle von

Gelegenheiten, für die ein Zusammenarbeiten aller gewerkschaftlich Organisierten dringend erwünscht wäre. Man denke nur an das Arbeitskammergesetz, oder an die Versuche, den Streikbrecherschutz des § 153 der Gewerbeordnung noch weiter auszubauen! Hier liegen völlig gemeinsame Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, insoweit sie für die Verbesserung ihrer materiellen Lage arbeitet, vor. Ganz sicher hat die gegenseitige Konkurrenz auch ihre sehr beachtlichen Vorzüge, ganz sicher auch ist sie, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen, ganz unabwendbar (darüber nachher noch einiges); möglich aber wäre doch die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses, der im Namen der gesamten Organisierten in einzelnen, ganz freiwillig ihm zugewiesenen, Angelegenheiten die Stellung der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen könnte. Niemand würde sich hier etwas vergeben, niemand brauchte majorisiert zu werden; aber hinter einer solchen Einrichtung stünden in allen Fällen, für die sie zur Geltung käme, 2 390 000 organisierte Arbeiter! Und nicht nur diese Zahl der Arbeiter würde ihren Einfluß haben, sondern gerade die Tatsache, daß sie politisch den verschiedensten Parteien zuzuzählen, einig aber im Willen zur Hebung ihrer Lebenshaltung wären.

Zum Zusammenarbeiten gehört vor allen Dingen eins: der gute Wille. Die Not der Heimarbeiter lehrte auch diesen; während noch 1904 dem Heimarbeiterschutzkongreß die christlichen Gewerkschaften fernblieben; fanden diesmal die Giesberts und Schiffer den Weg zur Zusammenarbeit mit den Krüger und Goldschmidt, und Sassenbach und Schmidt. Es geht doch also! Man schäle nur säuberlich das heraus, worin man einig ist, und lasse alles Trennende draußen.

Die Verknüpfung unserer Arbeiterorganisationen mit den politischen Parteien ist bekanntlich der Grund, weshalb unter ihnen so große Schwierigkeiten jeder vorübergehenden Einigung um eines gemeinsamen Zieles willen gegenüberstehen.

Der große Riß der Parteien, der sie heute mit erfreulicher Klarheit in Rechte und Linke zu teilen begonnen hat, geht zwischen den den Gewerkschaften nahestehenden Parteien mitten hindurch; das Zentrum steht auf der Rechten, mit ihm die wesentlichsten Teile der Christlichen Gewerkschaften; auf der anderen Seite aber stehen Liberale und Sozialdemokraten, eng verbunden mit den beiden anderen Gruppen der Arbeiterorganisationen. Die politische Machtverteilung erheischt gebieterisch die Scheidung in konservativ-klerikale Rechte und liberal-sozialistische Linke; die sozialpolitische Stellung der Parteien aber bildet in allen wichtigen Arbeiterfragen die Frontstellung Sozialisten, Linksliberale und Zentrum gegen Konservative und Nationalliberale aus. Die Linke in der eigentlichen Parteipolitik krankt eben an der sozialpolitischen Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, die auf den persönlichen und materiellen Beziehungen dieser Partei zur Großindustrie beruht; die Rechte dagegen hat einen Fremdkörper in sich: die Zentrumsarbeiter. So ergibt sich für den Freund des Fortschritts das eigentümliche Bild zweier Majoritäten, die er, je nach der Materie, die zur Behandlung steht, wünschen muß: in den Kulturfragen im engeren Sinne den „Block von Bassermann bis Bebel“, und in sozialen Fragen den von Trimborn bis Bebel. Das mag man bedauern; solange aber die nationalliberale Partei ihre heutige Struktur hat, ist daran nichts zu ändern. Erst wenn die Scharfmacher dem Rechtsliberalismus den Rücken gekehrt und, vielleicht auf der Brücke der

Hochschutzzölle, allesamt den Freikonservatismus als Zufluchtstätte aufgesucht haben werden, ist eine Änderung des heutigen Zustandes möglich, — immer vorausgesetzt, daß dieser Vorgang das Weiterbestehen des National-liberalismus überhaupt noch zulassen würde. Das letztere wird nur dann der Fall sein, wenn die nationalliberale Partei Anschluß an die fortschrittliche Volkspartei sucht und vor allem durch Wahlabkommen bei den nächsten Reichstagswahlen gezwungen ist, unsöziale Kandidaturen nicht aufzustellen.

Diese Zusammenhänge müssen in aller Klarheit erkannt werden, wenn man vor Enttäuschungen sicher sein will. Gerade die Heimarbeiterfrage hat wieder einmal in besonders eindringlicher Weise gezeigt, auf welchen Kräften der sozialpolitische Fortschritt bei uns ruht. Hier sind mit die Hauptgegner gerade im nationalliberalen Lager zu suchen. Darum kann der Heimarbeitertag den Ausgangspunkt der klaren Erkenntnis eines eigenartigen Zwitterzustandes bilden, die zwar an sich nicht neu ist, bisher aber infolge der getrennten Wege, die die einzelnen Arbeiterorganisationen auch in großen Fragen gingen, sich noch nicht so sehr aufdrängte wie jetzt.



GEWERBERAT DR. MÜLLER-WORMS: DER FREIE SONNTAG DER DEUTSCHEN PUTZMACHERIN.

SEIT dem Inkrafttreten des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 ist durch den § 105 b GO. allen gewerblichen Arbeitern der freie Sonntag beschieden. Eine Beschäftigung an Sonntagen ist nur auf Grund der gemäß § 105 b Absatz 2, 105 d, 105 e, 105 f, 105 g GO. erlassenen Anordnungen, sowie in Fällen des § 105 c GO. zulässig. Und auch hier nur unter gewissen Bedingungen, die hauptsächlich die Ablösung der Arbeiter sowie den Besuch des Gottesdienstes regeln. Gleichwohl kommt es noch am heutigen Tage vor, daß ohne Vorliegen der obengenannten Voraussetzungen und Bestimmungen eine Arbeitergruppe fast an einem jeden Sonntage des Jahres zur Arbeit herangezogen wird oder herangezogen werden kann, und zwar aus Gründen, die nur aus alten, üblen Gewohnheiten, im Widerspruch zu rechtlichen und sozialen Erwägungen sich herleiten lassen. Diese Gewohnheiten, die sich vielfach eingebürgert haben und die nachträglich in den klaren Wortlaut und in den ebenso klaren Geist der Gewerbeordnung hineininterpretiert worden sind, finden wir besonders in den Konfektions- und Putzgeschäften. Hier ist es häufig eine althergebrachte Gewohnheit, die betreffenden Arbeiterinnen Sonntags, während der für das Handelsgewerbe freigegebenen Zeit zu beschäftigen, und zwar mit Änderungs- und Zurichtungsarbeiten des Handelsgewerbes. Wenn ja auch einsichtige Gewerbetreibende hierbei insofern eine Regelung der Sonntagsruhe haben eintreten lassen, als sie in ihrem Personal ein über den anderen Sonntag gewechselt haben, so kommt es leider aber, namentlich in kleinen Betrieben, auch vor, daß die gewerblichen Arbeiterinnen fast jeden Sonntag im Jahre während der Verkaufszeit zu diesen Änderungsarbeiten herangezogen werden. Ja man kann sich hierbei sogar auf eine ministerielle Entscheidung berufen, sowie auf den mißverstandenen Wortlaut von Ausführungsanweisungen zur Gewerbe-

ordnung, den man in einseitiger Weise zu deuten sucht. — Wir verweisen hierbei auf die Entscheidung des Preußischen Handelsministers (Ministerialblatt Nr. 25 vom 30. Dezember 1909). Wie bedenklich nun gerade dieser Erlaß ist, war bereits in einem Artikel der Sozialen Praxis vom 20. Januar 1910 hervorgehoben worden. Der Wichtigkeit der Sache wegen seien diese Ausführungen nochmals wörtlich wiedergegeben: „Wenn es an sich schon als äußerst bedauerlich zu erachten ist, daß den Arbeitern, die an Werktagen gleichzeitig in der Werkstatt und in Ladengeschäften tätig sind, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen keine volle Sonntagsruhe gewährt werden muß, so erscheint es doch höchst seltsam, diese Anomalie zur Begründung für eine glatte Durchbrechung der gesetzlichen Bestimmung über die Sonntagsruhe heranzuziehen. Der Zweck des Sonntagsruhegesetzes ist, den gewerblichen Arbeitern eine mindestens 24 stündige Ruhezeit zu gewähren, die von 12 Uhr nachts an zu rechnen ist. Diese Ruhezeit wird verletzt, wenn der Arbeitgeber den gewerblichen Arbeiter innerhalb dieser Zeit in seinem H a n d e l s - g e w e r b e beschäftigt. Der Arbeitgeber, der dies tut, macht sich trotz der ministeriellen Verfügung strafbar und es ist dringend zu wünschen, daß der fragliche Fall bald zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte kommt.“

Da nun gerade dieser Fall vor kurzem unsere Gerichte beschäftigt hat, sei in kurzem auf denselben näher eingegangen. Der Inhaber eines Konfektions- und Putzgeschäftes war zur Anzeige gebracht worden, weil er u. a. seine Putzmacherinnen am Sonntage während der Verkaufszeit mit Änderungs- und Zurichtungsarbeiten beschäftigt hatte. Es erfolgte Freispruch im Hinblick auf § 45 der hessischen Ausführungsanweisung, nach welcher Änderungs- und Zurichtungsarbeiten im Handelsgewerbe zulässig sind. In der Begründung des Schöffengerichtsurteils heißt es: Nach Ansicht des Gerichts kann der oben erwähnte § 45 nur dahin auszulegen sein, daß unter den darin aufgeführten Voraussetzungen Änderungs- und Zurichtungsarbeiten durch die für diese Arbeiten angestellten und entsprechend vorgebildeten Putzmacherinnen vorgenommen werden. Denn es ist nicht gut anzunehmen, daß das Gesetz zwar die Arbeiten als solche gestatten wollte, aber nur unter der Bedingung, daß sie dann von den in der fraglichen Zeit gerade beschäftigten Handelsangestellten vorgenommen werden. Es mag ja hier und da einmal vorkommen, daß die Handelsangestellten mit diesen Arbeiten vertraut sind, und daß sie dieselben dann vornehmen können, jedoch im allgemeinen dürfte dies nicht der Fall sein. Hat das Gesetz diese Arbeiten an Sonntagen gestattet, dann kann dieses nur so zu verstehen sein, daß diese Arbeiten auch von den betr. Fachleuten vorgenommen werden dürfen und diese infolgedessen an Sonntagen soweit beschäftigt werden können.“

Wären nun diese Ausführungen des Urteils zutreffend, so hätten wir den Fall, daß eine Klasse gewerblicher Arbeiterinnen trotz der Sonntagsruhebestimmungen an j e d e m Sonntage zu gewerblichen Arbeiten herangezogen werden könnten, eine Auffassung, die sich mit dem sozialen Empfinden unserer Zeit nicht in Einklang bringen läßt, u m s o w e n i g e r, a l s e i n e z w i n g e n d e N o t w e n d i g k e i t h i e r f ü r g a r n i c h t v o r l i e g t. Auch die Abänderungsarbeiten sind als gewerbliche Arbeiten anzusehen, was durch Reichsgerichtsurteil vom 13. Oktober 1908 endgültig geklärt ist. Auf Betreiben der Gewerbeinspektion wurde Berufung eingelegt mit dem Ergebnis, daß das Landgericht das Urteil des Schöffengerichts aufhob und den Gewerbetreibenden wegen Vergehens gegen § 105 b Abs. 1 rechtskräftig verurteilte.

Aus der Begründung des Urteils geben wir ebenfalls das wichtigste wieder:

Der Angeklagte ist Inhaber eines Warenhauses. Mit seinem Verkaufsgeschäft ist u. a. auch eine Putzmacherei verbunden, die in einem von den Verkaufslokalitäten getrennten Raume eingerichtet ist. Wegen der Ausdehnung des Gesamtgeschäftes ist zur Beaufsichtigung des Personals in der Putzabteilung eine besondere Direktrice angestellt. Das Ladengeschäft des Angeklagten ist an Sonn- und Festtagen zufolge der gemäß § 105 b Abs. 2 GO. ergangenen statutarischen Bestimmungen in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Während dieser Zeit beschäftigt der Angeklagte auch in seiner Putzmacherwerkstätte regelmäßig seine Putzmacherinnen. Nach der nicht widerlegten Behauptung des Angeklagten wurden die Putzmacherinnen an Sonn- und Festtagen nur zu Änderungs- und Zurichtungsarbeiten an im Ladengeschäfte verkauften Hüten herangezogen. Wenn nun ein Kunde an einem Hute, den er kaufen wollte, eine Änderung hätte vorgenommen haben wollen, so ist dies der Direktrice durch die Verkäuferinnen mitgeteilt worden. Sie hat alsdann die Änderung den Putzmacherinnen aufgetragen, denen zu diesem Zwecke die Hüte nach der Putzmacherwerkstätte gebracht worden sind. So werden, wenn z. B. statt der am Hute befindlichen Federn andere gewünscht werden, die darauf befindlichen abgenommen und die gewünschten aufgenäht.

Wenn die auf den Hüten garnierten Blumen dem Geschmack der Käuferinnen nicht entsprechen, werden nach Wahl andere aufgarniert. Der Angeklagte behauptet, daß die Beschäftigung der Putzmacherinnen an Sonn- und Festtagen nicht im Betriebe der Werkstätte, sondern im Handelsgewerbe stattgefunden habe und deshalb nach § 105 b GO. Abs. 2 eine erlaubte sei. Er beruft sich insbesondere auf § 45 der hessischen Ausführungsanweisung zur GO., welche besagt: „In denjenigen Handelsgewerben, in welchen beim Ladenverkauf an den Waren Änderungs- und Zurichtungsarbeiten vorgenommen werden (Gewerbe der Hutmacher, Blumenhändler, Uhrmacher, Fleischer usw.) ist die Beschäftigung mit diesen Arbeiten als Beschäftigung im Handelsgewerbe zu betrachten und deshalb an Sonn- und Festtagen während der für das Handelsgewerbe freigegebenen Zeit gestattet.“

Wenn der Angeklagte diese letzterwähnte Vorschrift als eine von der Landesbehörde angeordnete, gemäß § 105 e Abs. 1 ff. GO. ansieht, so irrt er. Die höhere Verwaltungsbehörde ist nicht unbeschränkt befugt, Ausnahmen von der Vorschrift des § 105 b Abs. 1 GO. zu gestatten, sondern nur innerhalb der in §§ 105 e ff. gezogenen Grenzen. Die Fälle aber, in welchen nach diesen Bestimmungen Ausnahmen durch die Landesbehörden zugelassen sind, treffen hier sämtlich nicht zu; es ist daher unrichtig, wenn das angefochtene Urteil der Ansicht des Angeklagten folgend in § 45 a. a. O. eine Ausnahme von § 105 b Abs. 1 erblickt. Der § 45 ist nichts anderes als, wie die Überschrift zu dieser Vorschrift schon besagt, eine Anweisung zur Ausführung der GO.; sie kann und will nichts anderes sagen, als das Gesetz selbst. Was das Gesetz aber sagt, ist unzweideutig: „Im Betriebe von Werkstätten ist die Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen durch § 105 b Abs. 1 überhaupt verboten; im Handelsgewerbe ist die Beschäftigung von Arbeitern aber an Sonn- und Festtagen mit der Beschränkung des § 105 b Absatz 2 GO. erlaubt.“

Diese an sich klaren Vorschriften können in einzelnen Fällen nur insofern bei ihrer Anwendung Zweifel erregen, als die tatsächlichen Verhältnisse sich mit den Begriffen „im Betrieb der Werkstätte“ und im „Handelsgewerbe“ nicht völlig decken. Da, wo ein Betrieb ausschließlich Handwerksbetrieb oder ausschließlich Handelsgewerbe ist, ist jeder Zweifel ausgeschlossen. Nun gibt es aber Geschäfte, die einen derartig scharf getrennten Betrieb nicht aufweisen, sondern die in ihren Betriebsarten ineinander übergreifen. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen muß in derartigen Fällen die überwiegende Art des Betriebes entscheiden. Was vorwiegend Handelsgewerbe ist, bleibt es, wenn auch beim Verkauf der Ware handwerksmäßige Arbeiten zu leisten sind, die die Ware zum Verkauf herzurichten bestimmt sind. So muß der Metzger das Fleisch, das er verkaufen will, herrichten, die zu verkaufende Wurst in Stücke schneiden, der Blumenhändler muß die gewählten Blumen binden und zurecht schneiden, der Hutmacher muß den Hut erforderlichenfalls durch Ausweiten dem Kopfe des Käufers anpassen, eine kleine Änderung vornehmen, ein Band annähen und dergleichen. Solche beim Verkauf häufig vorkommende ja geradezu nötigen Arbeiten wollte das Gesetz natürlich auch an Sonn- und Festtagen während der Zeit des erlaubten Geschäftsbetriebes nicht ausschließen. Diesen im Gesetze selbst liegenden Sinn wollte der § 45 der hessischen Anweisung zur Erleichterung der Anwendung des Gesetzes ausdrücken. Wenn er hätte weitergehen und eine Ausnahme von § 105 b Abs. 1 gestatten wollen, so müßte ihm die Rechtsgültigkeit versagt werden, weil für eine Ausnahmewilligung die gesetzliche Unterlage fehlt.

Die erste Voraussetzung für die Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen bleibt also, daß sie im Handelsgewerbe erfolgt und § 45 a. a. O. bemerkt dazu erläuternd, daß beim Ladenverkaufe an den Waren vorgenommene Änderungs- und Zurichtungsarbeiten als Beschäftigung im Handelsgewerbe anzusehen sind. Nun steht aber zunächst fest, daß die Putzmacherei des Angeklagten von dem Ladengeschäfte völlig getrennt ist. In dieser Abteilung des Geschäftes werden in einem vom Verkaufsgeschäfte völlig getrennten Raume alle Arbeiten erledigt, die der Angeklagte für sein Ladengeschäft nötig hat. In dieser Werkstätte arbeiten neun Putzmacherinnen unter einer Direktrice ohne mit dem Verkaufsgeschäft auch nur in die geringste Berührung zu kommen. Auch an Sonn- und Festtagen arbeiten die Putzmacherinnen in ihrer Werkstätte nach Angabe der Direktrice ohne alle Verbindung mit dem kaufenden Publikum. Der einzige Unterschied besteht darin, daß sie Sonn- und Festtags nur Hüte zum direkten Verkaufe nach Wunsch der Kunden herrichten oder ändern, während sie an Werktagen neben diesen Arbeiten auch auf Lager arbeiten. Von solchen Putzmacherinnen kann man nicht sagen, daß sie im Handelsgewerbe beschäftigt seien, denn zum Warenumsatz wirken sie in gar keiner Weise mit, mit dem kaufenden Publikum fehlt jegliche Berührung (vergl. Landmann Anm. 7 Abs. 2 zu § 105 b Abs. 1 GO.). Die Putzmacherinnen des Angeklagten waren deshalb, trotzdem sie nur Arbeiten an verkauften Hüten verrichteten, auch an Sonn- und Feiertagen im Betriebe der Putzmacherei, also der Werkstatt im Sinne des § 105 b Abs. 1 GO. beschäftigt.

Aber auch aus einem anderen Grunde kann von einer Beschäftigung der Putzmacherinnen im Handelsgewerbe des Angeklagten an Sonn- und Festtagen keine Rede sein. Indem der § 45 der Hessischen Anweisung nur die Änderungs- und Zurichtungsarbeiten an Waren beim Ladenverkauf als zum

Handelsgewerbe gehörig erklärt, folgt er dem oben angegebenen Grundgedanken des Gesetzes, daß untergeordnete, beim Verkaufe regelmäßig oder sehr häufig vorkommende gewerbliche Leistungen, ohne welche der Verkauf nicht wohl zu bewerkstelligen ist, die rechtliche Natur des Gesamtgeschäftes als Verkaufsgeschäft nicht beeinflussen. Selbstverständlich kann es sich dabei aber nur um geringfügige Leistungen handeln, die ohne besonderen Aufwand an Zeit und gewerbetechnischer Tüchtigkeit während des Verkaufs gleichsam unter der Hand bewerkstelligt werden können. Um derartige Arbeiten handelte es sich aber bei der Sonntagsarbeit der Putzmacherinnen des Angeklagten keineswegs. Wenn Federn an Hüten abgenommen und andere aufgesetzt, wenn Blumengarnituren ausgewechselt, wenn hie und da andere Bänder an die Hüte gemacht worden sind, so sind dies keine Zurichtungs- und Änderungsarbeiten i. S. 45 a. a. O. mehr, sondern Arbeiten, die einen ganz erheblichen Teil der Putzarbeit an dem einzelnen Hute ausmachen. Es sind dies keine Arbeiten, die ohne besondere Mühe und ohne technisches Geschick in kurzer Zeit während des Verkaufes erledigt werden können, sondern dazu hatte der Angeklagte besonders geschultes Personal, das mit dem Verkauf in keiner Weise befaßt war, sondern sich lediglich der gewerbetechnischen Arbeit widmete. Die Hüte sind auf diese Weise nicht zugerichtet und geändert worden, sie sind vielmehr dem Geschmacke des Kunden angepaßt, also erst zum Verkaufe fertig gestellt worden. Hier tritt die gewerbliche Leistung gegenüber dem Verkaufe derartig in den Vordergrund, daß sie durchaus nicht mehr als untergeordnet bei dem ganzen Verkaufsgeschäft angesehen werden kann, sondern als eine Hauptsache. Kein Hutgeschäft wäre in der Lage, derartigen Ansprüchen der Käuferinnen sofort zu entsprechen, ohne nicht eine Anzahl Arbeiterinnen gleichwie der Angeklagte bereit zu halten, die mit dem Verkaufe gar nichts zu tun haben, sondern nur bemüht sind, ihre gewerblichen Leistungen und technische Fähigkeiten ausschließlich zur Verfügung zu stellen. Derartige, ein ständiges technisches Arbeitspersonal erfordernde, umfangreichere und längere Zeit in Anspruch nehmende Arbeiten sind keine Zurichtungs- und Änderungsarbeiten beim Ladenverkauf, sondern sind Fertigstellungsarbeiten zum Ladenverkauf, denn die Hüte werden dadurch erst zum Verkaufe hergerichtet, sie gehören nicht zum Handelsgewerbe (vergl. Urteil des RG. Bd. 42 S. 9 ff.). Und wo sollte bei den von dem Angeklagten geschilderten Sonntagsarbeiten auch die Grenze sein? Wird auf Wunsch der Käuferin eine Feder, eine Blumengarnitur oder ein Band ausgewechselt, dann wird ohne Zweifel eine Hutform auch frisch garniert, wenn es verlangt wird. Unter Umständen ist dies ja in kürzerer Zeit geschehen als die verlangte Umänderung und man könnte dem Wortsinne nach in der Garnierung der Hutform ebenfalls eine Zurichtung zum Verkaufe sehen; daß das aber nicht der Sinn des Gesetzes sein soll, liegt auf der Hand; das Gesetz meint vielmehr nur, daß kleinere, sofort ohne besondere Mühewaltung während des Verkaufes mögliche Leistungen, die als solche nicht hervortreten, zum Handelsgewerbe gehören und daher auch an Sonntagen vorgenommen werden dürfen, während der für das Handelsgewerbe freigegebenen Zeit. Solche Leistungen sind hier nicht in Frage, deshalb sind die Arbeiten der Putzmacherinnen des Angeklagten an Sonn- und Festtagen auch nicht als im Handelsgewerbe betätigt anzusehen.

Damit ist bewiesen, daß die Beschäftigung der Putzmacherinnen des Angeklagten an Sonn- und Festtagen eine gegen § 105 b Abs. 1 GO. verstoßende gewesen ist.

Der Angeklagte kann sich nicht damit entschuldigen, daß er geglaubt hatte, die Beschäftigung sei gesetzlich erlaubt. Wenn er dies geglaubt hat, dann hat er sich in einem Rechtsirrtum befunden, der ihn von Strafe nicht frei macht. Zur Bestrafung ist nur der Vorsatz erforderlich, der aber nachgewiesen ist. Auch damit kann er sich nicht entschuldigen, daß er nur das getan habe, was andere auch getan haben.

Da nun in den weitaus meisten Betrieben die Verhältnisse so liegen wie bei dem Angeklagten, nämlich, daß die Putzmacherinnen am Sonntage ebenso wenig etwas mit dem Verkaufsgeschäft zu tun haben wie am Werktag und außerdem fast alle Arbeiten zu verrichten haben, die auch an einem Werktag von ihnen verlangt werden, so fragt es sich nun, welche Mittel und Wege dem Gewerbetreibenden in dieser „existenzbedrohenden“ Vorschrift des § 105 b GO. offen stehen.

Ich bin der Ansicht, daß, wo ein Wille vorhanden ist, auch ein Weg zu finden ist.

Zunächst wird es manche (und zwar nicht die schlechtesten) Gewerbetreibende geben, deren Stellung im Erwerbsleben es ermöglicht, ihre Kundschaft entsprechend zu erziehen, ohne daß sie eine Flucht ihrer Kunden zu Konkurrenzfirmen zu befürchten brauchen. Da, wo ein solches Vorgehen untunlich erscheint, könnten aber bei einigem guten Willen die gesamten Gewerbetreibenden sich zusammenschließen und gemeinsam vorgehen, entweder in der Beseitigung der Sonntagsarbeit oder in der Einschränkung nur für die Zeit der Saison. Ein derartiges Vorgehen ist keineswegs neu und findet immer mehr Nachahmer. Ferner ist manchem Geschäftsinhaber unbekannt, daß er kraft Gesetzes das Recht hat, auch an Sonntagen arbeiten zu lassen. Wir verwiesen auf die Bekanntmachung des Reichskanzlers betr. Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe vom 5. Februar 1895, worin den Schneidereien in handwerksmäßigen Betrieben sowie den Putzmachereien der Betrieb an 6 Sonntagen nach eigener Wahl bis 12 Uhr mittags frei gegeben ist. Hierfür ist keine besondere Genehmigung erforderlich, es ist nur vorher Mitteilung an die Ortspolizei zu erstatten und es ist innerhalb der Betriebsstätte eine Tafel auszuhängen, welche den Inhalt der auf den Betrieb bezüglichen Vorschriften wiedergibt.

Außerdem aber können auf Grund von § 105 f G.O., wenn zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens ein nicht vorher zu sehendes Bedürfnis der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen eintritt, von der unteren Verwaltungsbehörde Ausnahmen von der Bestimmung des § 105 b Abs. 1 zugelassen werden. Diese Voraussetzungen können zutreffen insbesondere in der Saison, oder bei schroffem Witterungswechsel, bei Verkehrstagen.

Auch sind Fälle möglich, wo auf Grund von § 105 c GO. die Arbeiten ohne besondere behördliche Genehmigung zulässig sind, wenn es sich um Arbeiten handelt, welche in Notfällen oder in öffentlichem Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen. Unter die Notfälle sind z. B. auch Sterbefälle zu rechnen, welche insbesondere bei Konfektionsgeschäften eine große Arbeitshäufung hervorzurufen pflegen.

Das nächstliegende Mittel aber dürfte sein, diejenigen Putzarbeiterinnen, die hierzu besonders geeignet sind, als Verkäuferinnen auszubilden. Diese technisch vorgebildeten Verkäuferinnen würden, da sie mit den Rohstoffen und der Verarbeitung vertraut sind, auf alle Fälle sich brauchbarer erweisen, als solche Handlungsgehilfinnen, die von

den Herstellungsarbeiten wenig oder gar nichts verstehen. Solche Verkäuferinnen würden, auch wenn sie ausnahmsweise, insbesondere an Sonntagen, neben ihrer Verkaufstätigkeit einige Änderungsarbeiten vornehmen, stets als kaufmännische Angestellte zu gelten haben, die unter die Bestimmungen des § 105 b Abs. II fallen. Auch wird es in vielen Fällen möglich sein, eine oder die andere frühere Putzarbeiterin, die ihre Stelle wegen Eingehens einer Heirat oder aus anderen Gründen aufgegeben hat, als Aushilfsverkäuferin auszubilden, die nach Bedarf, namentlich an Sonntagen zur Aushilfe herangezogen werden könnte.

Schließlich ist, sofern die oben angeführten Mittel und Wege die Gewerbetreibenden nicht befriedigen, es immerhin nicht ausgeschlossen, daß einer maßgebenden Vertretung des ganzen Standes auf Grund von § 105 d GO. vom Bundesrate Ausnahmen bewilligt werden können, die die Verhältnisse des Konfektions- und Putzmachergewerbes in besserer Weise berücksichtigen wie seither.

Es können aber auch, insofern man diesen Weg nicht einschlagen will, die Bekanntmachung des Reichskanzlers betr. Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe gemäß § 105 e Abs. 1. GO. vom 3. April 1901, sowie die bisherigen Ausführungsanweisungen einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden, wenn hierzu von seiten der Gewerbetreibenden ein begründeter Antrag gestellt wird.



VIKTOR SCHIDL, WIEN, VIZEPRÄSIDENT DES ZENTRALVERBANDES DER ÖSTERR. STAATS-BEAMTENVEREINE: DIE ÖSTERREICHISCHE STAATSBEAMTENORGANISATION. IHRE ZIELE UND METHODEN.

DIE österreichische Staatsbeamtenorganisation ist verhältnismäßig jungen Alters. Beamtenvereine wurden zwar ziemlich frühzeitig ins Leben gerufen. Ja, eine Gruppe der österreichischen Staatsbeamten, die k. k. Rechnungsbeamten dürfen mit gewissem Stolz feststellen, daß bereits im Jahre 1683 unter der Bezeichnung „Privatverein der in Wien befindlichen k. k. Rechnungs- und Kontrollbeamten zu wohltätigen Zwecken für sich und ihre Familienmitglieder“ eine Vereinigung gegründet wurde, die nicht nur der älteste bestehende Beamtenverein, sondern vielleicht einer der ältesten Vereine überhaupt sein dürfte.

Abgesehen von dieser wohl ganz vereinzelt dastehenden Schöpfung zeigten sich zuerst in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gewisse Ansätze zu Beamtenvereinigungen, die allerdings, wie auch in anderen Staaten, hauptsächlich den Charakter von Unterstützungs- und Fürsorgevereinen aufwiesen. So wurde im Jahre 1853 ein „Verein der k. k. Rechnungs- und Kontrollbeamten in Wien zur Leistung von Begräbniskostenbeiträgen“, im Jahre 1861 der I. Wiener Konsumverein für Beamte und im Jahre 1863 der I. Allgemeine Kranken- und Leichenverein für k. k. Beamte in Wien geschaffen. Im Jahre 1864 erfolgte die Gründung des I. Allgemeinen Beamtenvereins der öster-

reich-ungarischen Monarchie, der, wenn auch vorwiegend auf dem Gebiete der Lebensversicherung tätig, durch viele Jahre im Petitionswege die Desiderien der Staatsbeamtenschaft sowohl gegenüber der Regierung als auch dem Parlamente vertrat. Immerhin blieben Staatsbeamtenvereine damals eine sehr sporadische Erscheinung.

Erst im vorletzten und letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts trat ein Umschwung ein, indem, und zwar vorwiegend in einzelnen Landeshauptstädten, sogenannte „Staatsbeamten-Kasino-Vereine“ ins Leben gerufen wurden. Sie suchten die Patronanz einflußreicher Mitglieder der höheren und hohen Bureaukratie und bezweckten hauptsächlich die Schaffung eines gesellschaftlichen Zentrums für Beamte. Die Vertretung jener großen Fragen, die mit einer grundlegenden Änderung der bestehenden ökonomischen und rechtlichen Zustände des Beamtentums im Zusammenhange standen, trat vorläufig noch wenig in den Vordergrund.

Die mit dem Emporsteigen neuer politischer Parteien immer mehr um sich greifende schärfere Sprache im öffentlichen Leben sowie die fortschreitende materielle Bedrängnis in den unteren Rangsklassen der Staatsbeamtenschaft brachte es jedoch bald mit sich, daß die latente Mißstimmung und Gereiztheit auch für die Vertretung von Staatsbeamteninteressen kräftigere Akzente fand. Aus dieser Stimmung heraus wurde im Jahre 1894 der „Verein der Staatsbeamten Österreichs“ gegründet, der in kurzer Zeit einen großen Teil der unteren Beamtenklassen in seinem Lager vereinigte.

Erst von dieser Zeit an kann man von einer österreichischen Beamtenorganisation und Beamtenbewegung sprechen. Während bis dahin die „Wünsche“ der Staatsbeamten in submissester Form „einer hohen Regierung zur geneigten Erwägung und Würdigung“ vorgetragen wurden, zeigte sich der Umschwung in der Organisationspolitik augenfällig in der Abhaltung von großen Staatsbeamtentagen, von oft stürmischen Meetings, die von Tausenden von Beamten besucht wurden und in Form energischer Resolutionen die „Forderungen“ der Staatsbeamtenschaft vor dem Forum der Öffentlichkeit vertraten. Auch vor dem Parlamente. Und dies ist ein weiteres charakteristisches Merkmal der österreichischen Beamtenbewegung.

Während man vordem als untertänigster Staatsbeamter alles Heil von dem „Wohllollen“ der hohen Regierung erwartete, erinnerte man sich nun auch seiner Stellung als Staatsbürger und Wähler, trat mit den Reichsratsabgeordneten in engere Fühlung und versuchte auch durch diese einen gewissen Druck auf die Exekutive auszuüben.

Ein anderes neues Moment dieser Epoche muß in der Schaffung einer besonderen Beamtenpresse gefunden werden, die in rückhaltsloser Offenheit die verschiedenen Mißstände und Rückständigkeit der Verwaltung sowie des geltenden Beamtenrechts aufdeckte und erörterte. Durch eine rege Versammlungstätigkeit, durch die Beamtenpresse wurde eine zielbewußte Agitationsarbeit ermöglicht, die einerseits immer mehr Beamte den Organisationen zuführte, andererseits aber auch der Öffentlichkeit ein lebhafteres Interesse an Beamtenfragen einflößte.

Diese Grundsätze einer organisatorischen Betätigung blieben auch für die weitere Folge bestimmend. In kurzer Zeit wuchsen die „Fachvereine“ wie die Pilze aus dem Boden, so daß es gegenwärtig kaum eine Beamtengruppe gibt, die nicht in einem Fachverein organisiert wäre.

Während diese Fachvereine, die sich zum Teile wieder in Fachverbänden koalierten, sich naturgemäß hauptsächlich mit der Erörterung ihrer Spezialinteressen beschäftigten, blieb den „Sammelvereinen“, denen Beamte der verschiedenen Ressorts und Dienstzweige angehörten, die Diskussion und Verfechtung der allgemeinen Fragen überlassen. Es lag nun nur im Zuge der weiteren Entwicklung, ein einheitliches Aktionsprogramm und ein einheitliches Organ für die Durchführung der gemeinsamen Ziele zu schaffen. Aus diesem Bedürfnisse heraus entstand im Jahre 1901 der „Zentralverband der österreichischen Staatsbeamtenvereine“, dem gegenwärtig nahezu hundert Beamtenvereine angehören.

Mit der neuen Richtung der österreichischen Staatsbeamtenbewegung fällt die Schaffung einer Reihe von Beamtengesetzen zusammen: So die Gehaltsregulierung im Jahre 1898, die Aufhebung der Dienstkkautionen, die Einrechnung eines Teiles der Aktivitätszulage in den Ruhegenuß, die teilweise Erhöhung der Aktivitätszulagen, die Einführung der 35 jährigen Dienstzeit, die Herabsetzung der Termine zur Erreichung der Gehaltsstufen innerhalb der einzelnen Rangsklassen, die übrigens auch eine Vermehrung fanden, die Erhöhung der Ruhegenüsse für die Hinterbliebenen nach Staatsangestellten usw.

Die Einflußnahme der Organisation auf die Beamtengesetzgebung ist somit evident. Vieles wurde durch ihre rührige Tätigkeit erreicht, vieles vorbereitet.

Eine Änderung dieser bisher üblichen Organisationspolitik hat sich nicht als erforderlich erwiesen. Die Waffen des Ausstandes oder der „passiven Resistenz“, die durch buchstäbliche Interpretation der Dienstinstruktionen eine Lahmlegung des Dienstbetriebes anstrebt und bisher nur von der Eisenbahnbeamtenschaft und den Bediensteten des Verkehrsdienstes praktiziert wurde, kamen bisher in der österreichischen Staatsbeamtenbewegung nicht zur Anwendung. Wenn seitens der österr. Regierung manchenmal von „Beamtenfronden“ und „Revolutionären“ gesprochen wurde, müssen derlei Bezeichnungen als unzutreffend zurückgewiesen werden. Der Österreicher liebt zwar ein kerniges Wort, in seinen Aktionen ist er jedoch maßvoll. Die Beamtenorganisation will keine Revolution, sondern eine friedliche, den Zeitverhältnissen angepaßte Evolution. Für einen österreichischen Bürokraten der alten Schule mag freilich manches revolutionär erscheinen, was im Grunde genommen nichts anderes ist als eine natürliche Entwicklung.

Und eine Entwicklung der ökonomischen und rechtlichen Verhältnisse des österreichischen Staatsbeamtentums erscheint als eine unabweisbare Notwendigkeit. Ein österreichisches „Beamtenrecht“ im eigentlichen Wortsinne besteht überhaupt nicht. Was in Österreich mit diesem Namen bezeichnet wird, ist ein Wust von Hofkammerdekreten, Allerhöchster Entschlüssen und Verordnungen, die noch in das 18. und 17. Jahrhundert zurückdatieren. Kein Mensch in Österreich kennt sie. Sie werden nur zeitweise aus den Aktenfriedhöfen exhumiert, um einem mißliebigen Beamtenführer unangenehm zu werden.

Mit großer Unermüdlichkeit wird darauf verwiesen, daß die Entwicklung des Beamtenrechtes mit jener der Staatsverfassung nicht Schritt gehalten hat, daß die Änderung des Begriffes „Staatszweck“ auch eine Revision des Begriffes „Staatsbeamter“ nach sich ziehen muß. In einem Augenblicke, da man in Österreich durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht den breitesten Schichten der Bevölkerung ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht

für die Legislative eingeräumt hat, wird es als eine Inkongruenz empfunden, wenn dieses Recht einem intellektuell hochstehenden Stande wie der Staatsbeamtenschaft, soweit es sich um Fragen ihres Standes handelt, vollständig, soweit es sich um die Ausübung politischer und staatsgrundgesetzlich gewährleisteter Volksrechte handelt, zum Teile entzogen wird.

Die Staatsbeamtenschaft empfindet es als unerträglich, daß auch ihre ökonomische Lage von den Imponderabilien eines Besoldungssystems abhängt, das dem Zufall und der Willkür Tür und Tor öffnet; sie empfindet es drückend, daß ihre Stellung in der Staatsverwaltung in ihren Bezugsverhältnissen keinen adäquaten Ausdruck findet.

Daher ihr Ruf nach einer *Dienstpragmatik*, nach einem *Zeit-
a v a n c e m e n t*.

Mehr denn vierzig Jahre führt die österreichische Staatsbeamtenschaft den Kampf um die Dienstpragmatik. Im österreichischen Abgeordnetenhaus liegt nunmehr eine Regierungsvorlage, die eine Regelung des Dienstverhältnisses der Staatsbeamten anstrebt. Es würde zu weit führen, die einzelnen Bestimmungen dieser Vorlage zu erörtern. Wenn man sich mit der Auffassung des Staatsdienstverhältnisses der Regierung abfindet, kann man ja einräumen, daß manche bemerkenswerte Verbesserung gegenüber dem jetzigen Rechtszustande zu verzeichnen ist. Vom Standpunkte der Entwicklung des Beamtenrechtes bedeutet sie jedoch keinen Fortschritt.

Die österreichische Regierung negiert in ihrer Vorlage grundsätzlich jedwede Form der Beamtenautonomie; sie räumt weder in den Qualifikations- noch in der Disziplinarkommissionen der Staatsbeamtenschaft eine freigewählte Vertretung ein und lehnt die Schaffung von Beamtenbeiräten (Personalkommissionen) ab. Diese Zurücksetzung der Beamtenschaft wird um so bitterer empfunden, als gerade die im Mai 1910 vom parlamentarischen Staatsangestelltenausschusse veranstaltete Dienstpragmatik-Enquete einen glänzenden Beweis der Mäßigung und Sachkenntnis der Beamtenvertreter erbracht hat.

Noch steht die Entscheidung des Parlaments aus. Aber schon heute muß damit gerechnet werden, daß einschneidende Änderungen prinzipieller Natur die gesetzgebenden Körperschaften leider kaum vornehmen werden.

Die Staatsbeamtenorganisation sieht mit Ruhe der weiteren Entwicklung entgegen. Sie weiß, daß nicht der Buchstabe des Gesetzes, sondern der in einer sozialen Klasse lebende *G e i s t* die Bürgschaft einer fortschreitenden Entwicklung ist. Wenn auch die große Masse nicht immer auf der vollen Höhe der Auffassung einer zielbewußten Organisationspolitik steht, die Führer der österreichischen Beamtenbewegung wissen sehr genau, was sie wollen. Diese Führer — und darunter sind ausgezeichnete Redner und Organisatoren — haben es bisher noch immer verstanden, im rechten Momente die Massen für ihre Ideen zu gewinnen und zu begeistern.

Nicht vergessen sei noch eine andere bedeutsame Entwicklungstendenz in der österreichischen Staatsbeamtenorganisation: der Ansatz zu einer großzügigen Beamtenwirtschaftspolitik. Gerade die sich immer unerträglicher gestaltenden Teuerungsverhältnisse schaffen hierzu einen aufnahmefähigen Boden. Durch diese wirtschaftspolitischen Bestrebungen hat das Aktionsprogramm der österreichischen Staatsbeamtenorganisation eine wertvolle Erweiterung erfahren. Neue Allianzen, neue Berührungspunkte mit anderen, unter analogen ökonomischen Verhältnissen lebenden Berufsklassen

werden hiermit geschaffen, Entwicklungsmöglichkeiten, die vielleicht für die Gestaltung des öffentlichen Lebens noch von weittragender Bedeutung werden könnten.

Von diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheint die Beamtenbewegung als eine aus den Zeitverhältnissen geborene, in diesen wurzelnde, sozialpolitisch bemerkenswerte Erscheinung, die man keineswegs durch eine Beschneidung des Koalitionsrechtes, wie es die österreichische Regierung in der Dienstpragmatik-Vorlage versucht, aus der Welt wird schaffen können.



DR. JOHN MEZ, LONDON: DIE VEREINHEITLICHUNG DER MASSE UND GEWICHTE DER WELT UND DIE EINFÜHRUNG DES DEZIMALSYSTEMS IN ENGLAND UND AMERIKA.

DAS in allen Kultursprachen der Benennung der Zahlen zugrunde liegende Zahlensystem ist das dekadische oder Dezimalsystem. Bei diesem ist die 10, entsprechend der Anzahl der Finger des Menschen, die Grundzahl, deren positive Potenzen die Hundert, Tausend, Million, Milliarde, Billion usw., die negativen Potenzen aber die Zehntel, Hundertstel, Tausendstel usw., d. h. die Dezimalbrüche sind. Das Zehnersystem hat vor allem Anwendung gefunden als Einteilungsart von Geldgrößen, Münzen, Maßen und Gewichten, wobei jede höhere Einheit in 10 oder 100 oder 1000 usw. niedrigere Einheiten geteilt wird, wie dies namentlich im metrischen System der Fall ist. (1 Kilometer = 1000 Meter, 1 m = 100 Centimeter usw.)

Die Entstehung des Dezimalsystems ist wohl, wie oben angedeutet, darauf zurückzuführen, daß die Menschen ursprünglich mit Hilfe der 10 Finger zu zählen pflegten; wenn dabei die Zahl der ersten 10 überschritten wurde, wurden die weiteren Zahlen der ersten „Zehnergruppe“ zugezählt bis zur zweiten Zehnergruppe usw.; 10 Zehnergruppen wurden dann zu einer Hundertergruppe zusammengefaßt usw. Dieser Theorie über die Entstehung des dekadischen Zahlensystems läuft allerdings die Beobachtung zuwider, daß unzivilisierte Naturvölker nur mit den Fingern einer Hand, also nach dem Fünfersystem, oder, unter Hinweglassung des Daumens, gar nur nach dem Vierersystem zu zählen pflegen. Darauf soll hier nicht näher eingegangen werden, wahrscheinlich aber dürfte obige Theorie richtig sein.

Wenn die Menschen 12 Finger statt 10 besäßen, so wären wir vielleicht heute gewöhnt, nach dem Zwölfer- oder Duodezimalsystem zu zählen und zu rechnen, d. h. man würde nicht wie beim dekadischen System von 10 zu 10, sondern von 12 zu 12 fortschreiten, so daß 12 Einheiten einer Klasse eine Einheit der nächsthöheren Klasse ausmachen würde. Da die Zahl 12 durch 2, 3, 4 und 6, die Zahl 10 aber nur durch 2 und 5 teilbar ist, hätte das Duodezimalsystem große praktische Vorzüge. In der höheren Mathematik wird es auch tatsächlich häufig angewandt; die von den Baby-

loniern stammende Zeiteinteilung (12 Monate, 24 Stunden usw.) beruht darauf, ebenso die Einteilung des englischen Shillings in 12 Pence; im Handelsverkehr wird noch heute vielfach nach dem Zwölfersystem gerechnet, z. B. nach den Worten *Dutzend* (= duodecim = 12 Stück) und *Groß* ($12 + 12 = 144$ Stück). Die, vor allem von Herbert Spencer lebhaft verteidigte Einführung des Duodezimalsystems als Welt-Zahlensystem ist indes wegen der Schwierigkeit der praktischen Durchführbarkeit einer solchen Reform nicht zu empfehlen. Zunächst fehlt es in allen Ländern an entsprechenden Wörtern und Zeichen, um die zehnte und elfte Einheit jeder Klasse zu bezeichnen, sodann ist aber das Dezimalsystem Gemeingut fast aller Völker des Erdballs geworden, so daß nur dieses als einheitliches Welt-system in Betracht kommen kann.

Das Dezimalsystem ist gesetzlich vorgeschrieben für das Geldwesen von ganz Europa, Amerika, China und Japan, mit Ausnahme von Großbritannien und der Türkei. Für die Berechnung von Maßen aller Art ist das Dezimalsystem fast in der ganzen Welt eingeführt, indes gleichfalls mit Ausnahme von England nebst Kolonien und den Vereinigten Staaten von Amerika (Australien besitzt das Dezimalsystem seit 1910).

Die Einführung des Dezimalsystems wird in England schon lange eifrig betrieben. Eine Vereinigung von mehreren 1000 Mitgliedern, die „Decimal Association“, macht eifrig Propaganda für die Reform, ebenso wird die Frage in der Presse seit Jahren eingehend diskutiert. Als besondere Gründe für die Notwendigkeit des Übergangs zum Dezimalsystem wird angeführt: 1. Nahezu 500 Millionen Menschen bedienen sich desselben; 2. in keinem Lande, wo es einmal eingeführt war, wurde es wieder abgeschafft oder geändert; 3. der Schatzmeister a. D. Balfour habe schon im Jahre 1895 zu einer Deputation von Handelskammermitgliedern gesagt: Darüber, daß nach dem Urteil der gesamten zivilisierten Welt, einschließlich der Länder, die noch dem veralteten System anhängen, unter dem wir leiden, das metrische System längst als das einzig rationelle erachtet wird, können Zweifel nicht bestehen; 4. ein Ausschuß des Unterhauses für Änderung des Maß- und Gewichtswesens habe gleichfalls schon im Jahre 1895 die obligatorische Einführung des metrischen Systems im Handelsgebrauch und Schulunterricht vorgeschlagen; 5. bis jetzt haben folgende öffentlichen Körperschaften Englands sich zugunsten des metrischen Systems ausgesprochen: 29 Stadtverwaltungen, 18 Handelsvertretungen, 29 Schul-Boards, 40 Handelskammern und 45 sonstige öffentliche Körperschaften und Vereinigungen; 6. britische Konsulate auf der ganzen Welt haben sich gutachtlich im Interesse des englischen Außenhandels für sofortige Einführung des Dezimalsystems geäußert; 7. erfahrene Schulmänner sind überzeugt, daß ein volles Jahr oder mehr im Schulunterricht gewonnen werde, wenn das gegenwärtige verworrene Rechensystem beseitigt würde, wodurch die gesamten Erziehungskosten erheblich verringert würden usw.

Obwohl sich gegen die Reform nur seitens der Baumwollspinnereien und Textilfabriken, die von ihr wegen etwa nötiger Abänderung der Maschinen einen finanziellen Nachteil erwarten, ein nicht eben starker Widerstand geltend machte, im übrigen aber jedermann von ihrem Nutzen überzeugt ist, so wurde doch ein entsprechender Gesetzentwurf im Jahre 1907 vom Unterhause mit geringer Zufallsmajorität abgelehnt. Die Parlamente von Australien, Canada, Südafrika und Neuseeland haben sich schon längst für Annahme des metrischen Systems ausgesprochen, die Frage beschäftigte

auch die letzte „Imperial conference“, allerdings, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde das metrische System in 1866 gesetzlich zugelassen, aber nicht obligatorisch gemacht. In 1875 schloß sich die Union, gleichzeitig mit 16 anderen Regierungen der „Internationalen metrischen Convention“ in Paris an; seitdem wird die allgemeine Einführung des metrischen Systems in den Staaten eifrigst propagiert; in Erziehungsinstituten, Laboratorien, im medizinischen Dienste des Heers und der Marine und in der Gesundheitspflege wurde dessen Gebrauch obligatorisch gemacht, doch fehlt noch ein Gesetz für dessen allgemeine Einführung. Indes dürfte in Amerika wie in England der Übergang zum metrischen System nur noch Frage kurzer Zeit sein.

Wie unpraktisch die Maße und Gewichte des sonst so praktischen englischen Volkes sind, erhellt aus folgendem Beispiele: Handelsgewicht: 1 ton = 20 hundredweights à 4 quarters à 24 pounds à 16 ounces à 16 drams à 3 scruples à 10 grains! Ganz ähnlich ist es mit den Maßen.

Die Dezimalisierung des Geldwesens, die nicht so wichtig ist, würde unter Beibehaltung des engl. Pfunds (20 Schillinge) sich so vollziehen, daß $\frac{1}{10}$ Pfundstück (Florin, gegenwärtig = 2 Schillinge) als Einheit genommen und in hundert Teile (Cents) eingeteilt würde; letztere entsprächen ihrem Werte nach etwa 2 Pfennigen. Der jetzige „penny“ würde alsdann die Gestalt eines 4-Centsstückes erhalten.

Die Notwendigkeit der allgemeinen Einführung des Dezimalsystems ist besonders treffend dargetan von A. Jürgensohn in seinem bekannten Buche „Weltportoreform“. Er sagt darin: „Der gewaltige Weltpost- und Telegraphenverkehr, der internationale Personen- und Güterverkehr, die Welschiffahrt und der Welthandel, das Zollwesen, das internationale Versicherungs-, Bank- und Börsenwesen, die täglichen Kursnotizen vom Welt- und Geldmarkt, die ungeheuren Kapitalsanlagen in fremden Ländern und Werten, das internationale Patentwesen, mit seinen jährlichen Gebühren, das internationale Inseratenwesen der Weltpresse, das täglich auf den ganzen Erdball gerichtete Kapitals- und Handelsinteresse der Geschäftswelt wie des Publikums, alles das begegnet in dem lästigen Wirrwarr der vielen Maß-, Gewichts- und Münzsysteme und Währungen einer mit der modernen Zeit der Ozeanschnelldampfer, der Kontinente durchquerenden Eisenbahnen, der Luftschiffe, der Kabel- und Funkentelegraphie gar nicht mehr zu vereinbarenden sinnlosen und unpraktischen Hemmung und zeitraubenden Unübersichtlichkeit“. Mögen daher die auf Einführung des Dezimalsystems in den angelsächsischen Ländern gerichteten Bestrebungen bald von Erfolg gekrönt sein, damit auch auf dem für den internationalen Verkehr und Warenaustausch so bedeutenden Gebiete des Maß- und Gewichtswesens ein neues, einheitliches Band die ganze Menschheit umfasse!



DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE ENTWALDUNG IN SPANIEN.



UR Zeit Karls V. schien kein Staat so blühend wie Spanien. Trotzdem verschwanden Wohlstand und Macht in weniger als einem halben Jahrhundert. Ohne daß irgendein Feind ihm einen verhängnisvollen Schlag versetzt hätte, zählte Spanien in Europa nur mehr als ein Staat zweiten Ranges.

Woher kam dieser Niedergang? Man hat sich berufen auf die Vertreibungen und Metzeleien. Zu den zahlreichen Muselmanen, die unter der Regierung Philipps II. verstoßen wurden, kamen noch 600 000 Moriskos hinzu, die unter Philipp III. im Jahre 1609 verbannt wurden, die besten, fleißigsten Arbeiter unter seinen Untertanen. Während zweier Jahrhunderte fast hatte Spanien nicht zehn Jahre nacheinander Frieden; es kämpfte mit Portugal, England, Italien, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und den Barbareskenstaaten. Gleichzeitig entdeckte, erforschte, eroberte und kolonisierte es eine ganze Welt. Im XVII. Jahrhundert verließen jedes Jahr mehr als 40 000 Personen in der Blüte der Jahre Spanien, um zu kriegen, in der Ferne zu garnisonieren und ihr Glück in Amerika zu suchen. Endlich verurteilte im Lande selbst die katholische Religion durch ihre Geistlichkeit, ihre Klosterorden mehr als 180 000 Menschen zum Zölibat allein unter der Regierung Philipps III.

So wichtig sie auch scheinen mögen, hatten diese Gründe nicht genügt, Spanien zu entvölkern. Hat sich Frankreich nicht wieder erholt nach der Aufhebung des Edikts von Nantes? England, Frankreich, Deutschland haben 100 jährige Kriege geführt. Die Auswanderung hat England und Deutschland Millionen von Untertanen entrissen, ohne daß diese Nationen dadurch stark geschädigt worden wären. Endlich haben die Klosterorden in allen Staaten Europas geblüht, ohne daß sich für diese ein solcher Schaden ergab.

Überall glich die Fruchtbarkeit des Volkes nach kurzer Zeit auch die schwersten Menschenverluste völlig aus. In Spanien war es nicht so. Die Entvölkerung geht auf eine Verarmung des Bodens zurück, die durch ein Überhandnehmen der Weidekultur verursacht ist. In Kastilien zogen die Besitzer große Vorteile aus der Schafzucht, da die feine Wolle der Merinoschafe jedes Jahr 40 Real eintrug, das ist 10 Franks per Stück. Fünfzig Hirten, unter dem Befehl eines Anführers, genügten, um 10 000 Schafe im Sommer auf die Hochebenen, im Winter in die niedrigen Provinzen von Andalusien, Estremadura, Asturien und Galicien zu führen. Diese Industrie verallgemeinerte sich dermaßen, daß man in Kastilien 50 000 Hirten zählte, und sie wurde so wuchtig, daß man ihr alles unterordnete. Im Jahre 1556 vereinigten sich die Großgrundbesitzer, welche aus Adeligen, Bischöfen, Prioren von Klöstern bestanden, zu einer mächtigen Korporation, la Mesta, und die Regierung sicherte ihnen unglaubliche Vorrechte zu. Sie hatten freien Weg, das Recht des freien Durchgangs und der Tränke auf der ganzen von der Herde durchlaufenen Strecke; die Einfriedungen wurden verboten; der Hirte konnte Gras und Futter kaufen nach einem unveränderlichen Tarif und Weiden pachten (jeden Konkurrenten von den Versteigerungen ausschließend). Das Vieh fraß die Ernten, die Weinreben, die Birnenpflanzungen, die Bäume. Diese Gesetzesübertretungen, welche von dem Gerichte der

Mesta beurteilt wurden, waren im vorhinein verziehen. Dieses Vorrecht wurde erst eingeschränkt unter Karl III. und vollkommen aufgehoben im Jahre 1797 durch Karl IV. Während mehr als zwei Jahrhunderten hatten die Hirten das Recht, Pflanzungen und Bäume zu vernichten.

Der Hirte ist der Feind der Wälder. Um zu verstehen, was in Spanien vorgeht, genügt es, zu beobachten, was heutzutage in den Alpen, Pyrenäen usw. sich ereignet. Die wandernden Herden verzehren alles auf ihrem Wege, die jungen Triebe werden vollkommen abgefressen. Wenn das Vieh im Gehölz weidet, so verschwindet dasselbe langsam, da die alten Bäume nicht mehr ersetzt werden. Das kann man noch jetzt im Norden Spaniens sehen. Abt Breuil teilte mir das drohende Verschwinden der schönen Buchenwälder der Pena Mellera oberhalb Panes' in Asturien mit. Die alten Bäume fallen, gestürzt durch den Wind und den Blitz, die Ziegen fressen die jungen Bäume; dasselbe ereignet sich an zahlreichen Punkten der Provinz Santander; von den alten Kastanienpflanzungen, dichten Gehölzen noch vor wenigen Jahren, sind nur einige alte Bäume übrig geblieben, unter denen Kuh- und Schafherden weiden. Wenn der Mensch nicht Hilfe bringt, stirbt der Wald; aber oft beschleunigt jener den Untergang; er braucht Weiden für seine Herden und er verbrennt die Wälder. In Kastilien hilft die Unwissenheit dem Werke der Hirten: die Bauern vernichten die Bäume, welche, wie sie behaupten, das Getreide am Keimen hinderten, die Vögel anlockten, welche die Körner fraßen, — und deren Fruchtbarkeit Krankheiten verursachte.

Die Vernichtung der Wälder in Spanien wird durch historische Dokumente bezeugt. Im Jahre 1748 befahl die Regierung, besorgt ob der Entwaldung, welche sie des Bauholzes für Schiffe beraubte, jeder Gemeinde, alle Jahre Bäume zu pflanzen, so zwar, daß auf einen Einwohner fünf Bäume kamen, und verbot unter Geldstrafe den Zutritt der Herden zu den Schonungen. Dieses Gesetz blieb unausgeführt.

Um das Übel zu verstehen, welches die Abholzung in Kastilien verursachte, genügt es, den Zustand der Provinz vor und nach dem XVI. Jahrhundert zu vergleichen. Zweifelsohne wies die weite Hochebene zu allen Zeiten Steppen auf, wie diejenigen der Provinzen von Leon und la Mancha; denn eine Schutzmauer von Bergen macht das Klima trocken, indem sie die Wolken aufhält, welche vom Ozean kommen. Der Niederschlag beträgt kaum 400 mm jährlich. Trotzdem, so weit man auch in der Geschichte zurückgreift, unter den Mauren und Römern, war das Land fruchtbarer, weite Flächen waren bebaut, auf denen kein Baum mehr steht, unter welchem der Wanderer sich ausruhen könnte. Estremadura, von milderem Klima, lieferte reichliche Produkte. Kastilien war bewaldet, die Wälder, welche im XVI. Jahrhundert den königlichen Jagden dienten, sind verschwunden; die Mauren beschäftigten sich, als sie in diesen Provinzen herrschten, mit der Bodenkultur und hatten zahlreiche Berieselungsgräben angelegt, die heute gänzlich verfallen sind.

Es ist nicht sicher, daß die Entwaldung immer die Regenmenge vermindert; aber zugegeben, daß das Wasser immer ebenso reichlich fällt, fällt es nicht in regelmäßiger Weise, die Gewitter sind selten und heftig. Infolgedessen vertrocknen die Flüsse, welche das ganze Jahr gleichmäßig dahinflossen, im Sommer und verwandeln sich in reißende Ströme während des Winters. Diese Änderungen ließen sich in Spanien beobachten. Die größten Flüsse: der Tajo, der Guadiana, welche im XVI. Jahrhundert reichlichen und stets gleichmäßig hohen Wasserstand hatten, sind launenhaft geworden. Der

Ebro, welcher unter Vespasian — nach Plinius — bis Logrono schiffbar war, d. h. im größten Teile seines Laüfes, der im XVI. Jahrhundert die Schiffe trug, welche man in Saragossa baute, konnte am Anfange des XVII. Jahrhunderts nur mehr bis Tortosa befahren werden; eine Stadt nahe an seiner Mündung. Der Manzanares, welcher an Madrid vorbeifließt, war schiffbar, heute kann man in seinem Bett im Sommer nicht ein Glas Wasser schöpfen.

Auch hat Kastilien seine alte Fruchtbarkeit verloren. In den Tiefen der Täler pflanzt man noch Getreide. In den regenreichen Jahren ist die Ernte glänzend; oft bleibt sie gänzlich aus. An vielen Punkten sind die Felder angetrocknet. In Estremadura wachsen nur Heidekraut und Zistrosen, la Mancha ist eine Steppe mit dichtem Gestrüpp, flachen Heiden und hier und dort mit schilfbewachsenen Tümpeln. Sümpfe bedecken die Provinz Avila. In der Provinz von Valladolid gibt es „keinen Baum, keinen Hanf, keinen Flachs“ mehr. Diese Verwandlung eines fruchtbaren Bodens in ausgetrocknete Steppen vollzog sich hauptsächlich im XVII. Jahrhundert. Da wütete die Hungersnot ohne Unterbrechung. Die Schelmenromane schildern die wenigen Bauern, welche ihr Fortkommen in diesen Einöden finden, elend und ausgehungert. Ihre Weisheit hatte beredete und düstere Sprichwörter ersonnen: „Es gibt mehr Tage als Würste“, „Es gibt keinen Kummer, welchen das Brot begleitet“. Unter Ludwig XIV. schrieb die geistreiche Marquise von Villars, daß diese Bauern nur mehr von dem lebten, was sie „tomar el sol“, das Einatmen der Sonne nannten; denn um die Hochebene zu durchfliegen, muß die Lerche sich ihr Futterkörnchen mitnehmen. Kastilien war zur Wüste geworden, ein Land des Durstes, welches man mit der Lybischen Wüste verglich. Die Städte konnten weder mit Wasser noch mit Nahrung versorgt werden. Der Staat, welcher im XVI. Jahrhundert Getreide ausfuhrte, importierte im Jahre 1621 364 000 Hektoliter. Im Jahre 1644 requirierte der Präsident von Kastilien, in Begleitung des Henkers, in der Ebene von Madrid die Lebensmittel, welche die Bauern für sich behielten. Im Jahre 1699 schreibt Lord Stanhope: „Es vergeht kein Tag, da nicht gemordet wird in den Straßen von Madrid, da die Leute nicht kämpfen, um Brot zu bekommen.“

Andalusien, Arragonien hatten genug zu leiden durch die Hirten. Im XVIII. Jahrhundert blieben zwei Drittel des Königreichs Arragonien gänzlich verlassen, seine Bauern waren wild und elend. Bei ihnen wurde das Wasser ein wertvoller Schatz, mit welchem man so sparte, daß man Wein in den Mörtel mischte, um Häuser zu bauen.

Die Regierung erließ Gesetze gegen dieses Übel. Die Spanier des XVII. Jahrhunderts glaubten, allem mit Gesetzen und Erlässen abhelfen zu können: die Franzosen des XX. Jahrhunderts teilen diesen Glauben. Im Jahre 1610 verlieh König Philipp III. durch ein Edikt den Adelsstand jedem Untertan — mit Ausschluß des Militärs —, welcher sich den Feldarbeiten widmete. Aber umsonst. Dieses Gewerbe ernährte nicht mehr seinen Mann.

Nur die Küstenprovinzen und diejenigen des Nordens und des Ostens: Asturien, Galicien, Biskaya, das Baskenland, Navarra, Katalonien wahrten ihren Wohlstand; bei ihnen galt das System des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes, welches die ausgebreitete Viehzucht verbietet.

Die mittleren Provinzen, Kastilien, Estremadura, Leon, die einen Schutzwall gegen die zentrifugalen Bestrebungen bilden sollten, waren besonders heimgesucht. Das Herz des Landes war getroffen. Was würde aus Frankreich,

wenn das Bassin der Seine sich so entwertete, daß es nur mehr als Weideland verwendet werden könnte?

Das Königreich Spanien bietet immer denselben Ausblick. Seine Hauptstadt erhebt sich inmitten weiter Einöden. Seine 17 000 000 Schafe und seine 5 000 000 Ziegen suchen noch immer auf den Hochebenen ihr spärliches Futter.

Die Gelehrten, die aufgeklärte Klasse Spaniens, beschäftigen sich heute mit dem Problem der Aufforstung. Eine Schule für Waldkultur besteht in Escorial. Man beabsichtigt, einige Teile des Landes aufzuforsten. Aber die Zerstörung wird nicht eher verschwinden, die Wälder werden nicht neu erstehen und der Boden wird nicht seine ehemalige Fruchtbarkeit wiedererlangen vor dem Tage, wo die Volksmassen die Theorie des Übels einsehen werden. Wenn es an der Elite ist, soziale Probleme zu studieren, so hängt ihre Lösung von der Majorität der Bürger ab, welche sich der Anstrengungen, die sie zu machen und des Zieles, das sie zu erreichen haben, bewußt sind.



DR. HEINRICH PUDOR: IRRIGATIONS- UND BEWÄSSERUNGSARBEITEN IN AMERIKA.

IM preußischen Herrenhause wurde am 25. Mai 1909 eine Resolution von Salisch angenommen, in welcher die Regierung ersucht wird, durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen und durch Gewährung reichlicherer Geldmittel einen rascheren Fortgang der Ödlandaufforstung und Hebung des Zustandes der Privatforstwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen, herbeizuführen, sowie eine Statistik vorzulegen über das Vorhandensein von Ödland und von durch Mißwirtschaft nahezu zur Ertragslosigkeit herabgewirtschafteten Forstflächen in den preußischen Regierungsbezirken. In der Tat sind große Strecken unseres deutschen Vaterlandes entweder der Bebäuung noch nicht zugänglich gemacht oder ergeben nur geringe Erträge, weil ihre Bewässerung keine rationelle ist: einige sind zu trocken, andere zu sumpfig *). Vorbildlich aber können für uns in dieser Richtung die in Amerika begonnenen Bewässerungsarbeiten sein, vor allem bezüglich der Wichtigkeit, die man überhaupt dieser Frage beimißt. Wie hat nicht Liebig's Agrikulturchemie die Landwirtschaft umgestaltet, dergestalt, daß man allerorten den Boden rationell ernährt und ihm Ersatz für die Nahrung, die ihm die Kultivierung entzieht, wieder zuführt. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus erhellt die Bedeutung der Bewässerungsfrage. Denn ohne genügende Bewässerung kann von genügender Ernährung keine Rede sein. Wie beim Menschen zum Brote das Wasser, gehört bei der Pflanze zur Erde das Wasser: die Feuchtigkeit erst befähigt die Pflanze zur Nahrungsaufnahme. Stalldünger ist nicht nur der Nahrung wegen, die er enthält, vorteilhaft, sondern auch der Feuchtigkeit wegen. Beim künstlichen Dünger aber fehlt diese. Im allgemeinen aber kann eine fette

*) Der Gesamtumfang der in Deutschland vorhandenen Moore wird auf 300 Quadratmeilen geschätzt.

Erde noch eher mit geringer Feuchtigkeit auskommen, als eine magere Erde, bei der der Mangel an Wasser Dürre und Unfruchtbarkeit zeitigt. Fette Erde mit reichlichem Wasser wiederum wird leicht zu Sumpf und somit auch mehr oder weniger unfruchtbar. Rationelle Wasserzuführung und Regelung der Wasseraufnahme bildet also unter allen Umständen eines der allerwichtigsten Kapitel der Kultivierung des Landes.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht weniger als zwei Fünftel des gesamten Bodens natürliches Dürmland, in dem weniger als 20 Zoll Regen jährlich fällt und die künstliche Bewässerung eine Notwendigkeit ist. Rationell bewässert würde dagegen dieses Dürmland zu den fruchtbarsten des amerikanischen Kontinentes gehören. Dieses Land liegt in der Hauptsache jenseits des Mississippi, seine Kultivierung hat kaum erst begonnen, es ist befähigt, eine Bevölkerung von 200 Millionen zu ernähren. Seine 75 Millionen Acker anbaufähigen Dürlandes und seine 400 Millionen Acker Weidelandes zusammen mit seinen Mineralschätzen können Amerika einen Reichtum bringen, der die jetzige Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten weit hinter sich läßt. Es ist ein bergiges Land, umsäumt von Waldgebirgen und Schneeregionen: dazwischen liegen Täler und Tiefebene, welche Tausenden, und in einzelnen Fällen, wie bei der Gegend von Sacramento, Millionen Familien Glück und Gedeihen schaffen können. Wo hier die rationelle Bewässerung schon durchgeführt ist, sind die latenten Kultivierungsmöglichkeiten des Landes dargetan durch eine schier wunderbare Entwicklung. Solche Distrikte sind das Tal des Salzflusses von Arizona, das San Bernardinootal in Südkalifornien, das Salzseetal von Utah, das Boiset al von Idaho, das Yakimatal von Washington.

Der Amerikaner Elwood Mead sagt in seiner vortrefflichen Schrift über Irrigation: Von den Wind River-Gebirgen von Wyoming, südlich vom Yellowstone-Park, gehen drei Ströme herab, welche mit ihren Nebenflüssen die industrielle Zukunft eines Gebietes, größer als irgendein europäisches Land, ausgenommen Rußland, kontrollieren, und fähig sind, eine Bevölkerung aufzunehmen; größer als die jetzt östlich des Mississippi wohnende. Diese Ströme sind der Missouri, Columbia und Colorado. Der erste derselben bewässert die Gebirgstäler an den östlichen Abhängen der Rocky Mountains und die halbtrockenen Distrikte der großen Ebenen, der zweite das nordwestliche Pacificgebiet, einschließend Teile von Montana, das ganze Idaho und den größeren Teil von Oregon und Washington, der dritte den Südwesten, in sich fassend einen großen Teil von Utah und Westkolorado, Teile von Mexiko und Kalifornien, und das ganze Arizona. Dieses große Gebiet, dessen Kultivierung keine besondere staatsmännische Kunst erheischt, ist das Landgut der amerikanischen Nation („the nation's farm“). Gegenwärtig freilich hat es wenig Wert. Ein ganzes Stück Land ergibt jetzt kaum genug, dem bedürfnislosen Schafe notdürftigste Nahrung zu geben. Und dies lediglich, weil es an Feuchtigkeit mangelt. Da, wo man die Flüsse abgelenkt und Irrigation eingeführt hat, hat man Ernten erzielt, welche denen von Gegenden mit reichlichem Regenfall gleichkommen.

Die Kunst der rationellen Bewässerung, der Irrigation haben, die Amerikaner erst neuerdings wieder gelernt, sie selbst ist aber sehr alt und war schon vor Jahrhunderten in Amerika in Übung. In verschiedenen Gegenden des Südwestens und der südlichen Distrikte von Kolorado und Utah finden sich Spuren von Irrigationsanlagen, welche der Bevölkerung zur Kultur verholfen haben: als die frühesten spanischen Kolonisten durch das Tal des

Rio Grande kamen, entdeckten sie in trockenen Gebieten desselben häufig Stellen mit einer üppigen Vegetation „ähnlich der in den Gärten von Kastilien“. Die Pueblo-Indianer hatten lange vor ihnen den Boden irrigiert. Die Spanier schufen in diesen Oasen Ansiedlungen und lernten von den Eingeborenen die Kunst, eine nährhafte, aber trockene und deshalb unfruchtbare Erde fruchtbar zu machen. Missionare kamen aus diesen Siedlungen und verbreiteten die Kenntnis der Irrigation weiter.

Die Geschichte der Irrigation in dem jetzigen Amerika beginnt mit den Bestrebungen der Pioniere der Mormonen, die Gewässer von City Creek über das Land des Salzseetales zu richten. Und bis zum heutigen Tage hat man die Mönche die besten Irrigationskolonisten genannt. Im Westen von Amerika gibt es ein Sprichwort: ein Mormone versteht es, das Wasser den Berg hinauf rennen zu lassen. Die alten Führer dieser Sekte sahen bald ein, daß nur mit den Mitteln der Irrigation sie sich „über Wasser“ halten konnten, und sie machten den Kanal zu der Grundlage ihrer industriellen Organisation, welche zum größten Teil eine kommunistische war. Die Irrigationswerke waren notwendigerweise Schöpfungen von Genossenschaften.

Die zweite Phase in der Geschichte der Irrigation bildet die Gründung der Kolonie von Greeley im Jahre 1870, welche einen Markstein in der industriellen Erschließung Kolorados bildet. Vorher waren die Kolonisten nur durch die Bergwerke herbeigezogen worden. Die Basis der Organisation war die Genossenschaft, und der Irrigationskanal war die früheste und wichtigste Operation derselben. In derselben Zeit begann eine ähnliche Bewegung in Kalifornien mit Anaheim als Mutterkolonie. Auch hier genossenschaftliche Organisation des Irrigationssystemes, ebenso wie in Riverside, das einige Jahre später folgte.

Spekulation und Kapitalanlage in Kanälen begann in Kalifornien und verbreitete sich rasch über den ganzen Westen. Sie lag in den Händen von Korporationen. Das kam daher, daß damals weder die Bundesregierung noch die Regierungen der einzelnen Staaten sich mit den Irrigationsfragen befaßten, während individuelles Kapital die Bedürfnisse nicht decken konnte. In der Tat haben während der letzten 30 Jahre private Korporationen mehr als 100 Mill. Dollars auf die Einrichtung von Hunderten von Meilen Kanäle investiert, und Hunderttausende Acker Land sind dadurch für die Kultur gewonnen worden. Wenn somit die Kanäle den Bewohnern und Bebauern des Landes selbst große Vorteile brachten, führten sie große Verluste für diejenigen herbei, welche das Geld gaben. Denn einmal dauerte es lange, bis das Land, durch das die Kanäle gingen, genügende Bewohner und Bebauern fand, so daß die Kapitalanlagen zu lange unverzinst und unproduktiv blieben, ferner war der Erwerb des Kanallandes oft mit schweren Opfern verbunden, weil die Spekulation immer höhere Preise forderte, dabei für Bodenverbesserungen kein Interesse hatte. Dazu kamen die hohen Kosten derartiger umfangreicher Kanalbauten.

Die Entwicklung zielte also darauf hin, eine Kontrolle der Regierung zu schaffen, und diese wurde durch den sogenannten Carey Act gegeben. Dieses Gesetz der Bundesregierung gibt jedem Staate das Recht, eine Million Acker Gemeindeland zu verteilen und dabei die Verteilung an die Ansiedler zu kontrollieren, damit die Besiedlung des Landes und die Konstruktion der Wasserwerke besser organisiert würde. Einige Staaten haben sich dieses Actes bedient, und zwar mit verschiedenen Erfolgen. In einzelnen Fällen ist ein ausgesprochener Sukzeß zu verzeichnen, so bei den Twinfällen in Idaho.

Aber auch Mißerfolge sind zu bemerken, wobei sogar Skandale und Unehrenhaftigkeit vorkamen. Das kam daher, weil die einzelnen Staaten für sich nicht den Apparat haben, solche Unternehmungen durchzuführen, und deshalb mit privaten Korporationen für die Ausführung des Irrigationssystems und den Verkauf des Landes paktierten.

Im Jahre 1902 folgte der National Reclamation Act, eines der wichtigsten Gesetze unter der gegenwärtigen Generation. Er brachte die Irrigationsfrage zu einer glücklichen Lösung. Denn er bestimmte, daß das Geld, welches aus den Verkäufen des Gemeinlandes in 14 Staaten und zwei Territorien der Trockendistrikte gewonnen wird, als Fonds für die Errichtung von Irrigationswerken in den betreffenden Staaten und Territorien verwendet werden soll. Der Reclamation Act bestimmt ferner, daß die Besiedlung solchen Landes von der Regierung nur wirklichen Kolonisten, welche sich eine eigene Scholle und ein eigenes Heim schaffen wollen, freigegeben wird, und daß in jedem einzelnen Falle nur soviel Land abgegeben wird, als zur Erhaltung einer Familie ausreichend ist.

In der Tat ist uns seit dem Erlaß des norwegischen Heimstättengesetzes kein Gesetz in irgendeinem Lande bekannt geworden, welches in solchem Maße kulturaufbauende Tendenzen verfolgt, als eben dieses.

Dasselbe Gesetz bestimmt im einzelnen, daß der Ansiedler für die dauernde Nutznießung des Wassers per Acker so viel oder so wenig bezahlen soll, als genügen kann, der Regierung die vollen Auslagen des Systems zurückzuzahlen. Diese Kosten betragen ungefähr 30 Doll. per Acker, und dieser Betrag, ohne Zinsen auf zehn Raten verteilt, stellt die durchschnittlichen Kosten eines Wasserrechtes auf Regierungsland dar. Die Rückerstattung dieser Auslagen an die Regierung gestattet eine unbeschränkte Ausdehnung des Systems, ohne daß die Steuerzahler zu den Unkosten herangezogen werden brauchen. Ist ein Irrigationssystem auf diesem Wege im Verlauf der Zeit bezahlt, so wird es den Landeigentümern, welche Wasserrechte in seinem Umkreis besitzen, ausgehändigt und das Geld wird für die Errichtung neuer Werke verwendet.

Anfang 1909 hat der Reclamation Service, welcher die Administration der Irrigationsarbeiten hat, 25 Projekte in Arbeit. Nach ihrer Vollendung werden sie dem Gebiete fruchtbaren Landes in den Staaten mehr als 3 Millionen Acker, und zwar fruchtbarsten Bodens, hinzufügen. Dreizehn neue Projekte, welche diesen Landzuwachs auf $6\frac{1}{2}$ Million Acker bringen werden, werden in Arbeit genommen, sobald als Fonds zur Verfügung stehen.

Eines der ersten Projekte des Reclamation Service war der Truckee-Carson in Nevada, welcher bezweckte, die Vierzigmeilen Ödländerei, welche mit der Ausnahme des Death Valley der wüsteste Distrikt des amerikanischen Kontinentes ist, bewohnbar zu machen. Die Ingenieurarbeit bestand hier in der Hauptsache darin, den Truckeefluß über sein natürliches Bett zu erheben und ihn in einen großen Kanal und von da in das Carson-Reservoir zu leiten, aus dem seine Wassermassen viele Meilen weit über das trockene Land verteilt werden. Die Kosten der Ausführung dieses Projektes betragen 9 Mill. Doll., aber 400 000 Acker Land, welche jetzt wertlos sind, werden

durch dasselbe für die Kultur gewonnen und einen Wert von 30 Mill. Doll. mindestens präsentieren.

Im Tale des Salzflusses sind 2000 Arbeiter mit der Errichtung des Roosevelt-Dammes beschäftigt, welcher mit Ausnahme des Shoshone-Dammes, der ebenfalls zum Reclamation Service gehört, der höchste in der Welt ist. Unter den Arbeitern befinden sich mehrere Hundert Apachenkrieger, die sich einst der Einwanderung der Weißen entgegenstemmen, und ihr jetziger Führer darf sich rühmen, eine große Zahl dieses Indianerstammes getötet zu haben.

Dieser Roosevelt-Damm wird sich zu einer Höhe von 285 Fuß erheben und wird ein Reservoir schaffen, größer als irgendein existierender künstlicher See. Am Ufer dieses Sees befindet sich gegenwärtig eine Stadt von 2500 Einwohnern. Nach Vollendung des Dammes werden die Bewohner der Stadt Roosevelt ihre jetzigen Steinhäuser verlassen und zweihundert Fuß unterhalb des Wasserspiegels angesiedelt werden, und der Fluß, welcher jetzt durch einen Verbindungskanal läuft, wird alsdann seinen ursprünglichen Lauf wieder aufgenommen haben.

Das schwierigste Problem, welches der Reclamation Service bisher zu lösen hatte, ist das Uncompahgne-Projekt in Kolorado mit dem Gunnison-Tunnel. Zuerst war die Erforschung eines tiefen Taleinschnittes nötig, das noch kein menschlicher Fuß betreten hatte. Ein Ingenieur und sein Assistent unternahmen unter außerordentlichen Strapazen und Gefahren den Zugang. Mindestens ebenso schwer war die Arbeit der dann folgenden Topographen. Darauf wurde ein Weg und eine Zugangsstraße in das Tal gelegt, schwere Maschinen und Motore herbeigeschafft. Ein Arbeiterdorf wurde angelegt und das Werk der Durchtunnelung eines Gebirges über sechs Meilen Distanz wurde in Angriff genommen. Heute ist das Werk des Gunnison-Tunnel fast vollendet, die überwundenen Schwierigkeiten aber werden in den Annalen der amerikanischen Ingenieurgeschichte ewig einen denkwürdigen Platz einnehmen.

Besondere Schwierigkeiten waren ferner bei dem Yuma-Projekt in Südkalifornien zu überwinden. Ein enormer Damm über den Koloradoriver war zu schlagen. Dabei war keine solide Fundamentierung möglich, sondern die gewaltigen Steinmassen mußten auf dem Sand fundamentiert werden. Der Damm wird ziemlich eine Meile lang sein und sich über 400 Fuß stromauf und stromab erstrecken. Seine Kosten werden 750 000 Doll. betragen. In Verbindung mit diesem Werk steht die Unterführung des Gilaflusses quer unter dem Strombett des Koloradoflusses vermittelt eines 3300 Fuß langen, aus Zementstahl gearbeiteten Rohres.

In dem Lande des Black Hills im Süden von Dakota ist eine gigantische Erdmauer in Arbeit. Sie wird 115 Fuß hoch und mehr als eine Meile lang sein, und als Schutzwall dienen gegen das Wasser eines Sees von 200 Meilen Länge und 5 Meilen Breite, an vielen Orten 100 Fuß tief.

Im Tale des Rio Grande in Neu-Mexiko hat man durch das Wasserbett des Rio Grande einen gewaltigen Damm errichtet, der einen See von 45 englischen Meilen Länge und 5 bis 6 Meilen Breite schafft. Gegen 100 000 Mill. Kubikfuß Wasser werden hier aufgestaut, um das umliegende Gebiet zu bewässern. Denn die klimatischen Verhältnisse am Rio Grande bedingen in regelmäßigen Zwischenräumen eine Periode trockener Jahre. Die Länge der ganzen Dammanlage ist auf 1150 Fuß berechnet.

So hat der Reclamation Service während der fünf Jahre seiner Existenz 1200 Meilen Kanallänge, zehn Meilen Tunnel und nahe an hundert umfangreiche Baukonstruktionen hergestellt.

Als unmittelbare Folge dieser Operation ergab sich die Gründung von acht neuen Städten, der Bau von 100 Sekundärbahnen und die Ansiedlung von 10 000 Menschen, welche in den einstigen Ödländereien ihr neues Heim gefunden haben.

Des weiteren aber muß man bedenken, daß die Schätze des neuerschlossenen Landes nicht nur in der Kultivierung des Ackerlandes liegen, sondern daß mit seiner Erschließung erst die Schätze an wertvollen Metallen, an Kohle, an Bausteinen, an Wald, an Wasserkraften verfügbar werden. Die Bodenkultur freilich wird immer die Haupteinnahmequelle bleiben. Kolorado ist der erste Staat Amerikas bezüglich Reichtums an wertvollen Metallen, aber der Wert des Ertrages seiner Landwirtschaft ist doppelt so groß als der seiner Bergwerke.

Und nun erst können wir uns einen Begriff machen, was wir erreichen werden, wenn wir die Kindheitsperiode der Irrigation, in der wir uns noch jetzt, auch in Amerika, befinden, hinter uns haben, wenn alles verfügbare Ödland „durch die magische Taufe des Wassers“, um die Worte Forbes Lindsays zu gebrauchen, befruchtet sein wird, wenn infolge blühender Landwirtschaft und aufblühender Industrie sich ein lebhafter Handel entwickelt haben wird, und Eisenbahnen und alle möglichen anderen Verkehrsmittel Menschen und Waren durch die Wüsten von dazumal tragen.

Gifford Pinchot, Chef des Vorstandes der Bundesforstverwaltung, gab schon unter Roosevelt den Anstoß zu einer Bewegung zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen des Landes und blieb auch unter Taft aufmerksam, so daß Ballinger, der Sekretär des Innern, der an der Verschleuderung dieser Hilfskräfte früher nicht unbeteiligt war, aus einem Saulus ein Paulus wurde und in seinem Jahresbericht 1909 Gesetzesvorschläge machte, daß der Bund Eigentümer aller Kohle und Erze verbleibt, soweit sie im Innern der nicht weiter begebenen Bundesländereien sich befinden und daß er das Schürfrecht darauf auf eine bestimmte Anzahl von Jahren gegen eine dem Rohertragnis entsprechende Abgabe gestattet. Ebenso soll der Bund sich den Besitztitel auf Ländereien mit Wasserkraften vorbehalten und nur eine Nutznießung für einen beschränkten Zeitraum im Höchstausmaß von 30 Jahren vergeben zum Zweck der Erzeugung und Übermittlung von elektrischer Kraft für Privatzwecke und zur Speicherung von Wasser für Krafterzeugung oder Berieselung. Auch sollen alle diejenigen, welche von der Bundesregierung Kohlenländereien mit dem Schürfrecht oder das Wasserbenutzungsrecht für eine Reihe von Jahren gepachtet haben, verpflichtet sein, ihre Bücher vorzulegen, um zu kontrollieren, daß sie dem Abkommen gemäß verfahren und davon Gebrauch machen.

Und schließlich die Nutzanwendung für uns Deutsche. Die Technik und die Ingenieurwissenschaft haben heute eine solche hohe Stufe der Entwicklung erreicht, daß technische Schwierigkeiten kaum mehr existieren, am wenigsten in Deutschland, wo die topographischen Verhältnisse um so vieles einfacher liegen als in Amerika. Um 800 000 Menschen vermehrt sich jährlich das deutsche Volk. Wir brauchen nicht nur an Außenkolonisation zu denken. In unserem Lande selbst gibt es noch sehr, sehr viel zu kultivieren; ich erinnere nur an die Provinz Preußen, an Holstein, an Hannover, an Posen, an Bayern. Wie viele Ödländereien, wieviel sumpfiges Land, ja sogar, wieviel

Urwildland gibt es da nicht noch, wieviel Land kann dem Meere abgerungen oder vor den Raubfingern des Meeres geschützt werden, wieviel unfruchtbares oder nur halb fruchtbares Land kann durch rationelle Bewässerung, durch Irrigation fruchtbar gemacht werden, wie kann nicht allerorten die bestehende Unfruchtbarkeit durch Einführung planmäßiger Irrigation gesteigert werden. Stehen wir doch vielfach noch auf dem kindlichen, geradezu vorsintflutlichen Standpunkte, daß die Bauern vom Regen als Bewässerungsmittel abhängig sind! Hier liegen Innenkolonisationsaufgaben vor uns, welche nicht nur für die Massen der Arbeitslosen Brot, für die Massen überschüssigen Menschenmaterials Ansiedlungsmöglichkeiten, für Tausende und Abertausende die Möglichkeit einer eigenen Scholle und eines eigenen Heimes, sondern eine neue Blüte der Landwirtschaft, neue Industrien, neue Absatzmöglichkeiten für die Industrie, neue Handelsquellen, und im allgemeinen eine ungeahnte Steigerung des Nationalreichtums bedeuten.

CHRONIK

VEREINIGUNG für moderne Frauenwohnungen: Das Interesse weiter Kreise richtet sich augenblicklich auf die Wohnungsnot der alleinstehenden Frau, deren besonderen Ansprüchen der Wohnungsmarkt bisher in keiner Weise gerecht wird.

Die große Mehrzahl der berufstätigen alleinstehenden Frauen ist finanziell nicht in der Lage, eine abgeschlossene Etagenwohnung zu mieten. Abvermieter zu finden, die wirklich hübsche Zimmer an Damen abgeben, ist sehr schwierig und die Notwendigkeit, im Restaurant zu speisen, wird oft unangenehm empfunden. Die Gebundenheit jedoch, die das Wohnen in einer Pension mit sich bringt, fällt leicht lästig oder kollidiert mit Berufspflichten.

Der Verein für moderne Frauenwohnungen stellt sich die Aufgabe, Interesse für eine neue Art von Wohnungen zu wecken, die den in

der Frauenbewegung zum Ausdruck gelangenden Entwicklungstendenzen entgegenkommt. Er sieht in der Ermöglichung der Verbindung der beruflichen und häuslichen Tätigkeit der Frau den Kernpunkt des Problems. Daher müssen Wohnungen geschaffen werden, in denen berufstätige Frauen sich mit geringem Arbeitsaufwand die Annehmlichkeiten eines eigenen Heims bereiten können. Gemäß der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens muß durch Zuhilfenahme der modernen Technik und auswärtiger Organisationen der Dienstbote im Hause entbehrlich gemacht werden. Der Fortfall des persönlichen Dienstverhältnisses würde einen großen Fortschritt auf dem Gebiete sozialen Ausgleichs bedeuten. Die alleinstehende Frau, deren häusliche Tätigkeit nicht durch die Sorge für eine Familie vermehrt wird, ist geeignet, auf dem Wege des Dienstbotenlosen Heims voranzugehen und

der verheirateten Frau den Weg zu bahnen. Die Hausarbeit wird ihr zur Ausspannung nach beruflicher Tätigkeit dienen können.

Die Vereinigung beabsichtigt zunächst in Berlin Hauswirte zu veranlassen, geeignete Etagenwohnungen zimmerweise möbliert und unmöbliert an Damen abzugeben bei gemeinsamer Benutzung der Küche und eventl. eines Eßzimmers. Jedem steht es völlig frei, auswärts zu essen, für sich allein zu kochen oder sich anderen Damen zu gemeinsamem Kochen anzuschließen. Letzteres erscheint bes. vorteilhaft, denn dabei wird der von jedem Einzelnen zu leistende Arbeitsaufwand wesentlich herabgesetzt. Außerdem bietet die Aufnahme in eine derartige Wirtschaftsgemeinschaft studierenden oder berufstätigen Frauen, die keine hauswirtschaftliche Ausbildung besitzen, die Möglichkeit, einen Einblick in häusliche Tätigkeit zu erhalten, lehrt sie die Annehmlichkeit der eigenen Haushaltsführung kennen und wird mit der Fähigkeit auch den Willen erwecken, selbst bei eventl. späterer Verheiratung berufliche und häusliche Tätigkeit zu verbinden. Die Vereinigung wünscht Mitglieder, deren Anschauungen den oben erwähnten entsprechen, aus möglichst verschiedenen Berufen zu erwerben, damit das Zusammenleben den einzelnen Damen Einblick in recht viele Arbeitsgebiete verschafft.

Ida Eberhardt,
Berlin.

Reformgasthäuser auf gemeinnütziger Grundlage in Rheinland und Westfalen: Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist schon seit Jahren die Notwendigkeit einer Reform des landesüblichen Gasthauswesens erkannt. In einem Lande, wo infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse eine besonders starke Dichtigkeit der Be-

völkerung und ein Zusammenströmen der verschiedensten Volksstämme des In- und Auslandes stattfindet, mußten ja alle die Schäden, welche erfahrungsgemäß dem jetzigen Wirtshaussystem anhaften, in verstärkter und augenfälliger Form in die Erscheinung treten. Dies veranlaßte den Deutschen Verein für Gasthausreform zu einigen Versuchen und Unternehmungen in diesem Landstrich. Die Entwicklung der Dinge drängte dann darauf hin, daß, nachdem eine Zeit lang die Frankfurter Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen die Arbeit übernommen hatte, im Mai 1909 eine eigene, bodenständige Organisation dafür geschaffen wurde, die Gemeinnützige Gasthausgesellschaft für Rheinland-Westfalen G. m. b. H. (Sitz in Wanne). Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Korvettenkapitän a. D. Dr. Reche, Homburg v. d. H., und Landrat Dr. zur Nieden, Polizeipräsident von Gelsenkirchen. Die Gesellschaft hat jetzt nach dem Bericht über das erste Geschäftsjahr 1909 bereits elf Reformgasthäuser und Speiseanstalten im Betrieb, darunter drei Gemeindegasthäuser. Sie sind, wie z. B. das Zehengasthaus der Harpener Bergbau-A.-G. bei Horstmar, sehr anziehend und praktisch gebaut und eingerichtet. Zurzeit schweben Verhandlungen wegen Übernahme des Betriebs einer Reihe von weiteren Gasthäusern und Kantinen usw.



Der kollektive Arbeitsvertrag in Frankreich: Die französische Regierung hat unmittelbar vor Beginn der Sommerferien dem Parlamente einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher den kollektiven Arbeitsvertrag mit allen gesetzlichen Schutzwehren und Möglichkeiten ausstatten soll. Seine wesentlichen Bestimmungen sind folgende: Als kollektive Arbeitsverträge

werden alle jene Verträge aufgefaßt, die zwischen einer Arbeiter- und einer Unternehmervereinigung abgeschlossen werden und festlegen, welches die Bedingungen jener individuellen Verträge, die zwischen den einzelnen Unternehmern und Arbeitern des Gewerbes abgeschlossen werden, sein sollen. An den Vertrag sind zunächst jene gebunden, welche den Unterhändlern ihrer Vereinigung direkte Bevollmächtigung gegeben haben; dann aber auch alle, die im Augenblick des Vertragsabschlusses Mitglieder jenes Unternehmerverbandes oder jener Gewerkschaft sind, welche den Vertrag abschließt. Dieser letztern Kategorie von Personen bleibt es jedoch freigestellt, binnen 3 Tagen nach Abschluß des Vertrages sich von ihrer Unternehmervereinigung resp. ihrer Gewerkschaft zurückzuziehen; der kollektive Arbeitsvertrag verliert damit für sie seine bindende Kraft. Des fernern werden alle jene durch den kollektiven Arbeitsvertrag gebunden, die nach Abschluß des Vertrages in den bezüglichen Gewerkschafts- oder den Unternehmerverband eintreten.

Der Gesetzentwurf bestimmt, daß ein solcher kollektiver Arbeitsvertrag nicht nur gegenüber den beiden vertragschließenden Teilen Recht schafft, sondern auch gegenüber jedem Dritten; daß also die Unternehmer nicht bloß verpflichtet sind, den Mitgliedern des Gewerbes, mit dem sie den Vertrag geschlossen haben, die in demselben vorgesehenen Bedingungen zu gewähren, sondern ebenso auch allen außerhalb stehenden Arbeitern, es sei denn, daß der Vertrag ausdrücklich Dritte von seinen Vergünstigungen ausschließt.

Der Gesetzentwurf verfügt, daß alle kollektiven Arbeitsverträge nur schriftlich abgeschlossen und der Text derselben beim Einigungsamte, wo aber ein solches nicht vorhanden, beim Friedensrichter hinterlegt wer-

den müsse, und zwar nicht nur in jenen Bezirken, wo derselbe geschlossen wurde, sondern auch in allen anderen Bezirken, in denen er Anwendung finden soll.

Die kollektiven Arbeitsverträge können für unbeschränkte Dauer geschlossen werden, und steht es in diesem Falle den vertragschließenden Teilen frei, sie nach einmonatiger Aufkündigungsfrist zu lösen. Eine fristabkürzende Vertragsklausel wäre als nichtig zu betrachten.

Im übrigen können die Verträge auch für eine bestimmte Zeitdauer abgeschlossen werden, die jedoch 5 Jahre nicht überschreiten darf. Nach Ablauf der im Vertrag festgelegten Zeitdauer geht der Vertrag, wenn keine der beiden Parteien etwas anderes verfügt hat, nach den Regeln über Verträge mit unbeschränkter Zeitdauer, weiter, d. i. nunmehr in Vorkehrung einmonatiger Aufkündigungsfrist. Wenn ein Arbeitgeber resp. ein Arbeitnehmerverband oder eines seiner Mitglieder einen kollektiven Arbeitsvertrag verletzt, so ist er auf Verlangen der Gegenpartei zum Schadenersatz verpflichtet.

Die Gewerkvereine und Unternehmerverbände sind berechtigt, in jedem solchen Falle selbst als Klagführende aufzutreten, ohne eine spezielle Bevollmächtigung ihres individuell geschädigten Mitgliedes vorweisen zu müssen. Andererseits bleibt es dem individuell Geschädigten überlassen, sein Veto gegenüber einer solchen Klage einzulegen.

In den kollektiven Arbeitsverträgen können Schiedsrichter für den Fall von Streitigkeiten, die sich aus dem Vertrage ergeben, bezeichnet werden. Geschieht dies nicht, so sind die ordentlichen Gerichte zur Rechtsprechung berufen.



Ein internationales Übereinkommen für den Personenverkehr: Durch das seit 20 Jahren bestehende internationale Übereinkommen über den Eisenbahngütertransport, dem alle europäischen Staaten mit Ausnahme Englands, Schwedens, Portugals, Bulgariens, Griechenlands und der Türkei angehören, ist eine für den internationalen Güterverkehr sehr bedeutsame Verkehrsorganisation geschaffen worden. Das Frachtrecht der beteiligten Staaten ist dadurch vereinheitlicht worden, daß die Versendung von Gütern auf Grund eines einheitlichen, internationalen Frachtbriefes gestattet wurde und eine solidarische Haftpflicht der beteiligten Eisenbahnverwaltungen auf dem Transporte herbeigeführt wurde. Im vorigen Jahre

nun hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, den beteiligten Ländern den Entwurf eines internationalen Übereinkommens für den Personen- und Gepäckverkehr vorzulegen und sie zur Unterzeichnung aufzufordern. In dem Übereinkommen sollen die wichtigsten Fragen des Personentransports, wie zum Beispiel Fahrkartenausgabe, (Gültigkeitsdauer Route usw.) sowie die Fragen des Transportes des Reisegepäckes, der Haftung für Verlust und Diebstahl sowie des Expressgutverkehrs nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden, was für den gesamten Reiseverkehr von größter Bedeutung ist.

Dr. John Mez.

London.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

MUNIZIPALSOZIALISMUS.

DIE Großstadtentwicklung der letzten Jahrzehnte hat mehrere wirtschaftliche Notwendigkeiten geschaffen, die früheren Zeiten fremd gewesen waren. Die Trennung von Wohn- und Geschäftsvierteln, der Zwang, Entfernungen zu durchmessen, um von und zu der Arbeitsstätte zu eilen, machte ein umfassendes System von Verkehrsmitteln unentbehrlich; die Straßenbeleuchtung mußte sich stets mehr vervollkommen; die Zusammendrängung sovieler Menschen auf engem Raume ließ eine Wohnungsnot und überaus unhygienische Verhältnisse in den Proletarierwohnungen, eine „Wohnungsfrage“, entstehen, die Approvisionierung der Städte mit Fleisch, Milch, Brot usw. ward eine immer verwickeltere Sache.

All diese Aufgaben zu lösen, fanden sich großkapitalistische Gesellschaften bereit, die viele der wertvollsten Kräfte ins Leben führten: großzügige Auffassung, bedeutende Finanzen und technische Fortgeschrittenheit.

Bald aber erkannte man in einer großen Stadt nach der andern, daß es eben doch bedeutsame Gefahren mit sich bringe, öffentliche Dienste, die für das Wohl und Weh der Stadtbewohner, für deren wirtschaftliches Gedeihen unentbehrlich sind, privaten Interessenten zu überliefern. Eine „freie Konkurrenz“, wie sie etwa in der Textil- oder Metallindustrie den Übergreif Einzelner verhindert, konnte in den meisten städtischen Diensten nicht Platz greifen. Es mußte offenbar unökonomisch erscheinen, die Beleuchtungs- oder Verkehrsmittel mehreren verschiedenen Gesellschaften zu übertragen, die einander durch unvermeidlichen Konkurrenzkampf in ihrer Existenz bedrohen mußten. Eine Konzessionierung einzelner Unternehmungen, eine Verleihung von Privatmonopolen war unausbleiblich und damit traten eben die schweren Gefahren eines jeden Monopolbetriebes zutage: die Auslieferung der Konsumenten — in diesem Falle der Stadtbewohner — an das schrankenlose Gewinninteresse der betreffenden Gesellschaft.

Wohl mochte dem Publikum in manchen Zweigen der städtischen Dienste durch die Konzessionsverträge eine gewisse Schutzwehr geboten sein, da die Gemeinde in der Regel ihre Zustimmung zur Konzession von mehreren Bedingungen zugunsten der Öffentlichkeit abhängig macht. Diese Bestimmungen erwiesen sich aber in der Praxis vielfach als unzulänglich; für andere Zweige der Stadtversorgung, so den Wohnungsbau, die Approvisionierung in Fleisch, Milch und Brot, kam keine Konzession in Frage. Diese letzteren Zweige waren auch nicht zu eigentlichen Monopolstellungen gelangt, durch die Preisverabredungen der betreffenden Produzenten aber die Interessen der arbeitenden Bevölkerung trotzdem vielfach auf das Schwerste gefährdet.

All diesen Erwägungen entsprechend wurde in den letzten Jahrzehnten bald in dieser, bald in jener Stadt, bald dieser, bald jener Privatbetrieb, in öffentlichen Diensten durch städtischen Betrieb ersetzt. Im folgenden soll versucht werden, die einzelnen in dieser Richtung gemachten Erfahrungen darzustellen und nachzuweisen, in wieweit solche Verstädtlichung öffentlicher Dienste, solche munizipalsozialistische Maßnahmen, wie man sie zutreffend benannt hat, möglich und ersprießlich sind.

Die ersten Tendenzen zur Verstädtlichung wurden in England und Schottland verwirklicht. Zuerst übernahm die Stadt Glasgow ihre Straßenbahn in eigene Verwaltung, setzte die Tarife herab, vervollkommnete den Betrieb. Die Resultate waren nach der einmütigen Ansicht aller englischen Gemeindepolitiker derart günstige, daß auch die übrigen Städte Englands, zuletzt in bedeutsamster Weise auch London selbst, dem Beispiele Glasgows folgten. Ein großer Teil der Londoner Straßenbahnen wird heute vom Grafschaftsrat, d. h. von der Gemeindebehörde Großlondons, betrieben, auch ein Teil der Untergrundbahn gehört demselben.

Noch interessanter waren die Unternehmungen Londons in Hinsicht billiger Volkswohnungen. Mehrere Stadtviertel, in denen sich enge Gassen zwischen überfüllten Wohnungsbauten hinzogen, die den hygienischen Forderungen der Moderne nicht Rechnung trugen, ja, von denen sogar Epidemiefahren für den Rest der Stadt ausgehen mochten, wurden über Beschluß der Gemeinde angekauft und niedergelegt, moderne Häuser an ihrer Stelle erbaut und an Arbeiterfamilien zu billigem Preis vermietet.

In ähnlicher Weise ist die Stadt Zürich vorgegangen *). Dieselbe ist Besitzerin vom vierten Teil des Stadtgebietes, wodurch es leicht war, eine großzügige Politik des Häuserbaues aus Gemeindemitteln in Angriff zu nehmen. In den Jahren 1900 und 1901 wurden dort im Anschluß an die städtischen Gaswerke 24 Wohnhäuser mit 38 Wohnungen für städtische Angestellte erbaut, jede zu 2 bis 3 Zimmern, zu einem Mietpreise im einen Fall von 270 bis 370, im zweiten von 410 bis 450 Frs. Die Mieter haben überdies Anspruch auf 420 m³ Gas, auf warmes Wasser zu Wasch- und Badezwecken, sowie auf ein Stück Garten.

Auch die städtischen Wasserwerke gingen in gleicher Linie vor und erbauten Häuser mit 19 Wohnungen; im Anschluß an die städtischen Elektrizitätswerke entstanden 11 Wohnungen, an die Städtischen Straßenbahnen 28 Wohnungen.

Im Jahre 1907 ging die Gemeinde daran, Häuser für Privatpersonen zu erbauen und zwar wurden von 1907 bis 1909 225 Arbeiterwohnungen zu 2, 3, und 4 Zimmern zu Preisen zwischen 380 und 750 Frs. pro Jahr bereitgestellt. In nächster Zeit sollen auf dem Ritli, einem der schönsten Stadtteile, 73 städtische Häuser mit zusammen 288 Wohnungen erbaut werden.

In Mailand ist es nicht die Gemeinde selbst, sondern eine philanthropische Gesellschaft, geleitet von unserem Mitarbeiter Alessandro Schiavi, die in dieser Richtung vorgeht, in Rom selbst hat vor 2 Jahren der Staat 10 Millionen Frs. zur Erbauung von Arbeiterwohnungen angewiesen.

In Wien endlich haben gleichfalls öffentliche Stiftungen die musterhaften Ledigenheime und Miethäuser für Arbeiterfamilien erbaut.

*) Siehe das Juniheft der „kommunalen Rundschau“.

So sehen wir, daß neben den Gemeinden noch andere öffentliche Körperschaften für die Verbesserung des Wohnungswesens tätig sind. Die großen Endaufgaben werden trotzdem zweifelsohne der Gemeindetätigkeit zufallen, die allein ein wirkliches, konstantes und wesentliches Interesse an der Verbesserung ihrer Wohnungen und hygienischen Verhältnisse besitzt.

Die klassische Linie des Munizipalsozialismus (Verkehrsmittel und Beleuchtungsanlagen) wurde auf dem Festlande von Europa insbesondere in Wien, ausgebaut *) und die schönen Wiener Erfolge der neuen Methode verdienen, für alle anderen europäischen Gemeindeverwaltungen beispielgebend zu werden.

Wien stand ehemals mit seinen schwerfälligen Pferdebahnen, mit dem zu geringen Wagenpark und deren steter lästiger Überfüllung hinter den andern Großstädten zurück. Ebenso war seine Straßenbeleuchtung eine klägliche. Heute sind Straßenbahn, Gas- und elektrische Beleuchtung ausschließlich in Händen der Gemeinde und jeder Besucher Wiens kann sich vom ausgezeichneten Verkehr der städtischen Straßenbahnen, die die Erreichung jedes Punktes im Weichbilde der Stadt in relativ kurzer Zeit gestatten, überzeugen. Speziell auch ein Vergleich mit Paris **) zeigt die große Überlegenheit des städtischen Betriebs, resp. dessen weit größeres Eingehen auf die Interessen des Publikums. Während der Straßenbahntarif in Wien 14 h resp. in gewissen Fällen bei komplizierteren Verbindungen, insbesondere des Umsteigeverkehrs 20 h beträgt (d. i. etwa 12 u. 17 Pf.), mußten in Paris bis vor Kurzem für die einfache oder Umsteigefahrt im Inneren eines Omnibus im allgemeinen 30 Cts. (24 Pf.) bezahlt werden. Eine kürzliche Reform, verbunden mit der Neukonzessionierung der Omnibusgesellschaft, schafft den Umsteigeverkehr ab und setzt eine Fahrt im Innern des Omnibus (zum Unterschied von der billigeren, bei kaltem Wetter aber unmöglichen Fahrt auf dem Deck des Omnibus) je nach der Entfernung auf 15 bis 25 Cts. (12 bis 20 Pf.) fest, bei Umsteigeverkehr also — und das ist bei der geringen Anzahl der direkten Verbindungen die Regel — kostet eine Fahrt innerhalb des Weichbildes von Paris häufig bis zu 2 mal 25 = 50, eventuell sogar 3 mal 25 = 75 Cts. (60 Pf.). Ferner ist die Fahrgeschwindigkeit eine weitaus geringere und in sehr vielen Fällen muß die Abfahrt mehrerer Wagen abgewartet werden, ehe man Platz findet, während solches Mißgeschick in Wien zu den größten Seltenheiten gehört, resp. ein hinreichend genügender Wagenpark in Dienst gestellt ist, um jede Überfüllung zu vermeiden.

Auch die Wiener Beleuchtung ist unter dem neuen städtischen Regime nach jeder Richtung hin zufriedenstellend, wobei angemerkt werden muß, daß aus den Jahresberichten der Gemeinde der Ausweis eines bedeutenden Betriebsüberschusses, d. h. wesentlicher Beträge, welche nach Abzug von Verzinsung und Amortisierungskosten ihrer Unternehmungen noch an die Gemeinde erfließen, hervorgeht. Von gegnerischer Seite wird vielfach, zuletzt in einem Aufsatz der Wiener „Neuen Freien Presse“ eingewendet, daß sich solche Überschüsse nur auf sehr geringer Amortisationsbasis erreichen lassen, wobei, was speziell das Straßenbahnwesen anlangt, außer Auge gelassen wird, daß der Wert einer Straßenbahnanlage sich im Laufe der Jahre nicht in

*) Siehe Artikel über Munizipalsozialismus in Wien, Dokumente des Fortschritts Juni 1908.

**) Siehe meinen Aufsatz in der Septembernummer 1908: „Das Verkehrsmittelproblem der modernen Großstädte“.

gleicher Weise vermindert, wie der Wert alter Baulichkeiten und Maschinen einer Zuckerfabrik; denn während letztere veralten, ein moderner, kostensparender Betrieb sich mit verbrauchten Methoden und überlebten Maschinen kaum bestreiten läßt, während also eine großzügige Amortisierung für den Fabrikanten notwendig ist, soll er sich nicht in schädlichen Illusionen über den Wert seiner Baulichkeiten und Maschinen verlieren: so liegt die Sache bei einem Straßenbahnsystem durchaus anders, dasselbe veraltet nicht, sondern steigt mit der Erweiterung und dichter Besiedlung der Stadt an Wert. Müßte das Wiener Straßenbahnsystem heute oder in 20 Jahren veräußert werden, so würde es einen höheren Kaufschilling erzielen können, als seinem Werte zur Zeit der Erbauung entsprach. Die Wertsteigerung aller städtischen Objekte, Häuser und Bahnen inbegriffen, bringt einen größeren Wertzuwachs mit sich, als anderseits die natürliche Abnutzung der Schienen und Wagen eine Wertabnahme beinhalten kann. Es scheint mir daher durchaus berechtigt, wenn die Gemeinde nur mäßige Beträge für Amortisierung ihres Straßenbahnsystems (resp. in annähernd gleicher Weise ihrer Beleuchtungsanlage, die ebenfalls stets im Werte steigt) ansetzt; die Betriebsüberschüsse, die ausgewiesen werden, scheinen mir durchaus einwandfrei. Ich möchte konkludieren, daß das Wiener Publikum durch seinen Munizipalsozialismus zu billigeren Preisen und in besserer Weise bedient wird, als etwa das Pariser, dessen städtische Dienste, als extremes Gegenbeispiel, ausschließlich in privatem Betriebe versehen werden. Die Stadt selbst erzielt in Wien dabei Einkünfte, die der Pariser Gemeindeverwaltung nicht zugute kommen.

Eine andere Linie, in der sich die Gemeinde Wien versuchte, war die Verstädlichung des Leichenbestattungswesens, in dieser Richtung mit Paris und einer großen Reihe französischer Städte, wie anderseits auch mit Mailand, Hand in Hand gehend. Die Resultate waren allüberall die vorausgesehenen. Die Lasten der armen Bevölkerung, die schwere Notlage vieler kleiner Bürgerfamilien, die gerade im Augenblick, da sie den Ernährer verloren, noch hohe Ausgaben für die private Leichenbestattung aufzuwenden hatten und nun nur mehr geringe Beträge an die Gemeinde für Begräbniszwecke abzuliefern haben, wurden wesentlich gelindert.

Ebenso günstige Ergebnisse haben die Wiener Gemeindesparkassen erzielt, sowie die städtische Lebensversicherungsanstalt, welche dem Publikum durch ihre durchaus kulantesten Bedingungen entgegenkommt. Der einzige Zweig städtischen Betriebes, der sich in Wien weniger bewährte, war der Betrieb städtischer Brauhäuser und in der Tat mag mit Recht eingewendet werden, daß derselbe die eigentlichen Grenzen städtischer Monopolbetriebe, für die sich die Verstädlichung empfiehlt, überschreitet. Der Braubetrieb gehört dem Bereiche der freien Industrie an; mag auch, vielleicht mit Recht, in manchen Ländern die Verstaatlichung des Braugewerbes verlangt werden, so scheint dasselbe an sich außerhalb der spezifischen Gemeindeinteressen zu liegen.

Sehr bedeutsame munizipalsozialistische Versuche wurden in den letzten Jahren auf dem Gebiete des *Approvisionnement*swesens vorgenommen und wollen wir an der Hand der Berichte, wie sie in der ausgezeichneten Monatsschrift: *Les Annales de la regie directe* *) gesammelt werden, eine Reihe solcher Erfahrungen untersuchen.

*) Herausgegeben von Edgar Milhaud, Präsidenten des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen.

In Budapest hat die Brotteuerung zur Errichtung einer städtischen Großbäckerei geführt. Zuerst wurde, wie Dr. Emmerich Forbath in der obgenannten Zeitschrift ausführt, eine städtische Bäckerei für die Bedürfnisse der Spitäler und anderer Gemeindeunternehmungen in Aussicht genommen; bald entschloß man sich, einer weitausgreifenden Idee gemäß auch den privaten Brotkonsum zu versorgen. Heute werden demselben 25 000 kg Brot pro Tag aus der städtischen Fabrik geliefert.

Die maschinellen und hygienischen Einrichtungen derselben sind muster-giltig, die Arbeiter erhalten Löhne, die über denen der Privatbäckereien stehen, die Preise des Brotes hingegen wurden wesentlich tiefer festgesetzt. So wurde im August 1909 das Kilogramm Schwarzbrot zu 25 h (etwa 21 Pf.) verkauft gegen 37 h (32 Pf.) bei den Privatbäckern, im Mai 1910 gleichfalls zu 25 h (22 Pf.) gegenüber 30 h (26 Pf.) bei den Privatbäckern, im August 1910 zu 21 h (18 Pf.) gegenüber 27 h (23 Pf.) bei den Privatbäckern. Die Konkurrenz der städtischen Bäckerei zwang die letzteren also, ihre Preise herabzusetzen, der Bevölkerung billigeres Brot zu liefern. Damit war der wesentlichste Zweck des städtischen Experimentes in ausgezeichneter Weise erreicht.

Wie schwere Unbilden die Fleischteuerung für die Bevölkerung aller europäischen Großstädte mit sich bringt, ist bekannt und auch, daß sie im Wesentlichen auf die von den Agrariern beeinflusste Hochschutzzollpolitik der meisten europäischen Regierungen zurückgeht. In gewissem Grade beruht sie aber doch auch auf der unvollkommenen Organisation des Schlachtviehhandels und Schlächtereibetriebes.

Dem gegenüber hat sich eine große Reihe deutscher Städte zum Bau städtischer Schlachthäuser entschlossen, z. T. auch städtischen Fleischverkaufs. Freiburg im Breisgau ging im Jahre 1895 voran. Der unmittelbare Zweck der städtischen Unternehmung, die Herabsetzung der Fleischpreise bei den Privatfleischhauern, wurde sofort erreicht; das Unternehmen allerdings bald darauf auch wieder geschlossen.

Ein ähnlicher Versuch des Detailverkaufes durch die Gemeinde wurde später in Diedenhofen wiederholt. Städtische Schlachthäuser behaupteten sich in vielen Städten Europas und zuletzt wurde in Zürich in großzügigster Weise ein solches erbaut und mit Ausschluß aller Privatkonzurrenz in Betrieb gesetzt.

Unter anderen Gesichtspunkten hat man in Mailand die Verstädtlichung des Milchausschankes ins Auge gefaßt, um der armen Bevölkerung, speziell für Säuglingspflege, gute und billige Milch liefern zu können. In das Stadium praktischer Wirklichkeit ist die Verstädtlichung der fabriksmäßigen Erzeugung sterilisierter Milch getreten und zwar in mehreren englischen Städten, so in Battersea; ferner in deutschen Städten, wie Köln und München-Gladbach. Die Verbilligung der Milch für Säuglingszwecke war die erwünschte und tatsächlich eintretende Folge.

Wieder in einer anderen Richtung liegen die städtischen Schulküchen Mailands mit ihrer unentgeltlichen Nahrungsverabfolgung an unbemittelte Kinder und ihrer entgeltlichen aber billigen Verköstigung von Kindern bemittelter Eltern. Im Schuljahre 1906/7 wurden etwa 300 000 solcher bezahlter Mahlzeiten und etwa 2 000 000 Gratismahlzeiten verabreicht.

Auch städtische Apotheken wurden an verschiedenen Orten errichtet, der bedeutsamste Versuch (wie unser Mitarbeiter Alessandro Schiavi in den „Annales de la regie directe“ berichtet) in der italienischen Stadt Reggio-

Emilia unternommen. Dort wurde eine städtische Apotheke am 1. Juli 1900 errichtet und sollte zunächst bloß unentgeltliche Heilmittel verabreichen. Seit Oktober 1903 verkauft man auch Medikamente an öffentliche Anstalten und seit Januar 1906 an das Publikum. Im Jahre 1907 wurden durch diesen Verkauf 194 000 Frs. (155 000 Mk.) gelöst. Fast alle anderen Apotheken von Reggio haben ihren Betrieb aufgegeben und Zweiganstalten der Städtischen Apotheke sollen in den Vororten und der umliegenden Landschaft eröffnet werden. Laboratorien für Erzeugung der Medikamente sollen der Apotheke angeschlossen werden. Bedenkt man, daß es sich um eine Mittelstadt handelt, so müssen diese Summen bedeutend erscheinen: Ebenso günstig ist das Ergebnis des Versuches. Früher hatte die Stadt bei Privatapothekern Medikamente gekauft, um sie gratis an die Bevölkerung zu verteilen, heute gibt sie dieselben in ihrer eigenen Apotheke aus. Und während sie nach dem früheren System unter Zugrundelegung des tatsächlichen Quantum der derzeit pro Jahr ausgefolgten Medikamente 56 000 Frs. (45 000 Mk.) hätte zahlen müssen, belief sich der Fehlbetrag bei der Stadtapotheke auf bloß 14 000 Frs. (11 000 Mk.) All dies, ohne daß natürlich die Qualität der Medikamente irgendwie gemindert worden wäre.

Überblicken wir all diese Unternehmungen, so sehen wir als gemeinsamen Grundzug das Bestreben der in der Gemeindeverwaltung organisierten Stadtbevölkerung, sich der schädlichen Monopolisierung öffentlicher Dienste durch Private zu erwehren, dieselben durch städtische Monopole, die im Interesse der Bewohnerschaft verwaltet werden, zu ersetzen.

Die Erfolge im Beleuchtungs- und Verkehrswesen, in der Leichenbestattung und bei den Gemeindesparkassen sind ausgezeichnete gewesen. Diese Zweige städtischen Dienstes greifen überall um sich. Aber auch die Erbauung städtischer Wohnungen, der städtische Detailverkauf von Fleisch, Brot, Milch und Medikamenten beginnt sich durchzusetzen, die Erfahrungen jener Städte, die diese weitgehenden Experimente gemacht haben, waren gute; eine wahrhafte Erleichterung der ökonomischen Lage der breiten Volksschichten kann von der Weiterentwicklung dieser städtischen Untersuchungen erwartet werden.

KORRESPONDENZEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

WILLIAM WHITE, NEW-YORK: DIE JUDEN IN AMERIKA.

DIE neue amerikanische Rasse setzt sich bekanntlich aus Gruppen und Splintern aller europäischen Völker zusammen, und das werdende Gefühl der Zugehörigkeit zu dem neuen Lande verwischt sehr bald die ursprünglichen nationalen Gegensätze. Alle Stämme werden bereits in der ersten Generation zu allen Betätigungen zugelassen, denen sie gewachsen sind; ihre Kinder genießen den unentgeltlichen Unterricht der Staatschulen, deren Unterrichtssprache die englische ist, und werden zu Anglo-Amerikanern.

Diesen Kindern stehen somit keinerlei Rassenvorurteile im Wege (wir sprechen nur von europäischen Einwanderern: Negern, Ostasiaten gegenüber hat sich auch in Amerika ein Rassenvorurteil gebildet) und der relative Erfolg der Völker im allgemeinen Gemenge kann so tatsächliche Schlüsse auf die spezifische Begabung jedes einzelnen erlauben. Nicht ganz leicht ist diese Untersuchung, insoweit die drei Hauptbestandteile des neuen amerikanischen Volkes: Angelsachsen, Deutsche (neuerdings auch Slaven und Italiener) in Frage kommen, weil eben schon die zweite, bei den Deutschen vielleicht erst die dritte Generation restlos und erinnerungslos in der amerikanischen Nation aufgeht. Bei den Juden wäre eine Untersuchung leichter, weil sie der Religion wie dem Körpertypus nach unverkennbare Merkmale und damit ein verhältnismäßig einfaches Problem bieten.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist über eine Million Juden (hauptsächlich aus Rußland, Polen, Rumänien, Ungarn, zum kleinern Teil aber auch aus Deutschland und Österreich) nach Amerika eingewandert, die besonders in New York und Chicago weitausgedehnte Ansiedlungen gebildet haben. In New York ist eines der größten Stadtviertel, im Osten der Geschäftsstadt, von Juden bewohnt; man zählt deren 600 000 im Weichbilde der Viermillionenstadt, somit mehr als in irgendeiner andern Stadt der Erde. Ein großer Teil dieser jüdischen Bevölkerung hat seine jüdische Nationalsprache, das sogenannte Yiddish, bewahrt, und auch Deutsche, Slaven, ja Engländer, die sich im Stadtviertel niederlassen, müssen das Jüdische, das die Umgangs- und Geschäftssprache des Kleinhandels ist, erlernen. Schon in viel geringerem Grade gilt das Gesagte für Chicago, während die Juden der übrigen Städte der Union unter der Bevölkerung verstreut leben und rascher in ihr aufgehen. Die junge Generation, die im New Yorker „Eastend“ aufgewachsen ist, sucht übrigens mehr und mehr dieses moderne „Ghetto“ zu verlassen, um sich ihren Erwerb draußen im großen Amerika zu suchen, jenseits der engen, dumpfen Gassen der Judenstadt.

Unsere Untersuchung muß also drei Richtungen unterscheiden:

1. Die deutschen und österreichischen Juden, überwiegend bereits vor Jahrzehnten eingewandert, in Sprache, Wohnort und Sitten durchaus dem amerikanischen Wirtschafts- und Volksleben eingegliedert.

2. Die Bewohner der Judenstädte von New-York und Chicago, deren erste Generation im wesentlichen noch die Sitten der russischen, polnischen, rumänischen und ungarischen Judenansiedlungen bewahrt hat.

3. Die junge Generation dieser aus Rußland, Polen und Rumänien stammenden Juden, die aus den Ghettos heraus sich über das Land verbreitet.

Die deutschen und österreichischen Juden weisen scharf charakteristische Eigentümlichkeiten kaum auf. In Art und Lebensführung sind sie ihren Stammesgenossen in Europa durchaus ähnlich. Ob sie aus ihrer schlesischen oder mährischen Heimat nach Berlin, Wien, New-York oder St. Louis auswandern, sie tun es aus gleichem Geiste heraus, mit den gleichen Plänen kommerziellen Erfolges, den sie, vermöge ihrer hervorragenden kaufmännischen Befähigung, in Berlin wie in New York auch rasch erreichen: vielleicht in Amerika noch rascher als anderwärts, weil ihnen die unbegrenzten Möglichkeiten seines Wirtschaftslebens, die rein kapitalistische, traditionslose Gestaltung von Industrie und Handels dort freieren Spielraum gewähren.

Und obgleich die Juden in den amerikanischen Städten, ungleich denen in Berlin und Wien, eine der Zahl nach ganz unbedeutende Minderheit bilden, obgleich sie im Anglo-Amerikaner auch gewiß einen kommerziellen Nebenbuhler ersten Ranges besitzen, haben sie doch viele der größten kaufmännischen Firmen zu begründen und zu erhalten gewußt. Am Broadway in New York, der größten Geschäftsstraße Amerikas, reiht sich ein deutsch-jüdisches Handlungshaus an das andere: diese Juden sind eine der ökonomisch wichtigsten Gruppen im reichen Amerika geworden. Außerhalb der kommerziellen Sphäre haben sie sich indes nur wenig betätigt.

Durchaus anders war das Schicksal der aus Rußland, Polen und Rumänien massenweis einwandernden Juden. Sie suchten nicht günstige Erwerbsmöglichkeit auf noch ungepflügtem kommerziellen Felde, sie suchten bloß Schutz vor politischer Unterdrückung. In ihrer überwiegenden Mehrzahl gehörten sie dem Handarbeiter- oder Kleinhändlerstande an. Wenig Rüstzeug an erworbener Bildung und Unkenntnis der englischen Sprache waren ihre ungünstigen Vorbedingungen.

Es ist in Amerika nicht denkbar, ohne Kenntnis des Englischen irgendeinen höheren Beruf zu bekleiden, oder überhaupt, von schwerer Arbeit in den Bergwerken und Schlachthöfen abgesehen, sein Leben zu fristen, und so ergossen sich diese Massen statt ins weite Amerika in das Ghetto von New York mit seiner unbeschreiblichen Enge und seinem dumpfen Proletarielerend. Immer neue Tausende stießen zu den Hunderttausenden, die bereits angesiedelt waren, immer mehr rücken die Mietshäuser, die sogenannten Tenements, zusammen, immer dumpfiger werden die Gassen, immer geringer die Lebensluft im jüdischen Viertel. Gewiß, Zehntausende fanden als Fabrikarbeiter der umliegenden Werkstätten Arbeit, aber Hunderttausende blieben ohne diese relativ lohnende Erwerbsmöglichkeit, verdingten sich als Heimarbeiter und begnügten sich mit Löhnen, für die kein amerikanisches Kind arbeiten würde. Ihre Frauen arbeiten mit ihnen, ihre jüngsten Kinder des-

gleichen, damit durch die Summe all dieser winzigen Gewinne nur der Hunger gestillt würde.

So grau in grau gemalt aber, so elend dieses Bild der großen Judenstadt im Osten New Yorks erscheinen muß, ein Lichtpunkt ist zu verzeichnen: das Aufblühen von Bildungsvereinen, Abendschulen und Kulturzentren aller Art, die nirgends im großen Amerika so dicht aneinandergedrängt stehen, so zahlreichen Zuspruch finden, wie unter diesen Elendesten der Elenden. Die Educational alliance, ein von wohlhabenden deutschen Juden begründeter Verein, hat sich einen großen Volkspalast im Herzen des alten Viertels erbaut, in dem abends Vorträge für Erwachsene und die reifere Jugend stattfinden, Knabenklubs sich organisieren, soziale und humanitäre Vereine ihren Sitz aufschlagen; jeden Abend drängen sich Tausende von Männern, den Worten der Lehrer zu lauschen.

Auch politische und soziale Ideen keimen in diesen Versammlungen. Die sozialistischen Ideale, wie sie viele vor politischer Unterdrückung fliehende Juden aus der alten Heimat mitgebracht, werden bewahrt, das Feuer der Begeisterung immer aufs neue angefacht. Die Leitung der Educational alliance ist allen politischen Meinungen gegenüber tolerant; man läßt die Sozialisten in den Räumen des Hauses ruhig ihre Versammlungen abhalten; allerdings sagte mir einer der Leiter im Vertrauen, daß man Anarchisten und atheistische Freidenker nicht dulden würde. Die letztere Verfügung ist überaus charakteristisch für den Standpunkt des Amerikaners, der trotz seiner Toleranz gegenüber allen möglichen religiösen und ethischen Gemeinden der Negation aller Religion als solcher schroff ablehnend gegenübertritt, sie mit dem Anarchismus auf eine Stufe stellt.

Nahe dem Volkspalaste der Educational alliance erhebt sich das von jüdischen und christlichen Philanthropen gemeinsam begründete und verwaltete University Settlement. Auch von ihm ist die Errichtung Hunderter von Klubs, Vereinen, Bildungszentren ausgegangen, auch von ihm strahlt moderne amerikanische Kultur durch das Judenviertel, und dessen Jugend drängt sich in seinen Sälen. Zum Teil auf Anregung des Settlements, wurde auch eine große Anzahl von Abendschulen für die Jugend und für Erwachsene zur Erlernung der englischen Sprache, des wichtigsten Werkzeugs im amerikanischen Daseinskampfe, begründet.

Wieder anders geht die „Davidsohn school“ vor, ein Verein jüdischer Schüler und Lehrer. Die ersteren (jüdische Studenten der Universität und Intellektuelle) halten über die verschiedensten wissenschaftlichen Themata Abendvorträge; junge Männer und Mädchen der Judenstadt sitzen auf den Schulbänken und lauschen mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit den Worten des Lehrenden; die tüchtigsten Schüler werden von der Lehrerkonferenz in deren Kreis aufgenommen, um einige Jahre, nachdem sie selbst ihren Kursus vollendeten, ihrerseits Unterricht zu erteilen.

In dieser Gruppe habe ich einige der merkwürdigsten Karrieren gefunden, die von den Tiefen des Elends zur freien geistigen Betätigung und endlich auch zum äußeren Wohlstand emporführten: so besucht ein junger jüdischer Metallarbeiter die Abendschule, bildet sich dann allein weiter aus, gibt selbst Lehrstunden, besucht die Universität und ist heute Universitätsprofessor. Ein junges Mädchen, das an der Schreibmaschine den Lebensunterhalt für sich und seine Eltern verdient, aber trotzdem des Abends, der Müdigkeit spottend, zur Davidsohn school kommt. Mit Elementarkenntnissen ausgestattet, geht sie zu den Abendkursen der Universität über, bis endlich die

Ersparnisse von ihrer Handarbeit es ihr ermöglichen, ganz ihren Studien zu leben; heute steht sie vor ihrem Doktorat.

Beide Beispiele sind nicht vereinzelt, sondern charakterisieren einen Typus, kennzeichnen den leidenschaftlichen Bildungshunger der genannten Judengruppe. Ungleich der deutschen Judenschaft Amerikas, sieht diese Schicht nicht im relativ leichten kaufmännischen Aufstiege ihr letztes Ziel, sie sucht geistige Güter. Von Rußland hat sie den Enthusiasmus für revolutionäre Ziele mitgebracht, im neuen Milieu Amerikas, wo es weniger politische Schlachten im enthusiastischen Sinne des Kampfes gegen zarische Übergriffe zu schlagen gibt, hat sich der revolutionäre Enthusiasmus in Bildungssehnsucht gewandelt. Der Jahrtausende alte Trieb der Rasse zum Wissen als Selbstzweck trat hinzu, und so erklärt sich diese merkwürdige Entwicklung des jüdischen Proletariats in New York, dessen Söhne und Töchter mit jedem Jahre zahlreicher in die intellektuellen Positionen des Landes einrücken. Schon zählt die „Columbia Universität“ in New York einen wesentlichen Bruchteil jüdischer Lehrkräfte.

So können wir zusammenfassen, daß sich im freien Wettbewerb aller Anlagen, wie sie das amerikanische Milieu gewährleistet, die entschiedene Eignung der Juden, soweit sie aus Osteuropa stammen, für rein geistige Betätigungen klar erwiesen hat; etwa ähnlich übrigens, wie ja auch die Judenbevölkerung Rußlands in ihrer Elite bedeutende Intellektuelle, doch relativ wenig bedeutende Industrielle und Kaufleute, hervorgebracht hat.

Ein interessantes Zeichen dafür, daß die kommerzielle Richtung jüdischen Geistes nur gewissen Gruppen, den westeuropäischen und den von ihnen abstammenden Juden, nicht aber ihrer osteuropäischen Mehrheit eigen ist.

CHRONIK

EIN Unternehmen zur Förderung der Parteienkunde: Zu allen Zeiten, nicht nur in der Gegenwart, konzentrierte sich in den Parteienbildungen das innere politische Leben. So ist also nicht erst im Zeitalter der Parlamente die Wirksamkeit der Parteien von größter Wichtigkeit. Dennoch ist naturgemäß erst mit der erheblichen Beteiligung des Volkes an den Regierungsgeschäften die Partei zu einem garnicht mehr wegzudenkenden politischen Faktor geworden. Um so seltsamer ist es, dass bisher nur die frühesten Anfänge einer wissen-

schaftlichen Behandlung der Parteien vorhanden sind. Mit anderen Worten: Es fehlt uns an einer Parteienkunde.

Hiermit ist schon gesagt, daß auch kein Organ vorhanden ist, das der Parteienkundespeziell gewidmet wäre. Die eine oder die andere staatswissenschaftliche Zeitschrift hat zwar gelegentlich parteikundliche Beiträge veröffentlicht, und vor allen Dingen hat die „Zeitschrift für Politik“ (Berlin, Carl Heymanns Verlag) seit ihrem Bestehen die Parteienkunde in den Kreis der zu erforschenden

Disziplinen aufgenommen, aber alles das kann doch bei weitem nicht ein eigenes Organ für diese Bestrebungen ersetzen.

Deshalb haben Herausgeber und Verlag der „Zeitschrift für Politik“ den Entschluß gefaßt, vom Herbst 1911 ab Sonderhefte zu der Zeitschrift herauszugeben, welche die Parteienkunde und nur diese zum Gegenstande haben. Diese Sonderhefte werden sowohl im Zusammenhange mit der Zeitschrift wie auch separat zu beziehen sein. Sie werden den kurzen und prägnanten Titel tragen „Die Parteien“.

Um den außerordentlich reichen Stoff, der sich dem neuen Organ darbieten wird, möglichst nutzbar zu machen, ist eine straffe Gliederung des Inhalts vorgesehen. In einer einleitenden Rubrik werden sich Abhandlungen finden, in denen die Parteienkunde als Wissenschaft begründet und ausgestaltet werden soll. Doch wird diese Einleitungsabteilung immer nur eine Ergänzung der „Zeitschrift für Politik“ bedeuten, da ja im allgemeinen für den Inhalt dieser Rubrik die Zeitschrift selbst bereits sorgt. In der Hauptsache handelt es sich bei dem neuen Unternehmen darum, das gesamte Material über die Parteien, soweit es von dauernder Wichtigkeit ist, zu sammeln, um ein objektives Bild des Parteilebens zu gewinnen. So soll den Urkunden über die Parteien, — d. h. den Programmen, Aufrufen, Resolutionen usw. — sowie die Bibliographie aller hier in Betracht kommenden literarischen Erscheinungen der größte Raum vorbehalten bleiben. Eine besonders interessante Schlussrubrik aber ist noch geplant. Hier wird das innere Leben und die Struktur der Parteien einer genaueren Durchforschung unterzogen werden. So tritt also neben das historische Moment das soziologische, indem die Parteien einer soziologischen Betrachtung unterzogen werden, er-

geben sich zweifellos für die Soziologie selbst neue und überraschende Folgerungen.

Noch auf zwei Punkte ist hinzuweisen. Einmal: Nicht nur das deutsche Parteileben wird zur Darstellung gelangen, sondern auch das ausländische, wobei es sich freilich zunächst nur um die wichtigsten ausländischen Staaten handeln wird. Wie notwendig das beabsichtigte Unternehmen gerade auch für das Ausland ist, ersieht man daraus, daß auch dort ein Vorbild noch nicht besteht. Zweitens wird auch die Darstellung der Interessenverbände nicht vernachlässigt werden. Man weiß, daß die großen Interessenverbände heute vielfach nicht in den Parteiorganisationen aufgehen, sondern selbst eine Art von Partei bilden. Mindestens aber durchsetzen sie die Parteien so entscheidend mit ihrem Geist und ihrem Willen, daß eine Parteienkunde, soll sie vollständig sein, an den Interessenverbänden nicht vorübergehen darf. So wird ein besonderer Teil des neuen Organs den Interessenverbänden eingeräumt sein.

„Die Parteien“ werden zum ersten Male in einer politisch sehr bewegten Zeit herauskommen — in der Zeit der nächsten Reichstagswahlen. Schon dieser Umstand allein sichert ihnen Beachtung, schon dieser Umstand allein aber macht auch ihre Begründung zu einer dringend notwendigen Angelegenheit. Denn die Wahlen werden dem neuen Organ gleich Gelegenheit geben, die Parteidokumente, die ein Resultat dieser bewegten Zeit sind, so vollständig und systematisch zu sammeln, wie es bisher noch niemals versucht wurde. Indem aber auf diese Weise das Vorgehen der verschiedenen Parteien vergleichend nebeneinander gestellt wird, entspringen auch für die praktische Politik die bedeutsamsten Ergebnisse.

Dr. Adolf Grabowsky,
Berlin.

Das Volk im Französischen Kongo verblutend unter dem Monopolsystem*):

Seit 1900 ist das unabsehbare Gebiet des französischen Kongo, jetzt Afrique Equatoriale française, einer Ausbeutung durch die all dort konzessionierten Gesellschaften ausgeliefert, welche an Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit gegen die Eingeborenen durchaus den Zuständen im ehemaligen Kongostaat, der nunmehrigen belgischen Kongokolonie gleichkommt. Durch Dekret vom 19. Juli 1899 ist für einen Zeitraum von 30 Jahren nahezu das ganze Ländergebiet — genauer $\frac{19}{20}$ — an 40 solcher Gesellschaften ausgeteilt worden, auf deren jede durchschnittlich 1 Million Hektaren kommt, gegen eine fixe Gebühr und einen Gewinnanteil von 15% an den Staat. Den Eingeborenen blieben zwar ihre Dörfer und das zu ihrem Unterhalt nötige Pflanz- und Weideland vorbehalten, aber ohne daß gegen die Übergriffe der Gesellschaften irgend eine Garantie besteht; sie dürfen (tatsächlich müssen) nur an die Gesellschaften die Produkte des Landes, namentlich den Kautschuk abgeben, gegen Preise, welche diese Gesellschaften bestimmen, und die kaum in etwas anderem als in Schund und Ausschuß bestehen. Gewaltmaßregeln zur Eintreibung möglichster Massen von Ware sind, genau wie im belgischen Kongo, auch hier die Geschäftsnorm: Einsperrung der Weiber und Kinder als Geiseln, Morde und Gewalttaten, welche die schwarze, scharf bewaffnete Soldateska, genannt travailleurs armés, auf direkten oder indirekten Befehl der Gesellschaftsagenten als Schreck-

und Zwangsmittel anwenden, bis zu eigentlichen Raub- und Flibustierzügen durch gedungene Banden, welche Dörfer verbrennen und Massentötungen vornehmen, ein Verfahren, welches in der Korrespondenz zwischen den Direktoren der Gesellschaft und den Agenten als „legitime défense“ bezeichnet wird, um kein Aufsehen zu erregen.

Bei dieser Geschäftsgebarung, die hauptsächlich durch Anstellung belgischer Agenten aus dem benachbarten belgischen Gebiet einriß — wie denn auch diese Gesellschaften größtenteils mit belgischem Kapital arbeiten — erzielten sie nur selten wirkliche Gewinne, weil die dergestalt heimgesuchten Gegenden rasch veröden und die Arbeitskräfte teils aufgebraucht, teils in die Flucht getrieben werden. Auch stemmen sich die Gesellschaften jeder Maßregel entgegen, die auf Erhaltung der Ergiebigkeit der Kolonie abzielt, widersetzen sich der Verbreitung baren Geldes, um die Vorteile eines betrügerischen Tauschverkehrs in Waren nicht zu verlieren, und machen sich selbst des Waffen- und Munitionsschmuggels in ausgedehntem Maße schuldig. Daß sie mit den Kontrollbeamten des Staates auf geheimem Kriegsfuß stehen, ist selbstverständlich, ebenso aber auch, daß ihnen die sehr isolierten Staatsbeamten oft zu Willen sein müssen. So ziemlich alle stehen vor ihrem finanziellen Ruin.

Schon im Jahr 1905 zog eine besonders empörende Untat zweier Agenten die einen Schwarzen mit Dynamit in die Luft sprengten, den öffentlichen Unwillen im Mutterland auf diese traurigen Zustände, und man sah sich genötigt, eine Untersuchungskommission nach dem Kongo zu senden, deren Haupt der edle de Brazza war, dem Frankreich die Erschließung seines äquatorialen Länderbesitzes verdankt. Was er sah, war der Art, daß er auf der

*) Herr Dr. H. Christ-Socin, Basel, Vizepräsident der schweizerischen Liga zum Schutze der Eingeborenen im Kongo-Becken hat uns einen Auszug seines in der Christlichen Welt Heft 2. 1911 erschienenen gleichnamigen Aufsatzes gütigst zur Veröffentlichung überlassen.

Die Red.

Rückkehr am gebrochenen Herzen starb, und daß man seinen Bericht nie zu veröffentlichen wagte.

Eine Anleihe von 21 Millionen, welche die Kammer bewilligte, war natürlich ganz ohne Wirkung, so lange man die Gesellschaften weiter wirtschaften ließ, obschon sie, nach den offiziellen Berichten, der Inspektoren (siehe eine Reihe von solchen abgedruckt im Bulletin der Ligue suisse et Ligue française pour le Congo Nr. 5 Mai-Août 1909 S. 22 u. f.) zum großen Teil dem Entzug ihrer Konzessionen durch ihre Missetaten und ihre Liederlichkeit längst verdient hatten. Man braucht nur die Gesetze, sowie die Bestimmungen der eigenen Pflichtenhefte (Konzessionsbedingungen) dieser Gesellschaften auf sie anzuwenden, so konnte man die Kolonie von dem an ihr nagenden Krebsgeschwür befreien. Und wenn auch einige wenige der Gesellschaften auf eine Entschädigung — außer ihrer Straflosigkeit — Anspruch hatten, so war Frankreich reich genug, solche zu zahlen, um so mehr als der freie Handel in der Kolonie sehr rasch diese Ausgabe gedeckt hätte.

Aber nichts von dem allem geschah. Diese Gesellschaften (sie sind seit ihrer Gründung auf 32 herabgesunken) haben in Paris so gute Freunde und mächtige Anwälte, daß die Regierung ihnen nachgab und eine Reform vorschlug, die allerdings den ruinierten Gesellschaften wieder für einige Zeit auf die Beine helfen kann, die aber für die Eingeborenen geradezu verhängnisvoll ist.

Ein schlimmes Vorzeichen war es schon, daß der Minister 1906 das zur besonderen Überwachung ihres Gebahrens eingesetzte Kontrollamt einfach aufhob.

Und nun die Reform wie sie in der gleichzeitig halboffiziellen und im Dienst der Gesellschaften stehenden *Depêche coloniale* vom 13. Juli

1910 mitgeteilt und — angepriesen ist.

Von den 32 Gesellschaften bleiben 21 genau was sie sind: sie können also noch 20 Jahre lang ihre Blut- und Schreckensherrschaft ausüben wie bisher; was alsdann noch von Eingeborenen und von Erzeugnissen in ihrem ungeheuern Gebiet, annähernd wie Europa, vorhanden sein wird, ist gänzlich ihrer Gnade anheimgestellt.

Dagegen hat man mit 11 Gesellschaften der sog. Sangha-Gruppe (d. h. die am Sanghafluß und seinen Zuflüssen „arbeiten“) eine Vereinbarung getroffen, wonach von Konzessionen nicht mehr, sondern von einem Pachtverhältnis auf 10 Jahre die Rede ist. Unter dem Titel von *Cantonnements* werden den Gesellschaften zu Anbau von Lebensmitteln Stücke bis zu 10 000 Hektaren zugeschieden, und als Eigentum alle weitem von ihnen urbar gemachten Parzellen. Im Rest der Gebiete steht ihnen das Monopol der Kautschukgewinnung zu. Der freie Handel darf sich nur mit andern, Nebenerzeugnissen betätigen. Im Jahr 1912 fällt das Land mit Ausnahme des, durch fernere Urbarmachung von den Gesellschaften definitiv erworbenen Landes an den Staat zurück; für weitere 10 Jahre erneuert sich das Pachtverhältnis für das Zehnfache des, von ihnen bisher urbar gemachten Landes. Der Gewinnanteil des Staates bleibt der bisherige.

Diese Abmachung kann nicht anders als ein vollständiger Sieg dieser Raubgesellschaften über den Freihandel, über die wohlerwogenen Interessen des Staates und als eine Fortdauer der Sklaverei der Eingeborenen bezeichnet werden. Im Waldgebiet des äquatorialen Kongo ist ja der Kautschuk geradezu der Handelsartikel, und wenn es nun dem Monopolring der 11 Sangha-

Gesellschaften erlaubt ist, denselben ausschließlich zu betreiben und dafür die Arbeitskraft der Bevölkerung ebenso unumschränkt in Anspruch zu nehmen: wer wird da noch irgendeine Konkurrenz in kleinen Produkten versuchen wollen oder können?

Und nun die Lage der Eingeborenen. Sie sind nach wie vor aller Willkür preisgegeben. Zwar erklärt die *Dépêche Coloniale*, es seien ihnen in dem Pachtvertrag einige Verbesserungen zugesagt, welche mit dem Berliner Vertrag vom 25. Februar 1885 (der jedes Monopol ausschließt und die Förderung und die Sorge für den Wohlstand der Schwarzen vorschreibt) in besserem Einklang stehen würden als bisher. Sie sollen befugt sein, auch auf dem Boden der Gesellschaften das für ihre Subsistenz Notwendige zu entnehmen; es sollen ihnen Reserven zugeschrieben werden, die aus ihren Dörfern und den „d'après la coutume“ dazugehörigen Grundstücken bestehen werden, und sie sollen das Recht haben, über die ihnen eigentümlich zugehörigen Stücke Eigentumstitel sich zu erbitten. Aber nach irgendwelchen Garantien für diese völlig unbestimmten Verträge sieht man sich vergeblich um. Ähnliche Phrasen waren ja auch schon in den Pflichtenheften der Konzessionen vorhanden, lediglich um nie gehalten und immer verletzt zu werden.

Mithin wird durch diese „Reform“ geradezu der französische Kongo unter dem täuschenden Aushängeschild von Pachtverträgen einer Monopolwirtschaft unterworfen, welche zugleich — zwar nicht auf dem Papier aber tatsächlich, auch die bisherige Zwangsarbeit der Bevölkerung sanktioniert. Dabei unterließ man sogar die in den Konzessionsakten zugunsten der Schwarzen publizierte Klausel der Verwirkung des Vertrages infolge grausamer Behandlung in die neuen Pachtverträge aufzunehmen,

bis die französische Kongoliga eine Beschwerde erhob, worauf der Sangha-Ring sich herbeiließ zu erklären, er werde sich eine Klausel gefallen lassen, welche diese Folge androhe, aber nur wenn durch gerichtliche Untersuchung bewiesen ist, daß die verbrecherischen Handlungen infolge von Instruktionen hervorgerufen sind, die vom Gesellschaftssitz ausgingen. Und das nahm der Minister entgegen, der doch weiß, daß die Direktoren nie direkt Mordtaten und Menschenraub anordnen, sondern sich unverfänglicher Umschreibungen bedienen und dem blutigen Gebahren zusehen, ohne daß man ihnen je „Instruktionen“ nachweisen kann.

Ob nun die französischen Kammern diese Reform zum Schlimmen passieren lassen werden? Die Aussichten sind keine guten, denn bereits wurde, unter dem Hochdruck der mächtigen Pariser Anwälte und der von ihnen beherrschten großen Zeitungen, namentlich des *Temps*, einer der Gesellschaften der Sangha-Gruppe: der N'Ghoko-Sangha, eine Entschädigung von 2 Millionen 389000 Franken zuerkannt, weil ein Teil ihres Hinterlandes durch ein Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland aus dem Verband der Kolonie ausgeschieden und zu Deutsch-Kamerun geschlagen wurde (Konvention vom 18. April 1908) während Art. 3 des Pflichtenheftes der Gesellschaft für solche Fälle ausdrücklich jede Entschädigung wegbedingt, und obschon nach den Berichten der staatlichen Kontrollbehörde gerade diese N'Ghoko-Sangha durch alle mögliche Mißwirtschaft reichlich ihre Kassation verdient habe.

Inzwischen sind nun einzelne Teile des bisher geheimgehaltenen Berichts über die Lage des Kongo von De Lanessan (siehe *Rappel* v. 17. Dez. 1910) in die Öffentlichkeit gelangt, welche — wenn auch in sorgfältig abgewogenen und vorsichtigen Wor-

ten, doch das Elend, welches die Mißwirtschaft der Gesellschaften über dies herrliche Land und sympathische Volk gebracht haben, bestätigt.

Wie man aber gleichzeitig und trotz besserer Einsicht diese Gesellschaften nicht nur bestehen lassen, sondern mit einem ausdrücklichen Handelsmonopol im Kongo ausstatten konnte, ist um so unbegreiflicher, als die übrigen westafrikanischen Kolonien Frankreichs von Senegal bis Dahomey unter dem Freihandel und einer, dem Aufblühen der Eingeborenen günstigen Gesetzgebung sich wohl befinden. Aber wie die Aasgeier über einem blutenden Wilde, so liegt noch der Fluch dieser Gesellschaften über dem aus tausend Wunden blutenden Kongovolk.

Dr. H. Christ-Socin,
Basel.



Französische Zeitungen in Deutschland: Seit einiger Zeit besitzt Berlin eine französische Zeitung, das „Journal d'Allemagne“, das ein Gegenstück zu der seit einigen Jahren in Paris erscheinenden deutschen „Pariser Zeitung“ darstellt. Bisher gab es auf deutschem Boden nur in Elsaß-Lothringen Zeitungen, die ganz oder — wie der Mülhauser „Expres“ — größtenteils in französischer Sprache geschrieben sind; daß es sich aber auch bei dem „Journal d'Allemagne“ keineswegs um die erste französische Zeitung in Altdeutschland handelt, geht aus Dr. Ludwig Salomons verdienstvoller „Geschichte des deutschen Zeitungswesens“ hervor. Schon 1740 gab es ein „Journal de Berlin“ das allerdings nur ein Jahr lang existierte, und etwas später eine „Gazette de Gotha“, die sich besonders durch ihre Anfeindung des großen Preußenkönigs hervortat. Größere Bedeutung erlangte die „Gazette de Cologne“, die ein gewisser Johann

Roderique aus Malmedy von 1734 an mit Unterstützung des Rates der Stadt Köln herausgab und gleichfalls in so stark antifriderizianischem Sinne redigierte, daß ihn der König in einem französischen Stachelvers als „Singe d'Aretein“ apostrophierte. Dieser Roderique, der sich durch seine Zeitung zu einer einflußreichen Persönlichkeit aufschwang, Hofrat und sogar apostolischer Syndikus wurde, starb 1756; das Blatt aber existierte noch etwa dreißig Jahre weiter und verschwand erst während der Revolutionswirren. Auch die „Gazette d'Erlangen“, die ein Professor D. G. Groß von 1741 bis 1768 redigierte, gehörte der dem König von Preußen feindlich gesinnten Preßelique an, trotzdem sie im Lande seiner Schwester, der Markgräfin von Baireuth gedruckt wurde. Dagegen besaß der König später in dem „Courier du Bas Rhin“ in Cleve (1769—1803) ein Organ, das seine Interessen vertrat und seine Richtung von Berlin empfing. Eine größere Anzahl französischer Zeitungsgründungen brachte die Emigrantenzeit zu Ausgang des 18. Jahrhunderts hervor, doch waren es Eintagsfliegen mit Ausnahme des „Journal de Francfort“, das sein Dasein bis zum Jahre 1866 fristete. — Auf dem Gebiete des Zeitschriftenwesens hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, wenigstens teilweise französische Zeitschriften zu schaffen; wir erinnern an die dreisprachige Revue „Cosmopolis“, die 1898 nach dreijährigem Bestande einging, an die in München erschienene „Revue francoallemande“ und an die gleichfalls wieder entschlafene deutsch-französische Zeitschrift „Der Kontinent“, die vor ein paar Jahren in Berlin erschien.



Die europäische Presse in Marokko: So wenig aufnahmefähig das Reich; Muley Hafids für europäische Zivilisa-

tion zu sein scheint, so erstaunt ist man, wenn man erfährt, daß bereits seit mehr als 25 Jahren die ausländische Presse Fuß gefaßt hat. Die älteste Zeitung ist „Mogret-el-Ansa“, eine Wochenschrift, welche 1883 in Tanger gegründet wurde und zwar von einheimischen Juden unter britischer Protektion. Sie findet die größte Unterstützung durch die jüdischen Glaubensgenossen in Gibraltar. Die „Times of Morocco“, welche kürzlich ihr Erscheinen eingestellt haben, waren die einzige publizistische Vertreterin der englischen Interessen in Marokko, die in englischer Sprache erschien. Dagegen erscheint ein spanisches Journal „El Eco Mauritano“, das in englischen Händen ist, zweimal wöchentlich in Tanger. Frankreich ist ebenfalls seit 1883 in der marokkanischen Presse vertreten. Zuerst erschien „Réveil du Maroc“, welcher 1902 durch „Le Maroc“ und „Le Journal de Maroc“ abgelöst wurde. Zwei Jahre später traten dann an deren Stelle die Tageszeitung „La Dépêche Marocaine“ und der wöchentlich zweimal erscheinende „Courrier du Maroc“. 1905/06 erschienen auf kurze Zeit „Les Petites Affiches Marocaines“. Französische Interessen vertraten außerdem zwei Blätter in arabischer Sprache, nämlich „Es-Saada“ 1904, und „Es-Cebah“, 1906 gegründet. Letzteres Blatt hatte einmal das Mißgeschick, den Prätendenten Bu-Hamara anzugreifen, welcher indes eine Berichtigung erzwang und drohte daß er den Herausgeber in die Luft sprengen werde. Ein anderes Blatt in französischer Sprache „L'Indépendance Marocaine“, ist vor kurzer Zeit von einem Belgier herausgegeben worden. — Trotzdem Deutschlands Interessen in Marokko ganz bedeutende sind, ist es doch nur durch ein einziges Organ vertreten, welches unter dem Titel Deutsche Marokko-Zeitung in Tanger erscheint. Einige arabische Zeitschriften sollen indessen

in deutschfreundlichem Sinne schreiben. — Spanien, das gegenwärtig seine Position in Marokko wieder zu festigen sucht, besaß in Tanger mehrere publizistische Vertreter, so „La Corsica Espanola“, „El Africa Espanola“ und „Espana en Maruccos“, die indessen wieder eingegangen sind, gleichwie die Blätter „El Porueuir“ und „El Espanol“, welche beide übrigens auf Handpressen gedruckt wurden. In Ceuta erscheinen „El Ceutense“, „El Defensor de Cenuta“ und „El Africa“, und in Melilla, dem Sitz der gegenwärtigen politischen Wirren, „El Telegrama del Rif“ sowie „El Eco Rifeno“. — Von allen diesen hier aufgeführten Blättern vertritt keines die Interessen der Mauren, denn sie alle arbeiten nur im Sinne der europäischen Nationen, von denen sie mehr oder weniger unterstützt werden. Es soll allerdings eine ausgesprochene nationale Presse existieren, doch sind Einzelheiten darüber zurzeit nicht zu erfahren.



Ein deutsches Organ in der Kapkolonie: Aus Kapstadt wird geschrieben: Unter der Bezeichnung „Deutsche Zeitung für Südafrika“ ist hier ein deutsches Wochenblatt begründet worden. Herr Meyersahm zeichnet als Herausgeber und Redakteur. Er gilt als geschickter Schriftsteller, er wird aber auch zu zeigen haben, ob er ein gewandter Geschäftsmann ist. Allerdings ist das Blatt fürs erste durch von hiesigen deutschen Firmen und Privatpersonen gezeichnete Mittel gesichert, aber dauernden Bestand wird es nur haben können, wenn es kaufmännisch gut geleitet wird. Daß, wenn es daran fehlt, auch an sich aussichtsvolle Unternehmen scheitern können, zeigt das Beispiel der „Amalgamated Press Association“. Dieses Unternehmen wurde vor noch nicht zwei Jahren begründet, um die süd-

afrikanische Presse von der Alleinherrschaft der Reuterschen Agentur frei zu machen. Es wurde Reuter vorgeworfen, zu hohe Preise zu verlangen und außerdem seine Nachrichten tendenziös zu halten. Beide Vorwürfe waren gewiß berechtigt, aber das mit so großen Hoffnungen begründete Konkurrenzunternehmen, dem sich eine Anzahl der größten Blätter Britisch-Südafrikas anschloß, hat sich in diesen Tagen genötigt gesehen, sich mit Reuter zu „vereinigen“, oder, richtiger gesagt: es ist einfach von Reuter aufgesogen worden. Hoffent-

lich also wird dem deutschen Zeitungsunternehmen ein günstigeres Los beschieden sein. Der Zeitpunkt scheint günstig gewählt. Die Vereinigung Britisch-Südafrikas steht in wenigen Wochen bevor, und in Regierung und Parlament des geeinten Südafrikas dürften die „Bond“-Elemente die Oberhand erlangen und behaupten. Diese aber sind weniger von Vorurteilen gegen alles Deutsche erfüllt, als die „Progressisten“. Diese deutschfreundlichere Stimmung kann dem neuen deutschen publizistischen Organ immerhin zugute kommen.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

GRAF CARL V. KLINCKOWSTROEM, MÜNCHEN:
GEDANKENÜBERTRAGUNG.



EN sogenannten okkulten Erscheinungen gegenüber ist seitens akademischer Kreise in neuerer Zeit die Taktik des Totschweigens mehr oder weniger aufgegeben worden. Seitdem hervorragende französische Gelehrte und vor allem der englische Zweig der Society for Psychical Research auf diesen, etwas anrühigen Gebieten eine reiche Tätigkeit entfaltet haben, ist vielfach Widerspruch laut geworden und somit ein bisher unerschlossenes weites Feld zum Gegenstande klärender Debatten und in der Folge fruchtbarer Forschungen geworden. Freilich sind bei uns in Deutschland die Namen dieser Forscher noch zu zählen. Liegen doch die Phänomene, von denen der Okkultismus so Erstaunliches zu berichten weiß, weitab von den traditionellen Bahnen akademischer Disziplinen. Und auch diese wenigen erkennen die „okkulten“ Tatsachen als solche nur insoweit an, als sie sich mit ihren Grundprinzipien, mit der Weltanschauung, die sie sich zurechtgelegt haben, in Einklang bringen lassen. Hier ziehen sie dann eine scharfe Grenze, die sie mit aller Energie verteidigen.

So hat z. B. Prof. W. Ostwald*) die Möglichkeit einer Reihe mediumistisch-physikalischer Phänomene zugegeben — (z. B. telekinetische Fernwirkungen), wie solche Dr. S. Alritz (Upsala) gelegentlich des 6. internationalen Psychologenkongresses (1909) in Genf zur Sprache brachte —, da er sie sich aus seiner energetischen Weltauffassung heraus gut erklären kann. Merkwürdigerweise ist er zu dieser Äußerung durch Flammarions wissenschaftlich fast wertloses Buch „Unbekannte Naturkräfte“ angeregt worden. Augenscheinlich hat Prof. Ostwald nur einen flüchtigen Blick in das Gebiet mediumistischer Erscheinungen getan. Ein intensiveres Interesse des großen Energetikers würde sicherlich zur Lösung dieser verwickelten Probleme wesentlich beitragen und wäre sehr wünschenswert.

Von deutschen Hochschullehrern widmet ferner seit Jahren der Berliner Psychologe Prof. Dr. M. Dessoir den abnormen Zuständen der menschlichen Psyche ein reges Interesse**). Auf Grund eines umfangreichen hypnotischen und psychopathologischen Beobachtungsmaterials kommt er zu der Annahme, daß die menschliche Persönlichkeit keine absolute Einheit, sondern eine Synthese verschiedener Bewußtseinssphären sei. Die Gesamtheit der psychischen Erscheinungen lasse sich restlos erklären, wenn man sich die menschliche Persönlichkeit aus zwei mehr oder minder unabhängig voneinander operierenden Bewußtseinshälften zusammengesetzt denkt, die man bildlich als Ober- und Unterbewußtsein bezeichnen könne. Ich will hier nicht näher auf die Dessoirsche Theorie, die in der Hauptsache auf P. Janets Beobachtungen fußt, eingehen; sie kann m. E. als bewiesen gelten. Jedenfalls erklärt sich daraus zwanglos jegliche Art psychischen Automatismus — so lautet die Fachbezeichnung für Handlungen, die unabhängig vom Oberbewußtsein auf die Tätigkeit eines mit Verstand, Empfindung und Willen begabten Unterbewußtseins zurückzuführen sind. Hierher gehört vor allem das bekannte Phänomen des automatischen Schreibens, das von den Spiritisten als eine beliebte Kundgebungsmethode Verstorbener hingestellt wird.

Die einschlägigen Untersuchungen der Society for Psychical Research haben Dessoirs uneingeschränkte Anerkennung. Sobald aber die genannte Gesellschaft, die sich aus hervorragenden Gelehrten zusammensetzt, von Erscheinungen berichtet, die ihm über die Betätigungsmöglichkeit der menschlichen Psyche (sc. unserer Sinnesorgane) hinauszugehen scheinen — da macht er Halt. Die Tatsächlichkeit seltener Phänomene, wie z. B. der Telepathie, des Hellsehens oder gar der Ahnung in die Zukunft, die, wenn tatsächlich erwiesen, offenbar von prinzipieller Bedeutung sein müssen, will Dessoir grundsätzlich nicht zugeben. Hier ist seine Grenze, die er um keinen Preis aufgibt. Er findet dann immer etwas auszusetzen, sei es an der Persönlichkeit des Berichterstatters bzw. Experimentators, sei es an dem Berichte selbst.

*) „Die Zeit“, Nr. 2134, 2. Sept. 1908. — Vgl. „Der Tag“, 1. Sept. 1909: Dr. K. Oesterreich über „Eusapia Palladino vor einem wissenschaftlichen Forum“. — Herrn Prof. Ostwald soll hiermit keineswegs etwa ein Vorwurf gemacht werden. Im Gegenteil. Der Freimut, mit dem der große Gelehrte zu okkulten Problemen Stellung genommen hat, ist hoch anzuerkennen.

**) Vgl. Dessoir, „Das Doppel-Ich.“ 2. Aufl. Leipzig 1896. — Dessoir macht sich hier viele der Janetschen Beobachtungen zunutze. Dagegen berührt er mit keiner Silbe dessen erfolgreiche Experimente mit Gedankenübertragung, mit Einschläferungsversuchen auf größere Entfernung, usw.

Ich komme damit zum Thema: zu der Kritik Prof. Dessoirs und des Sanitätsrats Dr. A. Moll, von dem das oben Gesagte in gleicher Weise gilt, an den Kotik'schen Experimenten über Gedankenübertragung.

Zunächst einiges über Dr. N. Kotik, Nervenarzt in Moskau, und sein Buch: „Die Emanation der psychophysischen Energie“^{*)}.

Kotik's Experimente bilden das letzte und sicherlich überzeugendste Glied einer langen Kette von Versuchen, die dem Problem der unmittelbaren, außersinnlichen Gedankenübertragung galten. Dem historischen Überblick, den Kotik S. 12 ff. seines Buches gibt, entnehme ich nur einige Namen: Gelehrte von Weltruf wie H. Sidgwick, C. Lombroso, Ch. Richet, haben ziemlich erfolgreich experimentiert, und A. Forel, J. Grasset, R. Hennig, A. Lehmann u. a. haben sich, wenn auch zurückhaltend, so doch nicht ablehnend darüber ausgesprochen. Dann kommt Kotik auf seine eigenen Versuche zu sprechen. Er erörtert zunächst umständlich die Bedingungen, unter denen er arbeitete, um einwandfreie Resultate zu erzielen. Wir lernen Kotik hier — das möchte ich betonen — als einen umsichtigen und gewiegten Experimentator kennen, dem die Schwierigkeiten einer unanfechtbaren und widerspruchsfreien Versuchsanordnung wohlbekannt sind. „Diese Versuche wurden stets derart angestellt, daß ich zunächst dem Mädchen (dem Perzipienten) die Augen verband, sie mit dem Rücken dem Vater (dem Agenten) zuwandte und dem letzteren eine Reihe von Gegenständen und einen Papierstreifen mit mehreren von den Anwesenden (— Kotik zog stets skeptische Kollegen zu seinen Experimenten zu —) darauf geschriebenen Wörtern überreichte; das Mädchen hatte nun die einzelnen Gegenstände der Reihe nach zu bezeichnen und die aufgeschriebenen Wörter zu nennen.“ Der Vater durfte dabei keinerlei Bewegung machen und hatte stets absolutes Schweigen zu beobachten. Die Kontrolle verteilte sich unter die anwesenden Ärzte.

Die Versuche wurden von Kotik vielfach modifiziert. Sie wurden mit verschiedenen Medien angestellt und unter mannigfacher Variierung der Bedingungen und Umstände. Es fehlt mir der Raum auf die einzelnen Phasen der Experimente näher einzugehen, die nur in detaillierter Schilderung überzeugend wirken können. Ich muß hier auf das Buch selbst verweisen. Am interessantesten sind wohl die Versuche, die zum Ziele hatten, zu eruieren, ob der Gedanke in einen anderen Raum bei geschlossener Tür übertragen werden könne (S. 33 ff.). Sie waren z. T. von Erfolg begleitet, doch dauerte der Vorgang länger als sonst. Wurde zwischen Agent und Perzipient mittelst eines Kupferdrahtes ein Kontakt hergestellt — selbstverständlich in einer Weise, die die Möglichkeit der Übermittlung irgendwelcher Signale ausschloß — so erfuhr hierdurch die Gedankenübertragung vom ersteren auf den letzteren eine erhebliche Beschleunigung. Es wäre freilich zu wünschen gewesen, daß Kotik diese Art von Versuchen, die schon durch die Einfachheit der gegen Betrug sichernden Vorkehrungen für sich sprechen, eingehender gepflegt hätte.

^{*)} „Die Emanation der psychophysischen Energie. Eine experimentelle Untersuchung über die unmittelbare Gedankenübertragung im Zusammenhang mit der Frage über die Radioaktivität des Gehirns.“ Wiesbaden 1908. Nr. 61 der von Dr. L. Loewenfeld herausgegebenen „Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens.“ — Vgl. hierzu die ältere wichtige Schrift von Prof. Ch. Richet: „Experimentelle Studien auf dem Gebiete der Gedankenübertragung und des sogenannten Hellsehens“. Autoris. Übersetzung nebst (vorzüglicher) Einleitung von Dr. Frhr. A. v. Schrenck-Notzing. Stuttgart 1891.

Eines besonders wichtigen Punktes muß hier gedacht werden. K o t i k s Untersuchungen haben als etwas Neues ergeben, daß bei der Gedankenübertragung nicht nur das speziell dafür bestimmte Gedankenbild, auf das man seine Aufmerksamkeit konzentriert, übertragen wird, sondern nebenbei auch noch subliminale, d. h. unterbewußte Vorstellungen — ein Faktor, der bisher noch nicht berücksichtigt worden ist und den Wert früherer Statistiken und Kritiken erheblich herabsetzt. Mancher negative Versuch würde vielleicht unter diesen Umständen als positiv erkannt worden sein. Jedes Experiment wäre demnach doppelt zu registrieren: 1. Ist das übertragen, was ich übertragen wollte? (z. B. eine geometrische Figur). 2. Ist irgend etwas nebenbei und ungewollt übertragen? z. B. nicht die betreffende Zeichnung, sondern etwa mein Fuß, in dem ich, während ich als Agent fungierte, Schmerzen hatte, und dessen Vorstellung, wenigstens dessen subliminale Empfindung, ich nicht ausschalten konnte. Um so schwieriger wird dann natürlich Beobachtung, Statistik, Kritik und Beurteilung.

Des weiteren sind die Versuche K o t i k s außerordentlich interessant, bei denen er vermittelt des graphischen Automatismus einer seiner Versuchspersonen (Lydia) eine unmittelbare Übertragung seiner eigenen Gedanken konstatieren konnte, sowie diejenigen, die nicht anders als durch Hellsehen seines „Mediums“ zustandegekommen sein können. Ich kann hier leider nur wieder auf sein Buch verweisen.

Auch die Erklärung, die K o t i k für die von ihm beobachteten Erscheinungen findet, kann ich nur streifen. Wenn er, O s t w a l d s energetische Weltauffassung in geistvoller Weise erweiternd, die Übertragung von Gedanken als Postulat des Gesetzes der Erhaltung der Energie hinstellt, insofern er, mit W i l l i a m J a m e s, alle psychischen Erscheinungen, ja sogar reine Denkprozesse und Gefühle, ihren Wirkungen nach als m o t o r i s c h e K r ä f t e anspricht — so ist das schließlich Ansichtssache. K o t i k folgert so: Weil sich alle Kraftformen ineinander verwandeln lassen, und weil die psychische Energie auch zu diesen Kräften gehört, so müsse sich diese auch außerhalb des Schädels nachweisen lassen, und dann auch innerhalb eines zweiten Schädels als Reagens telepathisch wieder auftauchen. Man kann sich aber — ohne sich damit zum Dualismus zu bekennen — mit solchen Phänomenen einverstanden erklären, wie etwa Sir Oliver L o d g e, der bekannte englische Physiker, und doch dabei die Anschauung vertreten, daß die Psyche außerhalb jenes Gesetzes der äquivalenten Umwandlung der Kräfte steht. Ich denke hier an eine t r a n s z e n d e n t a l e M e c h a n i k, wie sie Dr. F. M a a c k, oder namentlich Dr. G. E i c h h o r n vertreten, auf dessen geistvolles Werk: „Vererbung, Gedächtnis und transzendente Erinnerungen. Stuttgart 1909“ ich schon einmal kurz hingewiesen habe*). Die „psychischen Induktionswirkungen“ erklären sich zwanglos aus den hier entwickelten Prinzipien, wenn sie auch der Verfasser selbst nur gelegentlich streift.

Nach dieser Abschweifung zurück zur D e s s o i r schen und M o l l schen Kritik an K o t i k s Experimenten **).

*) Der „Morgen“, Nr. 3, 1909.

**) Prof. M. D e s s o i r im „Tag“, 15. Mai 1909. Dr. A. M o l l in seiner „Zeitschrift für Psychotherapie und medizinische Psychologie“, 1. Bd., 1. Heft, S. 63 Vgl. auch „Kosmos“, Nr. 8, 1909. — Wie mag sich wohl Prof. D e s s o i r jetzt zu seinen eigenen (allerdings in der Tat nicht widerspruchsfreien) Experimenten verhalten, die z. T. ziemlich erfolgreich waren? (Vgl. „Sphinx“ 1886, Juni u. Oktober.) D a m a l s hielt er die „Befähigung zu übersinnlicher Wahrnehmung“ nicht nur für möglich, sondern sogar für erwiesen.

Prof. Dessoir vermißt z. B. in Kotiks Darlegungen eine genaue Protokollierung der Beobachtungen, namentlich die Unterschriften der sämtlichen Teilnehmer an den Untersuchungen. Was bedeuten uns aber die Namen fremder Personen — und mögen es Träger höchster akademischer Würden und Titel sein —, deren Urteilsfähigkeit und sonstigen intellektuellen Qualitäten uns gänzlich unbekannt sind? Die Protokolle spiritistischer Sitzungen entsprechen sogar meist diesem Wunsche Prof. Dessoirs, ohne freilich dadurch an Beweiskraft zu gewinnen. Außerdem wird Dr. Kotik die Namen seiner Kollaboratoren, die er im Text nennt, nicht ohne Autorisation gegeben haben, so daß ihr Zeugnis auch ohne feierliche Protokollierung gilt. „In den drei Monaten“, sagt Kotik allgemein eine Reihe seiner Versuche mit Sophie resümierend (S. 36), „während welcher ich meinen Fall zu beobachten Gelegenheit hatte, habe ich eine große Anzahl von ähnlichen Experimenten angestellt, die in Gegenwart von anderen Ärzten vorgenommen worden sind; jedenfalls waren die Ergebnisse meiner sämtlichen Versuche stets die gleichen und unterschieden sich durchaus nicht von dem oben angeführten.“ Dies gilt von allen seinen Versuchen, wenn er nicht speziell in einzelnen Fällen das Gegenteil ausdrücklich hervorhebt. Hätte er seine sämtlichen Protokolle veröffentlichen wollen — was gewiß lehrreich gewesen wäre —, er hätte wohl einen Folianten füllen müssen!

Als Beispiel der „sorglosen“ Art der Kotikschen Berichterstattung führt Dessoir die unmittelbare Übertragung einer Melodie an, ein Experiment, das Kotik nicht häufig vorgenommen, und über das er nur kurz berichtet, ohne es weiter zu detaillieren. Dessoir vermißt die genaue Angabe der musikalischen Motive! Zunächst sollte es doch wohl genügen, wenn Kotik uns sagt (S. 40): „Ich wählte natürlich solche Motive, welche keine Worte besitzen, z. B. volkstümliche Walzer, Märsche, Elegien u. dergl. Die Ergebnisse dieser Versuche waren, wie zu gewärtigen stand, durchaus günstige usw.“ Dann aber muß ich wohl, wenn Kotik mir sagt, Sophie habe die Motive wiederholt richtig nachgesungen, ihm entweder glauben, oder überhaupt seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Jedenfalls darf ich ihn nicht für so abnorm unmusikalisch halten, daß ich ihm die Fähigkeit absprechen dürfte, das zu beurteilen — zumal er die zu übertragende Melodie vor Beginn des Versuches dem Agenten selbst leise angab, nachdem er die Perzipientin in ein entlegenes Zimmer gesperrt hatte. Was wäre auch damit gewonnen, wenn Kotik die Melodien, womöglich in Noten, angegeben hätte? Meines Erachtens absolut nichts. Die Tatsache der richtigen Übermittlung wird dadurch in keiner Weise berührt, und Kotik konnte daher dieses Detail anstandslos als nebensächlich fortlassen.

Man kann ferner den Respekt Prof. Dessoirs vor den Tricks berufsmäßiger „Gedankenleser“ vollauf teilen. Diese leisten in der Tat oft Erstaunliches. Man darf aber nicht vergessen, daß sie unter ganz anderen Voraussetzungen arbeiten. Jedenfalls werden sie sich hüten, sich den Bedingungen eines gewiegten Experimentators zu unterwerfen. Daß der Vater der Versuchsperson Lydia ein „Mantiker“ von Beruf war, war Kotik wohl bekannt, und er hat auch dementsprechend die geeigneten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Seine Rechtfertigung und Begründung, warum er überhaupt mit diesem Manne operiert, sowie die Art der getroffenen Versuchsanordnungen sind vollauf befriedigend.

Die Dessoirsche und Mollsche Argumentation läuft im übrigen darauf hinaus, Kotik als einen vertrauensseligen und naiven Menschen hinstellen, der von den Schwierigkeiten einer exakten Experimentiermethode keine Ahnung hat. Ich muß gestehen, ich habe diesen Eindruck aus seinem Buche nicht gewonnen, und der verdienstvolle Herausgeber der „Grenzfragen“, Dr. L. Loewenfeld, jedenfalls auch nicht *). Seine Berichterstattung ist durchaus nicht unwissenschaftlicher als beispielsweise die des Dr. S. Alrutz bei seinen „Beobachtungen über halbspontane Erscheinungen in der Hypnose“ (Zeitschr. f. Psychol. 1909, Heft 5 u. 6), die kein Mensch beanstandet hat. Freilich handelt es sich bei Kotik um ein selteres, aber keineswegs unerhörtes Phänomen.

Es ist eine unbillige Art der Kritik, kleine Mängel in der Darstellung aufzuspüren, sowie einzelne nebensächliche Sätze herauszugreifen und als Hauptstützen der Beweisführung hinstellen. Ich kann von diesem Vorwurf Dr. Moll nicht freisprechen, wenn er Kotiks Versicherung, Lydia sei bescheiden und wahrheitsliebend, besonders stark betont. Das ist allerdings eine subjektive Überzeugung des Experimentators, die für Fernstehende ohne Belang ist, und es stünde freilich schlimm um Koliks Experimente, wenn sie auf solcher Grundlage basierten. Das trifft aber in keiner Weise zu.

Herrn Sanitätsrat Dr. Moll ist außerdem noch ein kleiner, aber nicht belangloser Irrtum unterlaufen. Dr. Moll sagt u. a.: „... Kotik erwähnt, bevor er zur Analyse der erhaltenen Antworten schreite, müsse er betonen, daß Lydia den Inhalt des Briefes nicht gegen das Licht durchlesen habe usw.“ (Es handelt sich hier um das richtige Erkennen des Inhalts verschlossener Briefe.) Dr. Moll schließt daraus, daß die Briefe im allgemeinen durchsichtig waren, und macht Kotik den Vorwurf, nicht einmal diesen naiven Fehler vermieden zu haben. Zunächst heißt es aber bei Kotik (S. 84), die Kuverts seien „in der Regel gut verschlossen und undurchsichtig“ gewesen **). Dann aber läßt die Stelle bei Kotik — abgesehen davon, daß es sich hier überhaupt nur um Briefe handelte, die Kotik von dritten Personen für seine Experimente erhalten hatte und die er selbstverständlich, wenn sie nicht allen Anforderungen entsprachen, gut in Gewahrsam nahm — eine solche Interpretation nicht zu. Es heißt dort wörtlich (S. 85): „Bevor ich zur Analyse ... schreite, muß ich betonen, daß auch für einen Augenblick nicht der Verdacht auftauchen darf, als habe Lydia den Inhalt des Briefes gegen das Licht durchlesen können usw.“ Ich meine, das ist etwas anderes! Die Schlüsse Dr. Molls, die in einer ebenso scharfen wie ungerechten Verurteilung Kotiks gipfeln, sind somit hinfällig und erweisen sich als allgemeine Redensarten, die den Kernpunkt der Sache vollkommen verfehlen.

Ich bin am Ende. Es scheint mir nicht zwecklos, gegen eine Kritik Front zu machen, gegen die, außer in okkultistischen Fachblättern, noch kein

*) Auch das Referat in Th. Flournoys „Journal de Psychologie“ (1908, S. 565) ist durchaus sachlich und keineswegs ablehnend.

**) Während Dr. Moll dem Moskauer Kollegen daraus einen Strick drehen will, kann ich aus der Erwähnung dieses Details eben nur schließen, daß Kotik in diesen kindlichen Fehler nicht verfallen ist. Es hieße dies bei Kotik eine geradezu an Schwachsinn grenzende Einfalt voraussetzen.

Protest laut geworden ist. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß nicht ein Gegenstand als erledigt ad acta gelegt wird, der keineswegs erledigt ist und über kurz oder lang doch durchdringen muß. Ich zweifle nicht, daß Erscheinungen, wie die Telepathie und die Gedankenübertragung — das sind die spontane und die experimentelle Form ein und desselben Vorgangs — in absehbarer Zeit in derselben Weise zum Gegenstande eifrigen und ersten Studiums gemacht werden, wie gegenwärtig das Phänomen der Wünschelrute, das bis vor kurzem noch stark angezweifelt wurde. Erst wenn an Stelle unfruchtbarer Zerpflückung der Berichte experimentelle Nachprüfung getreten sein wird, wird die Ehrenrettung K ot i k s eine vollständige sein.

CHRONIK

KINEMATOGRAPHIE der Befruchtung und ersten Entwicklung des tierischen Eies*):

Als Material für Untersuchungen über die ersten Entwicklungsvorgänge der Tiere eignen sich besonders die Geschlechtszellen der Stachelhäuter (Seesterne, Seeigel, Seewalzen), da hier die Befruchtung und erste Entwicklung nicht, wie bei den meisten Tieren, im Inneren von Körperhöhlen stattfindet, sondern da die Stachelhäuter (ähnlich wie die Fische) ihre Geschlechtsprodukte ins freie Wasser entleeren, wo die verhältnismäßig kleinen, halbdurchsichtigen Eier von

den winzigen Samenfäden befruchtet werden und sich, von einer durchsichtigen Schale umgeben, weiterentwickeln.

Der Film zeigt deutlich zwei enorm vergrößerte lebende Seeigeleier, in deren Umgebung man im Meerwasser die wimmelnden Scharen der männlichen Samentierchen als kleine Klümpchen oder Pünktchen erkennt. Es dauert nicht lange, so ist die Befruchtung vollzogen. Blitzschnell hat sich eines der winzigen, aus Köpfchen und Schwanzgeißel bestehenden Samentierchen in jedes Ei eingebohrt, um in der körnigen Plasmamasse des Eies zunächst zu versinken und fast zu verschwinden. Nun tritt auf dem Film eine wundervolle Einrichtung der Natur, die den Zweck hat, Mißbildungen und Verkrüppelungen zu verhindern, aufs Deutlichste in Erscheinung. Da nämlich der wichtigste Teil des Eies, der Zellkern, genau die eine Hälfte der auf das „Kind“ zu übertragenden Erbmasse; der Hauptteil des Spermiums, der Kopf, genau die andere Hälfte repräsentiert, so darf zu einem

*) Diese folgenden Ausführungen sind einem Vortrag entnommen, den Dr. Berndt, Abteilungsvorsteher am Zoologischen Institut der Universität Berlin, zur Erklärung dieses höchst merkwürdigen und wahre Wunder offenbarenden Films im Berliner Blüthnersaal gehalten hat. Der Vortrag war veranstaltet von der kulturpolitischen Vereinigung, Direktion Alfred Dieterich Berlin W 57., die beabsichtigt noch eine ganze Reihe von Vorträgen und Vorführungen wissenschaftlicher Films zu arrangieren.

Ei immer nur ein väterliches Spermium gelangen, damit das Kind die genaue Resultante zwischen Vater und Mutter sei. Dies erreicht die Natur dadurch, daß sie im Moment, wo das erste (wohl meist das kräftigste) Spermium den Wettlauf um das Ewigweibliche gewonnen hat und vom Ei verschlungen wurde, eine undurchlässige Schutzhülle das Ei rings umgeben läßt. Es hebt sich in eben diesem Moment, (wie man meint auf Grund von Quellungserscheinungen in den äußersten Eischichten), von der Eioberfläche eine äußerst scharf begrenzte, und auf dem kinematographischen Bilde sehr scharf erkennbare Haut, die „Dottermembran“ ab, welche das Eindringen jedes weiteren Spermiums absolut verhindert. So ist der große Einleitungsakt für das „Lebensdrama“ vollendet.

Samen- und Eikern, väterliches und mütterliches Erbteil, vereinigen sich nun, verborgen unter den körnigen Schichten des Eiplasmas, miteinander und es beginnt (nach einer im Film fortgelassenen, ereignislosen Stunde) der zweite Akt des Vorgangs, die Zellteilung des Eies oder die Furchung.

Wir sehen deutlich, wie im befruchteten Ei der helle, runde Kern sich hantelförmig einschnürt. Ziemlich plötzlich erfolgt dann, in prachtvoll erkennbarer Weise, die Einschnürung auch des Zelleibes des Eies, und das Auftreten der ersten Teilungs- oder Furchungsebene. Aus einer Zelle sind zwei geworden, die brüderlich vereint in der gemeinsamen Schalenmembran liegen.

Wieder vergeht eine ereignislose Stunde, die im Film natürlich nicht gebracht wird, um die Geduld des Zuschauers auf keine zu harte Probe zu stellen. Dann setzt in beiden Tochterzellen nach vorheriger deutlicher Kerndurchschnürung die zweite Teilung ein; genau wie vorher aus

einer zwei werden jetzt aus $2 = 4$ Zellen.

Nach kurzer Pause geht es so weiter, aus 4 werden 8, aus $8 = 16$, aus $16 = 32$ Zellen und so fort.

Der innerhalb der durchsichtigen Membran liegende Zellhaufen wird, dem Auge des Zuschauers deutlichst sichtbar, durch jetzt ziemlich rapide erfolgende Zellteilungen (Furchungen) zunächst zu einer massiven Zellkugel-Maulbeerstadium „Morula“ — in deren Innern sich aber bald eine mit Gallerte erfüllte Höhle (Keimhöhle) ausbildet, wodurch alsdann das Stadium der hohlen Keimkugel, das berühmte und aus allen Lehrbüchern — kaum aber aus lebendiger, natürlicher Anschauung — bekannte Blastulastadium wird. Die Wand der Blastula oder „Hohlkugellarve“ ist eine einschichtige Zelllage.

Nicht lange dauert es nun, so sehen wir die Hohlkugeln, Blastula, innerhalb der Eimembranen in stürmische Bewegungen geraten — das Leben drängt nach ungebundener Freiheit in den Weiten des Ozeans!

Auf der Zellwandschicht haben sich lange, schlagende Fortsätze, „Geißeln“ ausgebildet, welche die, man möchte sagen verzweifelten,

Befreiungsversuche veranlassen. Plötzlich gelingt es einer Hohlkugellarve, ihr Gefängnis zu sprengen, bald folgen andere nach und munter schwimmen die Blastulae als neue Erdenbürger durch das freie Meer — in diesem Fall das Gesichtsfeld des Kinematographen.

Die Weiterentwicklung der Seeigellarve zunächst zum berühmten Urmagenstadium „Gastrula“, und dann zum „Pluteus“, der langstacheligen, fast wie ein alter Fechterhut aussehenden Vorstufe des fertigen Seeigels, ist eine äußerst kontinuierliche, langsam gradweis fortschreitende; aus diesem Grunde wurde ihre kinematographische Reproduktion tunlichst abgekürzt. Ge-

wissermaßen als Dessert zu der interessanten biologischen Augenweide erscheinen noch der träge im Meere umhertreibende Urmagen (Gastrula) und schließlich eben jener Pluteus in ihrer charakteristischen Gestalt äußerst deutlich auf der Lichtbildbühne.



Die neuen Forschungsinstitute und die Hochschulen: Angeregt durch die Stiftungen, die der Kaiser beim Berliner Universitätsjubiläum in Aussicht gestellt hatte, beriet die Ortsgruppe München des Deutschen Hochschullehrertages kürzlich über das Thema „Forschungsinstitut und Hochschulen“. Die sehr gründliche Besprechung ergab allgemeine Übereinstimmung in folgenden Punkten:

Da die Universitäten nur über verhältnismäßig geringe Mittel verfügen und da ihre Lehrer durch Lehr- und Prüfungspflichten überlastet sind, ist die Errichtung besonderer Forschungsinstitute sehr zu begrüßen und zwar nicht nur für die medizinischen Fächer und die Naturwissenschaften, sondern auch für die technischen und die philologisch-historischen. Insbesondere in den Naturwissenschaften (z. B. in der Biologie) müßten wir sonst fürchten, von andern Völkern überflügelt zu werden. Die technischen Wissenschaften dürfen indessen nicht auf die Gunst von Instituten angewiesen sein, die von der Industrie abhängig sind, sondern müssen besondere Anstalten fordern, z. B. wasserbauwissenschaftliche Versuchsanstalten zur Erforschung der Gesetze für die Bewegung des Wassers und der Flußgeschiebe. Die philologisch-historischen Fächer haben im allgemeinen keine anderen Wünsche als gut dotierte Bibliotheken und Einrichtungen, die es hervorragenden Gelehrten ermöglichen, ohne Lehrtätigkeit sich der Forschung hinzugeben; doch sind für

manche besondere Disziplinen auch Forschungsinstitute ein Bedürfnis, so für die experimentelle Psychologie, die Archäologie und Kunstgeschichte (wie sie bereits in Rom, Athen, Florenz usw. bestehen), ferner auch für manche Zweige der Staatswissenschaften, die es z. B. begrüßen würden, wenn es gelänge, ein Forschungsinstitut mit dem Gesamtmaterial an Budgets der Staaten sowie mit dem Material für kommunale Angelegenheiten auszurüsten, das jetzt in der Auskunftsstelle des Städtetages verwahrt liegt.

Andererseits darf man sich auch den Gefahren nicht verschließen, welche die Einrichtung besonderer, von den Hochschulen getrennter Forschungsinstitute für diese wie für jene mit sich bringen würde.

Zunächst wird die wissenschaftliche Arbeit an den Hochschulen aus Mangel an Mitteln mit der Arbeit der Institute nicht mehr konkurrieren können; ihre Vertreter werden entmutigt, Köpfe mit schöpferischer Begabung werden ihre Laufbahn nicht mehr wie heute an den Universitäten, sondern an den Instituten suchen; es wäre so zu befürchten, daß die Hochschulen allmählich zu höheren Lehranstalten mit ausgedehntem Examensbetrieb herabsinken. Ihre Lehrer würden in die Gefahr kommen, dem großen Publikum gegenüber als Gelehrte zweiter Klasse zu gelten, denn bisher wenigstens galt mit Recht die selbständige und das Allgemeine fördernde wissenschaftliche Forschung als die vornehmste Aufgabe des Hochschulprofessors. Die den neu zu begründenden Instituten von privater Seite in Aussicht gestellten Mittel ermöglichen zwar eine Konkurrenz mit den Hochschulen, verdienen jedoch, gemessen an den großen Aufgaben, die bewältigt werden sollen, noch immer bescheiden genannt zu werden. Schließlich dürfte auch hier wieder die Staats-

hilfe in Anspruch genommen werden, und der Staat könnte solchen Aufgaben dann kaum anders genügen als durch Kürzung der eventuell für die Institute der Hochschulen in Aussicht genommenen Mittel.

Aber auch für die neuen Institute selbst erheben sich Bedenken. Sie entbehren der Befruchtung, welche die Wissenschaft sowohl aus der Lehrtätigkeit wie aus der gegenseitigen Berührung der verschiedensten Disziplinen an den Hochschulen schöpft. Die an ihnen tätigen jüngeren Kräfte würden sich von der für sie so anregenden Laufbahn des Lehrers ausgeschlossen sehen, während doch nichts mehr zu allseitiger Ausbildung des Gelehrten beiträgt als der Zwang, in Vorlesungen auch Dinge zu behandeln, die vom eigenen Forschungsgebiete weiter abliegen, und die Vorlesungen stets auf der Höhe der fortschreitenden Wissenschaft zu halten. Endlich drohen den Instituten Gefahren auf dem Gebiete der Verwaltung, durch Übergriffe selbstherrlicher Institutsleiter, oder durch den Einfluß, den schwachen Persönlichkeiten gegenüber politische, religiöse und andere Rücksichten nicht wissenschaftlicher Art gewinnen können, während im Verbande der Hochschulen die kollegialen Vertretungen gegen derartige Einflüsse Schutz gewähren.

Um diesen Gefahren zu begegnen, muß unbedingt eine Angliederung der neuen Forschungsinstitute an die Hochschulen gefordert werden.

Soweit möglich, sollten sie nur in Hochschulstädten errichtet werden; eine Ausnahme können nur solche Institute bilden, die, wie die oben erwähnten archäologischen oder die geologische Station in Neapel, durch ihr Forschungsmaterial auf eine bestimmte Lage angewiesen sind. Dadurch würde auch die auf dem Gebiete der Naturwissenschaften sehr zu wünschende Spezialisierung der Hoch-

schulen gefördert; es würden sich gewisse Zentren für biologische, physikalische, marine, alpine usw. Forschung herausbilden. Sodann muß aber das Forschungsinstitut mit der Hochschule auch in einen engeren organisatorischen Zusammenhang gebracht werden. Die an den Instituten wirkenden Gelehrten sollten den Fakultäten der Universitäten, den Abteilungen der Technischen Hochschulen angehören. Ohne zu Vorlesungen und Prüfungen verpflichtet zu sein, sollen sie doch (wie z. B. jetzt schon die Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften, insoweit sie nicht zugleich Hochschulprofessoren sind), das Recht haben, zu lehren. Es wäre besonders die Aufgabe, im Lehrvortrag jene Probleme zu behandeln, die nicht Studenten und Anfängern, sondern nur Gelehrten mit abgeschlossener wissenschaftlicher Ausbildung vorgelegt werden können. In den Beratungen der Fakultäten (Abteilungen) sollen sie Sitz und Stimme haben, die namentlich bei Berufungen ins Gewicht fallen müßte; umgekehrt sollten auch die Fakultäten bei der Besetzung der leitenden Stellen an den Forschungsinstituten zu Gehör kommen. Den jüngeren Mitgliedern der Forschungsinstitute müßte die Habilitation an den Hochschulen nicht verschlossen sein, aber auch Hochschullehrer sollen an Forschungsinstitute berufen werden; namentlich muß angestrebt werden, daß Institute für die technischen Wissenschaften ihre leitenden Kräfte möglichst aus den Kreisen der Hochschullehrer berufen. Überhaupt ist ein möglichst reger, beide Teile belebender und befruchtender Austausch zu wünschen. Endlich muß durch Bereithaltung von Arbeitsplätzen usw. den Hochschullehrern die Möglichkeit und das Recht gewährleistet werden, die Institute für die Zwecke ihrer eigenen Forschung zu benutzen. In dieser Beziehung

wurde die geologische Station in Nepal als mustergültiges Beispiel hingestellt; analog liegen die Verhältnisse bei dem Institut Marey in Paris.



Die Germanistic Society of America in New-York hat sich die gründliche Belehrung des gebildeten amerikanischen Publikums durch Vorträge sozialen, politischen, kulturhistorischen und literarischen Inhaltes über Deutschland, zum Ziele gesetzt. Soeben hat sie ein Heft erscheinen lassen, worin sie einen Bericht über ihre Tätigkeit in den Jahren 1906 bis 1909 erstattet. In ihrem Auftrage bereisten die Herren Ludwig Fulda, Prof. Otto Hoetzsch, Hermann Anders Krüger, Carl Hauptmann und Max Friedländer die Vereinigten Staaten und hielten insgesamt 79 Vorträge. In New-York selbst veranstaltete die Germanistic Society während derselben Zeit 29 Vorlesungen, welche von hervorragenden Kräften Amerikas und Deutschlands abgehalten wurden. Die genannte Gesellschaft hat auch die Abhaltung von Vortragskursen über deutsche Kultur und Literatur an der Columbia-Universität in New York veranlaßt.

v. Noe,
New-York.



Esperanto in der Praxis: Eine internationale Hilfssprache würde ihrer Aufgabe nicht vollkommen genügen, wenn sie nicht auch fähig wäre, den Austausch geistiger Güter zwischen den verschiedensprachigen Nationen zu ermöglichen, also eine Vermittlerrolle dort zu übernehmen, wo die geistige Kultur einer Nation und ihrer Sprache zum unmittelbaren Ausdruck kommt, d. h. auf dem Gebiete der Literatur. Es kann sich die Frage erheben, ob eine Kunstsprache — das ist und bleibt Esperanto — über-

haupt das Gebiet der Literatur angreifen dürfe, sich nicht vielmehr auf die reine Praxis im alltäglichen Leben, im Handel und Verkehr beschränken müsse. Aber schon das, was die Sprache im täglichen Leben leisten muß, kann nicht fest und sicher begrenzt werden. Während der eine mit Ausdrucksformen für sein körperliches Wohl zufrieden ist, abgesehen von den für seine Berufstätigkeit erforderlichen Wörtern, bedarf ein anderer Ausdrucksmittel für Ideen, die über die Alltäglichkeit weit hinausgehen, die aber sein geistiges Wohl ebenso wie sein körperliches bedingen. Es genügt hier, an die Philosophie zu erinnern. Es leuchtet ohne weiteres ein: selbst eine Kunstsprache wäre kein genügendes Ausdrucksmittel, wenn sie nicht auch philosophische Ideen zum Ausdruck bringen könnte. Und damit ist auch schon die Forderung erhoben, daß eine Kunstsprache für die Wissenschaft brauchbar sein muß. Inwiefern nun Esperanto in sprachlicher Beziehung das ist und nach seinem inneren Wesen sein muß, soll hier nicht erörtert werden. Aber gezeigt soll werden, daß Esperanto bereits von der Wissenschaft gebraucht wird. Vor mir liegt der Katalog einer Esperanto-Bibliothek (Davidov-Rußland), die mit wenigen Ausnahmen alle in Esperanto erschienenen Werke aus den Jahren Mai 1887 bis Mai 1908 aufweist. Neben Originalwerken finden wir Übersetzungen aus verschiedenen Gebieten der Wissenschaft. Prof. Boirac (Rektor der Universität Dijon) äußert sich in einer Originalarbeit über „Homa radiado“ (Menschliche Ausstrahlung); derselbe hat die Monadologie von Leibnitz ins Esperanto übertragen. Im weiteren finden sich Werke aus dem Gebiete der Medizin, Anthropologie, Mathematik, Chemie (Dr. Helte: Ionentheorie), Religion (Dr. Vallienne: Entwicklung der Religionsidee) etc. — Im Laufe des

letzten Jahres wurde die Frage einer Kalenderreform in den Tageszeitungen lebhaft erörtert. In der Monatschrift „Germana Esperantisto“ nahm Prof. Dr. Koeppen durch in Esperanto abgefaßte Originalartikel an dieser Erörterung teil; in gleicher Sache erschien eine von Prof. Török verfaßte Broschüre: „Porchiamo kalendaro“ (Immerwährender Kalender). Einen sehr praktischen Gebrauch von Esperanto macht Dr. Marchand-Berlin, der eine Broschürenserie über allgemeine Entwicklungslehre herausgibt. Am Schlusse einer jeden Abhandlung findet sich eine kurze Zusammenfassung des Inhalts in Esperanto. In gleicher Weise ist Helliesen-Stavanger in einer Broschüre über Koleopteren vorgegangen. Von Zeitschriften, die dauernd wissenschaftlichen Frage behandeln, sind eine wissenschaftliche internationale Revue und zwei medizinische Zeitungen besonders erwähnenswert. An dieser Stelle sei auch hervorgehoben, daß das internationale bibliographische Institut in Brüssel, sowie das Bureau der internationalen Gesellschaften, ebenda, Esperanto als Verkehrssprache mit dem Ausland angenommen haben. (Vgl. S. 438 der Nr. 6 dieser Zeitschrift.) Es kann nicht bestritten werden, daß literarischer Genuß für sehr viele Menschen heutzutage ein tägliches Bedürfnis geworden ist, sei es nun, daß man sich an einem Roman vergnügt oder an Versen ergötzt. Auch von der literarischen Produktion fremder Völker, deren Sprache man nicht kennt, möchte so manch einer etwas wissen. So hat denn auch auf dem Gebiete der Literatur Esperanto angefangen, seine Vermittlerrolle zu spielen: der von mir erwähnte Katalog weist bereits Werke aus dem Englischen (Shakespeare: Hamlet, Macbeth, Julius Cäsar, Sturm), Armenischen, Dänischen (Andersen: Frau vom

Meer), Flandrischen, Französischen (Molière: Don Juan, Der Geizhals, Heirat wider Willen; Saint-Pierre: Paul und Virginie), Deutschen (Goethe: Iphigenie, Die Geschwister; Storm: Immensee), Alt-Griechischen (Homer: Ilias), Tscherkessischen, Spanischen, Ungarischen, Italienischen, Lateinischen (Vergil: Aeneis), Polnischen (Prus: Pharaon), Bulgarischen, Russischen (Gogol: Der Revisor), Norwegischen, Schwedischen, Türkischen auf; außerdem 38 Originalwerke. Hierbei darf man nicht vergessen, daß Esperanto zwar seit 23 Jahren der Öffentlichkeit angehört, aber in den ersten 10 Jahren nur sehr langsam Fortschritte machte. Mit der immer weiter um sich greifenden Verbreitung des Esperanto wird naturgemäß das Verlangen immer größer, aus der einmal erworbenen Kenntnis weiteren Nutzen in irgendeiner Form zu ziehen. Kein Wunder also, wenn die Vermittlerrolle des Esperanto auf dem Gebiete der Literatur beginnt, durchaus dankbar zu werden. So bieten denn auch die Neuerscheinungen der letzten Jahre außerordentlich interessanten Lesestoff, u. a. japanische und bulgarische Erzählungen, Väter und Söhne von Turgenev, Martha von Elisa Orzeszko (polnisch), Minna von Barnhelm von Lessing, Bilderbuch ohne Bilder von Andersen, Hermann und Dorothea von Goethe, Die Waffen nieder von Suttner, Werthers Leiden von Goethe, Karawane von Hauff, Monna Vanna von Maeterlinck und vieles mehr. In absehbarer Zeit wird auch die Bibel in vollständiger Übersetzung vorliegen: Dr. Zamenhof, der Autor des Esperanto, läßt gegenwärtig in der Literaturzeitschrift „La Revuo“ die Übersetzung des alten Testaments erscheinen; die Übersetzung des neuen Testaments wird von einer eigens hierfür eingesetzten Kommission besorgt und liegt zum Teil schon vor. — Die periodisch

erscheinenden Esperanto-Zeitschriften vermitteln außerdem eine Fülle von Beispielen aus den Literaturen der verschiedenen Nationen, erwähnt seien japanische, kaukasische Erzählungen, ebenso russische rumänische, bulgarische usw. Der Umfang dieser Esperantoliteratur (Übersetzungen) wächst täglich. Wie erwähnt, sind auch schon Anfänge einer Originalliteratur vorhanden, die — wie es in der Natur der Sache liegt — einen kulturellen Wert noch nicht hat, die aber keinen Zweifel darüber bestehen läßt, daß Esperanto durchaus geeignet ist, unmittelbares Ausdrucksmittel in der Literatur zu sein. Daß es keine Meisterwerke esperantistischer Originalliteratur gibt, liegt einfach daran, daß es noch keinen Esperantisten gibt, der Meister der Sprache und — Dichter zugleich ist. Aber auch in alten Kultursprachen finden sich wahre Meisterwerke nicht so überaus häufig — und Esperanto ist noch jung! sehr jung!

Arnold Behrendt,
Berlin.



Das „Buch berühmter Ingenieure“ *): Das Buch verdankt seine Entstehung der Erwägung, daß es um die Kenntnis des Lebenslaufs der großen Männer in Wissenschaft, Industrie und Technik meist recht übel bestellt ist. Wie viele Gebildete gibt es, die meinetwegen von Lesseps mehr wissen, als daß er den Suezkanal gebaut hat und später in den häßlichen Panama-Skandal verwickelt war, oder von Albert Nobel mehr, als daß er das Dynamit erfunden und sein welt-

berühmtes Testament abgefaßt hat? Auch die Jugend wird mit Lebensbeschreibungen von Herrschern und Fürstinnen, von Feldherren und bestenfalls von Dichtern und Künstlern gefüttert, aber die Männer, die der Wissenschaft und dem technischen Können ihrer Zeit ein charakteristisches Gepräge aufdrückten, sind der Mit- und Nachwelt zumeist nur dem Namen nach, nicht als Persönlichkeiten und Charaktere bekannt. Dabei lehrt die Erfahrung, daß man zu den Leistungen eines bedeutenden Menschen ein viel vertrauterer Verhältnis gewinnt und ihnen mit viel liebevollerem Verstehen gegenübertritt, wenn man zuvor das Werden und Streben der Person selbst verfolgt hat. Solche Erwägungen haben vorliegendes Buch entstehen lassen, worin insgesamt 10 bedeutende Ingenieure neuester Zeit, die erst in den letzten Jahrzehnten verstorben sind, in ihren Lebensschicksalen dargestellt sind, durchweg Männer, die es wohl verdienen, populärere Gestalten zu werden, als sie es bisher waren. Es befinden sich darunter zwei Deutsche, Intze und Max Eyth, ein Deutsch-Engländer, Wilhelm Siemens (des großen Werner Siemens kongenialer Bruder), zwei Engländer, Bessemer und John Fowler, ein Franzose, Lesseps, zwei Schweden, John Ericsson und Alfr. Nobel, ein Schweizer, Riggimbach, und ein Amerikaner, der in Deutschland kaum dem Namen nach bekannte geniale Eads. Die Darstellung ist absichtlich allgemein verständlich gehalten, technische Erörterungen sind nach Möglichkeit vermieden; dafür ist der größte Wert darauf gelegt, Verständnis dafür zu wecken, was jene Männer Bleibendes geschaffen haben.

*) Richard Hennig, Buch berühmter Ingenieure. Leipzig, Otto Spamer. 1911. Preis geheftet Mark 5, gebd. M. 6,50.

Dr. R. Hennig,
Friedenau.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

SAINT NIHAL SINGH, CALCUTTA: FAMILIEN-
LEBEN IN INDIEN.



NDIENS Erwachen hat zu einer tiefgreifenden Wandlung seines bisher unsäglich traurigen Familienlebens geführt.

Bis jetzt war die Lebensweise von Mann und Frau in Indien eine durchaus verschiedenartige. Konnte der Mann schon seit längerem an der besten europäischen Literatur sich bilden, hatten Ahnungen von Freiheit und Menschenwürde bereits Eingang in sein Seelenleben gefunden, ja, zielte sein Streben schon bereits auf soziale, politische und ökonomische Reformen seinem Vaterlande Hindustan ab, so stak doch die Frau noch bis an die Haarwurzel in allen Vorurteilen asiatischer Nacht. Die „gute Erziehung“, die die Frau in der Regel genoß, machte sie gerade halsstarrig genug, um allen Neuerungsideen des Mannes feindselig gegenüberzustehen. Man konnte nach einem alten Sprichworte sagen, daß ein feuriges Pferd und ein langsamer Ochse an den ehelichen Wagen gespannt waren. So ist es erklärlich, daß selten ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen Mann und Weib bestand. Nur an der Durchhechelung der trüben Details des häuslichen Herdes fanden Mann und Frau ein gemeinsames Interesse. Das Leben unter solchen Verhältnissen war voll schmerzhaften Elends — eine wahrhaftige Hölle auf Erden.

Das Schicksal der Frau war um so tragischer, als sie von vornherein nicht als gleichberechtigtes Wesen betrachtet wurde. In dumpfem Groll durchlitt sie ihre Knechtschaft, bis der Moment käme, da sie zu herrschen und andere zu quälen beginnen würde. Denn tatsächlich gleicht das Leben der jungen Hindufräule dem der Chinesin an Traurigkeit. Eingeeengt in ihre häusliche Tretmühle, bar jedes Trostes der Philosophie, beraubt der Gewissensfreiheit der Gedanken und Gefühle, keucht sie der endlichen Erlösung, dem Nirwana, zu, indes der Mann doch Zerstreuung in seiner Tätigkeit findet, sich viel mit Politik beschäftigt und sozial gerichtete Vereinigungen aufsucht.

Die Hindufräule erhebt sich von ihrem Lager lange vor Morgenanbruch. Sie versorgt die Küche, buttert die Milch, kocht sie, um den „glee“ (wird in Indien an Stelle der Butter gebraucht) zu bereiten. Sie reinigt die Messinggeschirre mittelst schwarzer Tonerde und Wasser. Sie kehrt die Küche mit einem Besen aus Ginster; derselbe ermangelt eines Stieles und wird kniend benutzt. Nun bereitet die Frau einen Teig aus Kuhmist und Wasser (die Kuh ist in Indien ein heiliges Tier, und man schreibt dem Kuhmist reinigende Eigenschaft zu) oder aus rotem Ton und Wasser und bestreicht damit den Küchenboden. Hierauf nimmt sie ihr Morgenbad — weniger aus hygienischen als aus religiösen Gründen, weshalb hierbei auch das Wasser nicht sehr reichlich fließt. Nach dem Bade wirft sie sich zu Füßen der schützenden Götter, opfert ihnen Süßigkeiten und heilige Pflanzen.

Inzwischen ist es Zeit, die Kinder zu wecken; man wäscht sie und kleidet sie an. Sie bekommen zu essen und werden in die Schule geschickt, welche

im Sommer morgens sechs Uhr beginnt und während der heißen Jahreszeit mittags endigt. Die nächsten zwei Stunden beschäftigt sich die Mutter mit der Zubereitung der Speisen. Das Feuer, das in der Regel von getrocknetem Kuhmist genährt wird, ist dabei rauchend, ungleichmäßig.

Der Mann kommt in die Küche und läßt sich sein Frühstück, das meistens aus Mais und Getreidekuchen besteht, auftragen. Die Frau nimmt nie die Mahlzeit mit ihrem Manne ein. Es herrscht der alte Brauch, daß er als erster speise. Die Frau verzehrt die Überbleibsel. Nach dem Frühstück reinigt sie die Küche und beschäftigt sich anderweitig. Sie überwacht die Arbeit der Dienerschaft, fertigt ihre eigenen Kleider, wie die ihrer Kinder, selbst an. Die Mode kennt sie nicht. Die Schnitte, die ihre Vorfahren vor alters schon benutzt haben, dienen ihr heute noch. Allmählich wird es dann Zeit, für den Mann und die Dienerschaft den „lunch“ (das Mittagessen) zuzubereiten, das sodann dem Ehegatten durch einen der Söhne in sein Arbeitszimmer gebracht wird.

Den Nachmittag widmet die Frau der Bereicherung ihres Familienschatzes, indem sie auf einer Handhaspel Garn verspinnt und daraus allerlei schöne Zieraten fertigt. Bei hereinbrechendem Abend schüttelt sie die Betten auf und richtet das Abendessen an. Inzwischen kommt der Gatte müde, von der Arbeit abgespannt nach Hause. Die Frau hält für ihn ein Fußbad bereit, um ihn zu erfrischen. Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr die gleiche Lebensweise in gleicher Eintönigkeit; keine Abwechslung, selbst am Sonntag nicht.

Diese Lage ist für die Frau besonders drückend, weil auch schon die Jungvermählten vollständig daran gebunden sind. Die Gatten rufen sich nicht beim Vornamen, sondern, wenn Kinder vorhanden sind „Mutter deiner Tochter“ oder „Vater dieses Sohnes“, oder kurzweg „Du“. Die Neuvermählten haben in Anwesenheit eines älteren Familiengliedes nicht das Recht, miteinander zu sprechen.

Einen Heiterkeitsausbruch löst schon aus, sich nur liebenswürdig an seine Frau zu wenden. Oft zieht sich ein Ehepaar durch Nichtbeachtung dieser altherkömmlichen Sitte den größten Zorn älterer Personen zu. Manchmal verbringen die Neuvermählten den Tag in einem Separatzimmer, um unter sich ihre persönlichen Angelegenheiten zu besprechen. In den meisten Fällen jedoch besitzen sie keinen Raum, wo sie sich tagsüber aufhalten könnten, und so kommen die jungen Eheleute nur nachts zusammen. Dieses verstohlene Gebahren erweckt ganz den Eindruck, als hätten sie etwas Unrechtes getan, dessen sie sich schämen müßten und als versteckten sie sich.

Dieser ohnehin schon unnatürliche Zustand wird noch unerträglicher durch die unbeugsame Härte der Schwiegermutter. Auf der ganzen Erde ist die Schwiegermutter noch bis auf unsere Tage mehr oder weniger gefürchtet; in Indien aber ist sie das gefürchtete Prinzip. Die Schwiegermutter hat dort mehr Macht über die Schwiegertochter, als der Mann über seine Frau, und die orientalische Sitte macht den Mann ihr gegenüber wehrlos, seine Frau zu schützen.

Gewiß gibt es auch in Indien gute Schwiegermütter, doch sind dies die Ausnahmen, von denen die Welt nichts hört. Bekannt hingegen ist in Indien und weit über seine Grenzen hinaus die unnatürliche, tyrannische, grausame ostindische Schwiegermutter, die der zukünftigen Tochter schmeichelt, dieselbe aber, sowie die „Unglückliche“ Gattin ihres Sohnes geworden ist, verfolgt, um sie ihre Macht fühlen zu lassen. Viele Jahrhunderte hindurch

war so die junge Frau das Opfer des Familienlebens. Und in den meisten Fällen war es noch gar nicht mal ein ausgereiftes Weib, sondern ein Mädchen, ein Kind. Bis in die letzte Zeit finden wir Hochzeiten, wo die Braut nicht mehr als 10—12 Jahre zählte. Deshalb kennt die Frau hier nicht die Vergnügungen der Jugend und hat keine Jugend. Während für die Knaben alles mögliche getan wird, ist das Mädchen Aschenbrödel. Heiratet das Mädchen, so muß sie sich eigentlich ihren Mann erkaufen, und die soziale und auch intellektuelle Stellung des Mannes hängt nur von der Größe ihrer Mitgift ab. Im Elternhaus verbrachte sie wenig schöne Stunden, aber noch trauriger gestaltet sich ihr Dasein im Hause ihres Mannes. Ihre Erlösungstunde schlägt, wenn die Schwiegermutter mit Tod abgeht; denn dann geht deren Regiment in ihre Hände über. Ist aber diese kräftiger Konstitution, so ist kein Ende ihres tragischen Lebens abzusehen.

Das Unglück im indischen Familienleben bestand bisher zum großen Teil auch darin, daß die zukünftigen Eheleute sich nicht gegenseitig wählen durften. Das indische Volk liebt es, die Sterne um Rat zu fragen, die Götter anzurufen und ihnen Opfer zu weihen, aber dem zukünftigen Glücke seiner Kinder schenkt es keine Aufmerksamkeit. — Aber selbst, wenn man den jungen Leuten die freie Wahl ließe, nach Geschmack und Liebe zu heiraten, so würde dies doch keinen Umschwung im Eheleben hervorrufen, denn Knaben und Mädchen sind bei seinem Antritt vielfach noch nicht zum Vollbesitz der Vernunft und Reife gelangt. Auf die Hochzeitsfeierlichkeiten wird im allgemeinen wenig Wert gelegt; nur, wenn es gilt, den Reichtum der Eltern zu zeigen, wird alle Pracht entfaltet. Das Tragische im indischen Eheleben erhöht sich noch, wenn man bedenkt, daß bei den Hindus die Ehe unauflöslich, untrennbar ist. Der indische Gesetzgeber ist unerbittlich, was Scheidung anbelangt. Wie schrecklich sich auch ein Eheleben gestalten mag, eine Auflösung oder Scheidung gibt es nicht. Besonders hart trifft dieses Gesetz die Frau. Der verwitwete Mann kann stets eine andere Frau heiraten und ist bei dem Tode seines Weibes seines Heiratskontraktes entbunden. Die Frau erfreut sich nicht dieses gleichen Rechtes. Einmal Witwe geworden, bleibt sie Witwe. Sollte sie es wagen, dies Gebot zu übertreten, so wird sie boykottiert, aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen. Diese harten Ehegesetze, diese pflichtmäßige Witwenschaft bedrücken die Hindusche Gesellschaft, machen sie schwach und der Entartung zugänglich.

II.

Dies war das getreue Bild des indischen Familienlebens; aber nun vollzog sich ein Umsturz; die Totenglocke der Abgeschiedenheit der Frau hat geläutet. Die Gesetze der Zwangswitwenschaft liegen in den letzten Zuckungen. Die frühzeitige Ehe ward ebenfalls verpönt. Die Vielweiberei war nie allgemeine Einrichtung in Hindustan, und siehe, der moderne Geist, der einzog, verdammt sie vollends. Neue Ehegesetze haben die alten rohen Bräuche ersetzt. Die Inderin ist nicht mehr unwissend, verachtet, Haustier. Sie hat das Recht, moderne Schulen und Universitäten zu besuchen. Kürzlich bestand Srimati Amma an der Malabar-Universität mit Auszeichnung das Examen für Sprachen. Sie ist eine verheiratete Frau und besitzt Kinder. Vorher hatte sie schon das Examen der „Freien Künste“ abgelegt. Sie ist

Lehrerin am städtischen Mädchengymnasium und Mitherausgeberin der Sarada, einer literarischen Zeitschrift. Man sagt, daß diese geistvolle Frau ihre Universitätsexamina auf ausdrücklichen Wunsch ihres Mannes gemacht habe. Tatsache ist, daß das gegenwärtige Erwachen der Frauen Hindustans dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die gebildeten Männer in Indien den Wert und die Notwendigkeit der Kameradschaft mit ihren Frauen und Töchtern einsehen. Der einzige Weg aber, solches glückliche Einvernehmen zu ermöglichen, ist, die Frau in ihren ersten Jugendjahren zu modernen Auffassungen zu geleiten, erst im Rahmen der Familienerziehung, später durch höhere Ausbildung auf Schulen und Universitäten.

Und die indische Frau von heute zeigt wahrhaftig selbst das Bestreben, sich zu bilden. „Viele unter euch werden sich erinnern“, sagte Mrs. Sarojini Naidu, eine Hindufräulein, kürzlich in einer großen Versammlung von Männern, „daß vor einigen Jahren, als Mrs. Sathianadhan als erste The Indian Ladies Magazine herausgab, sich eine rege Korrespondenz entspann, ob wir unseren Frauen Erziehung geben sollten oder nicht. Während die Frauen selbst mit der größten Lebhaftigkeit und Einstimmigkeit ihre Ansichten äußerten und vertraten, waren die Männer uneins. Während die einen für die Erziehung der Frauen warben, erschrecken andere schon bei dem bloßen Worte „Erziehung“. „Wie“, schrien sie, „unsere Frauen erziehen“, was wird aus dem komfortablen Hausideal werden, sowie dem köstlichen Halwa und der schmackhaften Omelette?“ Wieder andere ergingen sich in philosophischen Betrachtungen:

„Lehrt sie dies oder das, aber Ihr, Freunde, die Erziehung als solche muß harmonisch, vollendet sein. Wir können die Winde des Himmels nicht dirigieren, den Wellen nicht verbieten, die Ufer zu überschreiten, noch weniger aber die menschliche Seele zwingen, in gewissen willkürlichen Grenzen zu bleiben. Das Wort „Erziehung“ ist eines der verkänntesten in allen Sprachen. Die Italiener z. B., dieses so phantasiereiche Volk, machen einen wesentlichen Unterschied zwischen Unterricht und Erziehung, und wir würden gut tun, diesen Unterschied anzunehmen und zu erkennen. Die Belehrung ist nur die Aufhäufung von Wissenschaften, aber die Erziehung ist die unbegrenzte, schöne, unentbehrliche Atmosphäre, in welcher wir leben und handeln. Welcher Mensch würde es wagen, seinen Nächsten seiner natürlichen Rechte zu berauben, von der reinen Atmosphäre Gottes, von welcher sein Körper sich nährt, ihn auszuschließen? Wie würde es erst ein Mensch wagen, eine Menschenseele ihres ewigen Erbes der Freiheit und des Lebens zu berauben?“

Nun gut, meine Freunde, in Indien hat dies der Mann der Frau gegenüber gewagt. Darin seht nun, ihr Männer Indiens, den Grund, daß ihr seid, was ihr seid; weil eure Väter eure Mütter dieser ewigen natürlichen Rechte beraubten, haben sie auch euch, ihren eigenen Söhnen, rechtmäßiges Erbe vorenthalten. Ich beschwöre euch, räumt euren Frauen die Rechte des Menschen ein, denn so, wie ich es euch sagte, wir sind es und nicht ihr, die die wahren Erzieher der Nation sind; und ohne unsere tätige Mitwirkung in allen Fragen des Fortschritts sind alle eure Versammlungen und Kongresse nutzlos. Erzieht eure Frauen, und die Nation bedarf keiner Sorge mehr; denn es ist heute wahr, was gestern wahr war und bis ans Ende der Menschheit sein wird, daß die Hand, welche die Wiege schaukelt, die Macht ist, die die Welt regiert, daß die Zukunft des Volkes in den Händen der Mutter liegt.

Diese Worte sind, wenn man die Zuhörerschaft betrachtet und wenn man bedenkt, daß sie eine Anklage einer Hindufrä u gegen die indischen Männer bedeuten, ferner, daß sie von einer Frä u selbst ausgesprochen wurden in Gegenwart von mehr als 1000 Männern, vielsagend. Sie zeigen klar, daß sich etwas für das Volk von Nirvana Bedeutungsvolles vollzieht, in einem Lande, das so wenig Reformbestrebungen zugänglich war; sie bezeichnen die Tatsache, daß eine soziale Revolution durch Indien flammt, daß der Keim aufgegangen ist. Lange hat die westliche Kultur an das Bollwerk indischer Traditionen und Gebräuche geschlagen, lange schien Indien taub und tot. Aber unsichtbar wühlte es unter dem alten Gebäude und heute wissen die hellsehenden Leute, daß das alte Gebäude unterminiert ist. Aber, sagen wir es, die Macht des Widerstandes der Elemente, aus denen es gefügt war, hat Zeugnis abgelegt von großer Zähigkeit und Kraft im Volke. Jetzt, wo der Modernismus siegte, haben die Überbleibsel des alten Gebäudes noch so viel Wert, daß ein anderer Bau mit ihnen errichtet werden kann, ein neuer, nützlicherer.

Die Umwandlung Indiens macht nun rasche Fortschritte, und vieles ist schon geschaffen worden. Die große Einheit Indiens in der Vergangenheit ist ein Pfand seiner zukünftigen Kampffessolidarität. Die Nation, welche so viel beigetragen hat zur Förderung von Kunst, Literatur, Philosophie und Religion, ist aufs neue bereit, die Welt mit ihren Erzeugnissen zu bereichern.

Ein neues Licht geht über Indien auf. Es ist weder jenes vom Westen, noch vom Osten, vielmehr ein Kind von beiden. Während der letzten Jahrhunderte hat Indien nichts Großes geleistet, wie auch zu erwarten war: Männer, deren alltägliches Leben inmitten von Tragödien dahinflöß, wie sie zur Wesenheit Indiens gehörten, konnten nicht viel tun weder für sich, noch für andere. Das alles hat sich nun geändert. Ein neues glückliches Familienleben bietet nunmehr auch dem Hindu seinen erfrischenden Kraftzustrom.

Die Morgenröte dieses neuen Familienlebens ist herrlich. Der Ostinder ist auf dem Wege, die Gedanken der Überlegenheit seines Geschlechtes abzustreifen. Er bemüht sich, der Gattin zu der ihr gebührenden Stellung zu verhelfen. Die vergiftende Macht des Schwiegermütterturns ist gebrochen. Der Hindu des Westens verheiratet sich erst im vorgerückten Alter. Er baut eine eigene Wohnung für seine Braut und betrachtet sie als Herrin des Hauses. Die Frau nimmt dank der modernen Erziehung den gleichen Rang wie ihr Mann ein. Die Inderin wird die zweite Hälfte des Mannes, und ohne ihre Mitwirkung würde das Leben des Mannes verfehlt sein. Ihr Herz wird von nun an auch im Dienste des Vaterlandes schlagen und sie wird in dem Manne die Flamme der Begeisterung für das Wohl des Vaterlandes erwecken und schüren. Die öffentliche Tätigkeit wird geläutert, verbessert werden, und durch ihre Mitarbeit unterstützt wird der Mann in Indien mehr leisten können als bisher.

CHRONIK

Die Empfängniszeit bei unehelichen Kindern: Als Empfängniszeit gilt nach dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch sowohl bei ehelichen wie bei unehelichen Kindern die Zeit von dem 181. bis zu dem 302. Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes mit Einschluß sowohl des 181. als des 302. Tages. Bei der Berechnung der Empfängniszeit des ehelichen Kindes aber — und damit genießen diese Kinder gegenüber den unehelichen einen erheblichen Vorzug — gilt zugunsten der Ehelichkeit des Kindes ein Zeitraum, der weiter als 302 Tage vor dem Tage der Geburt zurückliegt, als Empfängniszeit, wenn feststeht, daß das Kind innerhalb dieses Zeitraumes empfangen worden ist. Dem unehelichen Kinde aber steht nach der herrschenden Ansicht in der Literatur der Nachweis, es sei früher als 302 Tage vor seiner Geburt empfangen worden, nicht offen. Hiernach wird die Klage des unehelichen Kindes, das Geschlechtsverkehr seiner Mutter mit dem Beklagten nur außerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit nachweisen kann, ohne Gnade abgewiesen.

Und doch ist es nach neueren medizinischen Gutachten ganz zweifellos, daß Kinder nicht selten länger als 302 Tage getragen werden. So liegt nach den Berechnungen von Winckels bei 0,48% aller reifen Geburten die Empfängniszeit mehr als 302 Tage zurück. Die längste beobachtete Schwangerschaftsdauer gibt er mit 347 Tagen an. Büchler spricht davon, daß von je 321 Kindern eines mehr als 302 Tage getragen sei. Auf diese Weise wird eine ganze Reihe unehelicher Kinder durch das Gesetz ihrer rechtmäßigen Ansprüche beraubt. Diese Unregelmäßigkeit zieht

aber noch weitere Kreise: heiratet nämlich ein Mann das Mädchen, das ein Kind von ihm länger als 302 Tage getragen hat, ohne daß ein der Geburt des Kindes näherliegender Geschlechtsverkehr zwischen den Ehegatten stattgefunden hat, so wird das Kind durch die nachfolgende Ehe nicht legitimiert, sondern bleibt unehelich.

Gegen diese haarsträubende Ungerechtigkeit, die auf keine Weise entschuldigt werden kann, zieht Gerichtsassessor Dr. Meister im neuesten Hefte des „Zentralblatt für Vormundschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung“ (Berlin, Carl Heymanns Verlag) zu Felde. Freilich würde, so meint er, die rasche Erledigung des Alimenterprozesses hier und da leiden, wenn man den heutigen gesetzlichen Zustand abschaffte. Aber die Hauptsache sei doch die Erforschung der Wahrheit und das Recht, das dem unehelichen Kinde nicht minder als dem ehelichen zukommen müsse. Das „Archiv Deutscher Berufsvormünder“, dessen Organ das Zentralblatt ist, bittet nun in dieser Zeitschrift, daß es von allen Fällen, wo uneheliche Kinder außerhalb der Empfängniszeit gezeugt sind, unter genauer Darlegung der Verhältnisse, wenn möglich unter Übersendung der Akten, benachrichtigt wird. Das Archiv will eine möglichst große Zahl dieser Fälle sammeln, um sie für eine dringend notwendige Gesetzesänderung zu benutzen.

Auf diese Bitte des Archivs wollen wir hierdurch nachdrücklich hinweisen, da es uns Aufgabe der Presse zu sein scheint, diese Bewegung zur Änderung des Gesetzes mit allen Kräften zu unterstützen. Die Adresse des Archivs ist: Frankfurt a. M., Stiftstraße 30.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in Schweden: Mit welcher Energie und doch gleichzeitig von höherer Einsicht diktiert Menschlichkeit der Kampf gegen die auch in Schweden grauenhafte Verheerungen anrichtenden Geschlechtskrankheiten geführt wird, zeigt der Bericht einer eigens zu diesem Zwecke von der Regierung eingesetzten Kommission.

Die Kommission schlug vor, die regelmäßige ärztliche Untersuchung der reglementierten Prostituierten aufzuheben. Dagegen sollen aber alle Ärzte verpflichtet werden, jeden einzelnen von ihnen behandelten Fall zur Anzeige zu bringen. Der Arzt bekommt ferner die Pflicht, sich nach der Quelle der Ansteckung zu erkundigen und auch diesen Fall zur Anzeige zu bringen.

Die Sanitätsinspektion zwingt dann die Angemeldeten, sich untersuchen zu lassen und verschafft Unbemittelten unentgeltliche Behandlung.

Auf die Anzeige eines Angesteckten hin kann sowohl Mann wie Frau,

die ihren Partner bewußt der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt hat, zu Geldstrafe oder Gefängnis verurteilt werden. Ergibt die Untersuchung, daß mehrere Ansteckungen durch dieselbe, ihre Krankheit kennende Person stattgefunden haben, so kann bis zu zwei Jahren Zuchthaus verhängt werden.



Aus der Friedensbewegung: Die italienischen Friedensgesellschaften erließen infolge einer Anregung des Nationalkongresses der Friedensfreunde in Como einen Aufruf um Beiträge für einen Friedensaltar (ara pacis) in Messina. Das Denkmal soll einen ewigen Ausdruck des Dankes bilden für die internationale Wohltätigkeit zugunsten der vom Erdbeben heimgesuchten Stadt. Alle eingehenden Briefe werden in einem Bande vereinigt, der gelegentlich des 1911 in Rom tagenden Friedenskongresses in der geschichtlichen Ausstellung in der Engelsburg ausgelegt werden soll.

I. M.



BILDUNGSWESEN

DIE PARISER VOLKSUNIVERSITÄT.

DIE Pariser Volksuniversität feierte kürzlich das Fest ihres 21jährigen Bestehens und erstattete bei diesem Anlasse Bericht über ihr Gedeihen und ihre Entwicklung, in der sich die Wandlungen der französischen Volksseele im genannten Zeitraume spiegeln. Ihre Gründung geht auf M. Delorme, einen ehemaligen Schüler August Guyots zurück, der die moralische Hebung des Volkes, die Hebung seiner allgemeinen geistigen Bildung von regelmäßigen Vorträgen und schönen Festen des Abends im eigenen Volksheime erwartete. Man erwiderte ihm, daß andere große Vereine bereits Abendkurse fachlichen Charakters besäßen.

Er entgegnete, daß die Volksuniversität eben nicht praktischen Zwecken diene, sondern die Bildung der Seele bedeuten wolle.

Eine Reihe Pariser Intellektueller folgten seinem Aufrufe; unter den Arbeitern der Vorstädte gab sich gleichfalls großes Interesse kund. Ein Saal mit Nebenräumen wurde gemietet; die ersten Vortragsserien begannen.

Die Dreyfuß-Affäre in ihrer Zusammenschmiedung der geistigen Elite und des aufgeklärten Proletariats zur gemeinsamen Verteidigung gegen die militaristische Partei taten das ihre, um den Bund beider bei den täglichen Vorlesungen weiter zu kräftigen.

Andere Volksuniversitäten erstanden in anderen Vorstädten durch das Beispiel der ersten Gründung, „La coopération des idées“ genannt, ermutigt. Die Mitgliederzahl derselben wuchs auf zwei, dann auf drei Tausend an. Trotz aller Kritik, die von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken gegen die unpolitischen, rein intellektuellen Bestrebungen der Volksuniversität gerichtet wurde, zog diese immer neue Volksmassen an sich.

Persönliche Konflikte im Schoße des Verwaltungsrates führten im Jahre 1904 zu einer vorübergehenden Krise, die jedoch bald von neuer Blüte abgelöst wurde. Seither allerdings hatte die Volksuniversität mit einer neuen schwereren Gefahr zu kämpfen, die diesmal in einer psychologischen Wandlung der Pariser Arbeiterschaft begründet war.

Die französische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren revolutionären Charakter angenommen, ihre Anhänger erwarten vom Generalstreik die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung, ein immer größerer revolutionärer Enthusiasmus bemächtigt sich der geistigen Elite der in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter. Die Versammlungen der Gewerkvereine und deren Kampf zog damit das Interesse gerade jener Elemente an sich, mit denen die Volksuniversität als mit ihren besten Kräften gerechnet hatte. Nicht mehr die vertrauensvolle Zusammenarbeit bürgerlicher Intellektueller und intelligenter Arbeiter ist der Gesinnung des heutigen Proletariats gemäß; nicht mehr ein idealistischer Sozialismus, der aufbauen und durch Erziehung die Grundlage des politischen Sieges legen soll, regiert heute die Köpfe gerade der aktivsten Gruppen der Pariser sowohl wie der gesamten französischen Arbeiterschaft; sondern der „revolutionäre Syndikalismus“, der vor allem den kapitalistischen Gegner treffen will, und im Kampf gegen das Bürgertum, Intellektuelle mit inbegriffen, die alle anderen Interessen überschattende Pflicht der Arbeiterklasse sieht.

So gingen hunderte von Arbeitern, die früher mehrmals in der Woche den Vorträgen der Volksuniversität über Geschichte und Literatur, Nationalökonomie und Philosophie gelauscht hatten, zu den Agitations- und Streikversammlungen über und andererseits zogen sich die „Intellektuellen“, erbittert über die neue im Proletariat zur Geltung gelangten Tendenz, von jeder Mitarbeit zurück.

Es begann an Vortragenden, es begann an Hörern zu fehlen.

In allerletzter Zeit zeigt sich wieder eine Wandlung zum Bessern. Die Volksuniversität hat sich mit einer gewissen Einschränkung ihrer Sphäre abgefunden ob auch in engen Grenzen, schafft sie doch unermüdlich weiter.

CHRONIK

VORLESUNGEN über „Künstliche Verständigungsmittel“ an der Berliner Universität: Univ.-Prof. Dr Adolf Schmidt hat an der Berliner Universität im Wintersemester 1910/11 für Studierende aller Fakultäten eine öffentliche Vorlesung über „Geschichte und Theorie künstlicher Verständigungsmittel“ angekündigt. Schon die Fassung des Titels deutet an, daß sich die Durchführung des Themas nicht auf die künstlichen Sprachen im engeren Sinne beschränken, sondern auch andere vernunftmäßig künstlich geschaffene Hilfsmittel des Gedankenausdrucks behandeln wird. Besonders kommt da u. a. die Ausbildung der wissenschaftlichen Terminologie in Betracht; in ihrer Entwicklung zeigt sie sehr Vieles, was sich in der Entwicklung des Esperanto wiederfindet. Die Vorlesung wird etwa 18 Stunden umfassen; bei der allgemeinen Formulierung des Themas kann naturgemäß auf Einzelheiten nur kurz eingegangen werden. Es handelt sich, wie man sieht, nicht etwa um eine unangebrachte Propaganda speziell für Esperanto, auf dessen vollen Wert natürlich nach Gebühr hingewiesen werden wird, sondern, was viel wertvoller ist, in erster Linie um die Erläuterung des ganzen mit Esperanto zusammenhängenden Komplexes wissenschaftlicher Fragen vom rein philosophischen Standpunkte aus.

Die Zentralbibliothek für Blinde in Hamburg: Die Versorgung der Blinden mit gutem Lesestoff hat sich die Zentralbibliothek für Blinde in Hamburg zur Aufgabe gemacht, die den Blinden in allen Teilen Deutschlands ihre reichen, etwa 12 000 Bände

umfassenden Bestände an ausgewählten volkstümlichen Werken der schönen, belehrenden, Musik- und fremdsprachlichen Literatur in Blindenschrift kostenlos zur Verfügung stellt; der Benutzer hat lediglich das Rückporto zu tragen. Um die Bestrebungen der Zentralbibliothek für Blinde auch auf dem Lande und in abgelegeneren Teilen Deutschlands bekannter zu machen, hat die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel allen Sammlungen ihrer diesjährigen Bücherverteilung ein Plakat beigelegt, das auf die Zentralbibliothek für Blinde hinweist. Die 1500 Volksbibliotheken in kleinen Städten und auf dem Lande, denen diese Bücherverteilung zugute gekommen ist, sind gebeten worden, die Plakate aufzuhängen und ihre Besucher darauf aufmerksam zu machen. Es ist zu hoffen, daß durch dieses Zusammenwirken gemeinnütziger Organisationen die bedeutsame Frage der Blindenlektüre eine wesentliche Förderung erfährt.

Eine türkische Frauenzeitschrift: „Die Mehasin“, erscheint seit kurzem in Konstantinopel, die Asaf Monami-ner Bei begründet hat, und deren Zahl es ist, das geistige und sittliche Niveau der ottomanischen Frau zu heben. Es ist dies ein Beweis, daß mit dem Sturz des alten Regimes in Konstantinopel auch der Feminismus in der Türkei einen jähen Aufschwung genommen hat. Nach schwierigen Anfängen scheint das Blatt sich rasch durchzusetzen. Die Monatsschrift erscheint, wie die „Revue“ mitteilt, bereits in 2000 Exemplaren und wird von der Frauenwelt der Stadt am Goldenen Horn mit bemerkenswertem Eifer und höchstem Interesse studiert und kommentiert.

NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DIE SCHÖNEN
KÜNSTE UND DIE TECHNIK.

(Nachdruck verboten.)



OR kurzem noch läuteten die Glocken, krachten Böllerschüsse und strömten aus Land und Stadt die Menschen zusammen, wenn das Luftschiff des Grafen Zeppelin, dieses etwas plötzlich zur Disposition der Volksgunst gestellten Nationalhelden, vorüberkam. Man ist sehr undankbar gegen den alten Grafen Zeppelin, denn man hat ihm unendlich Höheres zu danken, als nur die Konstruktion eines mehr oder weniger brauchbaren Lenkballons. Man schuldet ihm einen der stärksten Eindrücke, den die jetzt lebende Generation von der Bedeutung der eigenen Nation empfangen hat. Unser Nationalgefühl hat ja leider den großen Fehler, meistens latent zu bleiben und nur durch die wuchtigsten Eindrücke nach außen hin deutlich zu werden. Es ist vielleicht der größte Vorwurf, den man bei uns den Regierenden machen kann, daß sie bei aller Tüchtigkeit im einzelnen, immer wenn sie einen Anlauf nehmen, um die Nation mit fortzureißen, sie an Stelle dessen drei Viertel des Volkes tödlich verärgern.

Der schöne Begeisterungsrausch für den alten, tapferen Grafen ist schnell, und vielleicht nicht ohne Grund vollständig verschwunden. Sein Werk hielt nicht, was es versprach, aber man schuldete ihm doch die Erlösung von dem schlimmsten moralisch - politischen Katzenjammer, den je ein starkes, blühendes Volk befallen hatte. Dieser Zeppelintaumel in jenen denkwürdigen Sommertagen war einer der interessantesten faux pas der Weltgeschichte.

Keine Erfindung, nicht Eisenbahnen, nicht Telegraph hatten bisher die Völker so mitgerissen wie dieses neue technische Wunder. Und trotzdem, der Niederschlag jener Tage in der ernsthaften Kunst unserer Zeit ist gleich Null. In Zeitungsartikeln, in Zeitschriften, in auf die Massen berechneten Sensationsromanen tummelten sich natürlich die Ikarusse der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, sowohl engros, als en détail, d. h. mit Individualität begabt oder auch nur mit der gewöhnlichen Massenpsyche.

Wirkliche Kunstwerke, Arbeiten von künstlerischer Qualität, die alle mit sich fortreißen, hat die neue Zeit der Technik in den alten Kunstformen nicht geschaffen. Es gibt bisher keinen Roman, kein Schauspiel, kein Gedicht, das uns über unseren Alltag erhebt, indem es über ihn, doch gleichzeitig, aus ihm herauswächst. Unser Alltag, der Alltag der Bewohner der Riesenstädte und Gemeinden, ist so neuartig, so kurz, so schnell und so hastig, daß unsere einsamsten zurückgezogensten Geister, den Viveurs der achtziger Jahre, als Weltkinder ohnegleichen erscheinen müßten. Es ist den „alten“ Künsten bisher nicht gelungen, dem neuen Tag sein Essentielles abzulauschen.

Doch unsere Zeit ist viel zu kraftvoll, zu eigentümlich und zu willensstark, um aus Rücksicht auf geheiligte Traditionen ein elementares Bedürfnis unbefriedigt zu lassen. Wir haben das Antlitz der Erde durch unsere Werke verändert und machen nicht Halt vor noch so ehrwürdigen Gesetzen, nach denen wir unser ästhetisches Genießen bisher geregelt haben.

Da die „schönen Künste“ mit der technischen Zeit nicht fertig zu werden imstande waren, schaffte sich die Technik ihre eigene Kunst, oder richtiger, sie steht im Begriff, sie zu schaffen. Folgerichtig, wie jede Kunst, der die Zukunft gehört, quoll sie empor aus der Tiefe der Massen, war Spielzeug der Naiven und einfachen Menschen, wurde lange nur durch sie gehalten und geschätzt, während die „Gebildeten“ sie verachteten und über die Achsel ansahen. Das Theater, das doch einmal vom Thespiskarren seinen Anfang nahm, war zu aristokratisch geworden (pseudo-aristokratisch), die Snobs von Geist spielten die Rolle der arbiter elegantiae und hatten ständig recht. Trotzdem wurde die ästhetische Ware immer leichter und trotz alles Schreiens so war und blieb der Sieg der Operette und der leichtesten Komödie. Auch im Theater war Eisenbahnlektüre meist gefragt. Der Erfolg Max Reinhardts ist kein Beweis für das Gegenteil, denn Reinhardt ist die Mode von heute und nicht von morgen. Und auch Reinhardts Erfolg ist hauptsächlich aus seinem Verstehen der neuen technischen Möglichkeiten zu erklären. Die Schulung seiner Statisten, das Ineinandergreifen aller Räder in seinem theatralischen Großbetrieb ist nur denkbar in einer Zeit, in der die Verwaltungstechnik ihm in der Leitung unserer Riesenwarenhäuser und Fabriken ein kaum zu überbietendes Vorbild geliefert hat. Reinhardts Darstellung der klassischen Werke und der große Beifall, die diese, doch letzten Endes Vergewaltigungen der alten Meister, gefunden haben, beweist klarer als alles übrige, wie fremd im Grunde der Mehrzahl des sogenannten gebildeten Publikums die großen Nationaldichter geworden sind. Wer Weimar kennt und sich nach und nach, Bruchstück für Bruchstück, die stille Welt der Klassiker zurückgedacht hat, kann mit absoluter Gewißheit aussagen, daß Reinhardts Vorführungen vom Weimarer Geist keinen Hauch mehr in sich tragen. Das soll selbstverständlich kein Vorwurf sein, denn Reinhardt tut eben nichts weiter als die Konsequenz aus der Erkenntnis ziehen, daß er nicht im Zeitalter der Empfindsamkeit, sondern in den Tagen der A. E. G. zu wirken hat. Dem Zeitalter der Massen, nach dem Worte Geheimrat Wittings, kann eben auch nur der Regisseur der Massen zu einer für sie passenden Art des künstlerischen Genießens verhelfen.

Dennoch, auch Reinhardt ist nur ein Übergang, sein Werk ist ein Kompromiß der Vergangenheit mit der Zukunft, ist ein Lückenbüßer, der verdrängt werden wird durch die von vielen hundert Millionen Zuschauern emporgetragene, auf rein technischem Wege übermittelte Kunst.

Der Reinhardt der Zukunft wird nicht mit dem Theater der fünftausend sich begnügen, er wird seine Stücke für hunderttausende von Menschen spielen.

Der Reinhardt der Zukunft wird Regisseur der großen Kinematographentheater sein. Er wird auf kilometerlangen Films seine großen Tragödien aufnehmen *), durch vervollkommnete Grammophone wird er die Worte seiner Schauspieler wiedergeben lassen. Dann werden in kleinen Postpaketen verpackte Films und Wachsrollen durch die ganze Welt versandt, ungezählten Massen den Genuß des Werkes, dieses Regisseurs vermitteln.

Das ist die Zukunft, und eine nahe Zukunft schon, des noch vor wenigen Jahren kaum beachteten Spielzeugs der Rummelplätze und Jahrmärkte, das

*) Ein Gefühl für derartige Zukunftsmöglichkeiten scheint auch Reinhardt selbst zu haben, das beweist die zwar vorläufig noch mißglückte kinematographische Aufnahme der von Schauspielern des Deutschen Theaters und der Kammer-spiele dargestellte Pantomime Sumurun von Freksa.

ist die seit der Griechenzeit zum ersten Male wirklich geglückte Popularisierung der Kunst im weitesten Umfange.

Alles steht heute noch in Anfängen, vor allem sind Darsteller wie Dichter ihren neuen Aufgaben noch lange nicht gewachsen. Es sind auch kaum Ansätze einer nationalen Entwicklung vorhanden, da vorläufig noch die romanischen Völker das Feld beherrschen, aber die Entwicklung im letzten Jahrzehnt ist so überwältigend, daß man von der Zukunft das größte erhoffen kann *).

CHRONIK

Die junge bulgarische Kultur ist im Begriff, auch eine nationale Literatur und Kunst hervorzubringen; allerdings ist sie bisnun stark an das politische Leben angelehnt, schöpft aus ihm ihre Hauptkräfte, d. h. äußert sich in Tagesblättern und politischen Zeitschriften und hat politische Zwecke zum Ziel. Ebenso hat sich auch die Redekunst auf Grund der leidenschaftlichen Debatten in der Sobranje so stark entwickelt; immerhin beginnt aber auch die reine Kunst bereits ihren Lauf. Bulgarische Maler suchen die Schönheit des Landes, das von den Schneegipfeln des Balkan ans blaue Meer und an die Donau reicht, in eigenartiger Weise festzuhalten, und ebenso trachten bulgarische Architekten, die Linien der alten skythischen, byzantinischen und arabischen Kunst, wie

sie aus den historischen Bauwerken des Landes sprechen, zu vereinen und fortzubilden.

Die Musik ist wohl mehr noch an westliche Vorbilder angelehnt, wie überhaupt der Kunstunterricht der staatlichen Schulen mit großem Eifer zunächst die Kenntnisse des Westens zu vermitteln strebt und die Schaffung eigener künstlerischer Werte noch ziemlich in den Hintergrund verbannt. Unter den Dichtern seien vor allem L. Karavelof, Vasof, Mikailovki, Vélitchkof und H. Boris Karastofanof genannt. Sie haben ihre ersten Motive dem Freiheitskampf der Bulgaren gegen die türkischen Bedrücker entnommen; sie singen heute die neuen Ideale eines aufstrebenden Volkes, seinen Kampf um Kultur, Freiheit und Glück.

Helenka (Sliveno).

*) Eine ausführliche Arbeit über den Kinematographen als Bildungsmittel wird in den nächsten Tagen im Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses in Halle aus der Feder unseres geschätzten Mitarbeiters Dr. Ernst Schultze-Großborstel erscheinen, auf die wir noch zurückkommen werden.

Die Red.